

VERÖFFENTLICHUNGEN DES  
BRANDENBURGISCHEN LANDESHAUPTARCHIVS

# Dokumente aus geheimen Archiven

Übersichten der Berliner politischen  
Polizei über die allgemeine Lage  
der sozialdemokratischen  
und anarchistischen Bewegung  
1878–1913

Teil III: 1906–1913

Bearbeitet von  
Dieter Fricke und Rudolf Knaack



BWV • BERLINER  
WISSENSCHAFTS-VERLAG



VERÖFFENTLICHUNGEN DES  
BRANDENBURGISCHEN LANDESHAUPTARCHIVS

Herausgegeben von Klaus Neitmann

Band 42



*K. Kaup*

# **Dokumente aus geheimen Archiven**

**Band 3**

**Übersichten der Berliner politischen Polizei  
über die allgemeine Lage der sozialdemokratischen  
und anarchistischen Bewegung 1878–1913**

**Teil III: 1906–1913**

Bearbeitet von  
**DIETER FRICKE und RUDOLF KNAACK**



**BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG**

### *Bildnachweis*

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (Frontispiz, 3c, 3e, Sign.: Bild Y 10); Brandenburgisches Landeshauptarchiv (1, 2, 3a, 3b, 3d, 4–6, 8, 10, 11, 13–16, 18–22, 25, 27–30); Berliner Illustrierte Zeitung, 9.10.1910, 12.2.1911, 24.3.1912 (23, 24, 26); Max Ermers, Victor Adler. Aufstieg und Größe einer sozialistischen Partei, Wien und Leipzig 1932 (3f); Ignaz Ježower (Hrsg.), Die Befreiung der Menschheit. Freiheitsideen in Vergangenheit und Gegenwart, Teil 2, Berlin-Leipzig-Wien-Stuttgart 1931 (7, 9, 12, 17).

Reproduktionsaufnahmen von Dokumenten aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv: Helga Bagemihl, Potsdam, aus dem Bundesarchiv: Fotografie – Elke A. Jung-Wolff, Berlin-Lichterfelde.

Manuskripterstellung: Sabine Faber, Irmgard Hosemann, Ines Pobloth.

Satz: Computer-Typo-Grafik Mielenz, D 15732 Schulzendorf

### Bibliografische Informationen Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8305-0163-3

© 2004

**BWV • BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH**  
Axel-Springer-Str. 54b, 10117 Berlin

Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## VORWORT

Mit dem vorliegenden Band wird eine seit langem bestehende Lücke innerhalb der Unterreihe „Dokumente aus geheimen Archiven“ - unter diesem Titel sind in der Schriftenreihe „Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs (bzw. des Staatsarchivs Potsdam)“ mehrere Quelleneditionen gleichartigen Charakters aus dem Archivbestand des Berliner Polizeipräsidenten zusammengefaßt - geschlossen und damit zugleich die Unterreihe mit der Vollendung der einstmals geplanten und begonnenen Editionsprojekte beendet. Dieser Umstand rechtfertigt wohl einen kurzen Rückblick auf den Werdegang und die Ergebnisse des Unternehmens.

Das 1949 gegründete Brandenburgische Landeshauptarchiv legte in einer ersten Stufe seiner Publikationstätigkeit, die mit dem 1958 erschienenen ersten Band der „Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs“ einsetzte, den Akzent auf die Herausgabe umfangreicher Übersichten über seine Bestände, so daß die Benutzer auf einen präzisen und gehaltvollen Überblick zur Vorbereitung ihrer archivalischen Nachforschungen zurückgreifen konnten. Zur zweiten Stufe der Publikationstätigkeit, die bereits etwa gleichzeitig mit der Vorbereitung der Bestandsübersichten eingeleitet worden war, gehörte die Erarbeitung von bibliographischen und statistisch-topographischen Nachschlagewerken, vorrangig der „Bibliographie zur Geschichte der Mark Brandenburg“ und des „Historischen Ortslexikons für Brandenburg“, die sich in ihren vielen Bänden als unentbehrliche Hilfsmittel für die brandenburgische Landesgeschichtsforschung bewährt haben. Für die in den 70er Jahren betretene dritte Stufe der Publikationstätigkeit wurden Quellenveröffentlichungen aus wichtigen Beständen des Archivs vorgesehen, damit aussagekräftige Texte mit notwendiger und vertretbarer Kommentierung der historischen Auswertung zur Verfügung standen. Dabei war es kein Zufall, daß der Blick der verantwortlichen Historiker und Archivare bei der Suche nach einer für ein konkretes Editionsprojekt auszuwählenden Überlieferung auf den Bestand des Berliner Polizeipräsidenten fiel.

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv ist, wie sein Name erkennen läßt, ein Landesarchiv, dessen Bestände aus den Epochen vor 1945 den Registraturen von Provinzial-, Regional- und Lokalbehörden der Mark Brandenburg (12. Jahrhundert bis 1806/15) bzw. der Provinz Brandenburg (1815-1945) entstammen; sie spiegeln, zumal die älteren brandenburgischen Zentralbehörden sich seit dem 17. Jahrhundert zu Zentralbehörden des werdenden brandenburg-preußischen Staates gewandelt haben und ihre schriftlichen Hinterlassenschaften damit in das preußische Zentralarchiv, das Geheime Staatsarchiv, eingegangen sind, vornehmlich historische Vorgänge innerhalb der brandenburgischen Grenzen wider und reichen nur selten mit ihrem historischen Gehalt über die brandenburgische Landesgeschichte hinaus in die allgemeine, preußische und deutsche Geschichte. Insofern stellt der Bestand des Berliner Polizeipräsidenten innerhalb des Brandenburgischen Landeshauptarchivs eine Ausnahme dar, denn seine Behörde verdankt ihre Entstehung zwar polizeilichen Aufsichtsfunktionen über die Hauptstadt Berlin, aber sie übernahm im 19. und 20. Jahrhundert darüber hinaus gegenüber oppositionellen politischen Bewegungen polizeiliche Überwachungsaufgaben, die sie zum Zentrum der politischen Polizei in Preußen und zeit-

und teilweise in ganz Deutschland werden ließ. Ihre Aufmerksamkeit galt nach der gescheiterten Revolution von 1848 im sog. Reaktionsjahrzehnt den Revolutionären des liberalen und demokratischen Lagers und später, nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes von 1878, der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratischen Partei. Die Überlieferung des Berliner Polizeipräsidenten enthält daher hochwertige Quellen zu deutschen und internationalen Arbeiterorganisationen, deren Erforschung die DDR-Geschichtswissenschaft von Anfang an zu ihrem vorrangigsten Gegenstand gemacht hatte. Archivwissenschaftlich betrachtet, hatten die vom damaligen Staatsarchiv Potsdam beschlossenen Editionsprojekte den Charakter von Fondseditionen, die von ihren erfaßten Dokumenten entstammten, von beiläufigen Ausnahmen abgesehen, ausschließlich dem Bestand des Polizeipräsidenten, und sie konzentrierten sich auf übersichtsartige, zusammenfassende, über einen längeren Zeitraum gleichzeitig angelegte Berichtsserien, denen herausragende Informationsdichte mit der Möglichkeit zur Analyse längerfristiger Entwicklungstendenzen eigen ist.

Ende Mai 1975 fand in Jena eine Besprechung zwischen dem Direktor des Staatsarchivs Potsdam, Dr. Friedrich Beck, seinem Mitarbeiter Dr. Rudolf Knaack und Prof. Dr. Dieter Fricke, Friedrich-Schiller-Universität Jena, statt, auf der auf Anregung des letzteren hin - er hatte in vorausgegangenen Arbeiten die Rolle der Bismarckschen politischen Polizei untersucht und neben anderen nachdrücklich die Bedeutung des Quellenfundus des Polizeipräsidenten herausgestellt - entschieden wurde, die insgesamt 34 zumeist jährlich abgefaßten geheimen „Übersichten“ des Berliner Polizeipräsidenten über „die allgemeine Lage der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung“ aus dem Zeitraum von 1878 bis 1913 zu edieren. Damit begann eine fruchtbare Zusammenarbeit, als deren erstes Ergebnis 1983 die „Übersichten“ von 1878 bis 1889 herausgebracht wurden; 1989 folgten die „Übersichten“ für die Zeit von 1890 bis 1906. Beide Werke, die als Band 17 und 24 „Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam“ erschienen, fanden bei den Nutzern und den Rezensenten eine wohlwollende Aufnahme. Die Arbeiten am dritten Band setzten 1989 ein, mußten jedoch nach der „Wende“ in der DDR wegen der sehr stark angestiegenen Auskunftsaktivität und anderer dringender Aufgaben des Landeshauptarchivs mehrere Jahre lang unterbrochen werden und konnten erst nach dem Ausscheiden Rudolf Knaacks aus dem aktiven Dienst im Herbst 1996 und dann auch nur mit zeitweiligen Unterbrechungen - fortgesetzt werden. Neben der editorischen Textbearbeitung und dem Anmerkungsapparat erforderten bei diesem abschließenden Band die Bibliographie und das Gesamtregister einen hohen Zeit- und Arbeitsaufwand; deren Erarbeitung war notwendig, damit der Benutzer für die Auswertbarkeit des Gesamtwerkes die erforderlichen Arbeitsinstrumente erhielt.

In der Reihe der „Dokumente aus geheimen Archiven“ sind die „Übersichten“, die vom Erlaß des Sozialistengesetzes bis an die Schwelle des I. Weltkrieges reichen, in zeitlicher Hinsicht eingerahmt von zwei weiteren, bereits seit etlichen Jahren vorliegenden Quellenausgaben. An die „Übersichten“ schließen sich in zeitlicher wie auch in sachlicher Hinsicht an die „Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-1918“, die in der Bearbeitung von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach 1987 anläßlich des 750jährigen Jubiläums der Stadt Berlin als Band 4 der „Dokumente“ veröffentlicht wurden. Nachdem infolge des Ausbruchs des I. Weltkrieges die Abfassung der jährlichen „Übersichten“ aufgehoben worden war, wurde der Berliner Polizeipräsident dazu verpflichtet, dem Oberkommando in den Marken in regelmäßigen Abständen Berichte über die Lage und Stimmung der Berliner Bevölkerung vorzulegen; sie bezeugen eindrucksvoll für die gesamte Kriegszeit vor allem die politische Entwicklung in der Berliner Arbeiterschaft sowie die wirtschaftlichen und sozialen Verhält-

nisse der breiten Bevölkerungsschichten unter den sich verschlechternden Kriegsbedingungen. In die Zeit zwischen der Revolution von 1848 und der Reichsgründung 1871 führt der 1993 erschienene, von Friedrich Beck und Walter Schmidt bearbeitete Band 5 der „Dokumente“, „Die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851-1866. Präliminardokumente, Protokolle und Anlagen“. Er beinhaltet Unterlagen der Polizeikonferenzen der großen deutschen Bundesstaaten Österreich, Preußen, Hannover, Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden, die eingerichtet wurden, um die Beobachtung und Überwachung der nachrevolutionären Bestrebungen innerhalb des Deutschen Bundes zu koordinieren, so daß aus ihrer Tätigkeit Zeugnisse zur Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung bis in das Vorfeld der Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hinein erwachsen sind, wie auch die Akten einen „Nebenkriegsschauplatz“ im Kampf um die Hegemonie im Bund zwischen Preußen und Österreich dokumentieren. Mit allen fünf Bänden der „Dokumente“ hat das Brandenburgische Landeshauptarchiv der Forschung Quellen aus den Registraturen der wichtigsten preußischen Polizeibehörde vorgelegt, die für den langen Zeitraum von der Reaktion bis zum Ende der Monarchie sowohl für die allgemeine, deutsche und außerdeutsche Geschichte als auch für die regionale Geschichte von erheblicher Bedeutung sind.

Für die „Übersichten“ sind Reihenherausgeber und Bearbeiter der Meinung, daß mit dem Abschluß des Editionsvorhabens wertvolle, ergiebige Dokumente sowohl zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung als auch ihres Gegners in Gestalt der Berliner politischen Polizei vorliegen. Die „Übersichten“ verdanken ihre Entstehung der Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratie und dem monarchischen preußischen Staat, und die bis zum Jahre 1913 reichende Berichterstattung zeugt davon, daß dieser Konflikt nicht wirklich gelöst werden konnte. Erst der Beginn des I. Weltkrieges und die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei zu den Kriegskrediten führten im August 1914 eine völlig neue Lage herauf, in der der preußische Innenminister die bisherige Berichterstattungspflicht des Polizeipräsidenten aufhob. Die erforderlichen quellenkritischen Bemerkungen brauchen hier, da die Bearbeiter sie im ersten Band der „Dokumente“, S. XIV ff., im einzelnen dargelegt haben, in extenso nicht wiederholt zu werden. Es sei nur grundsätzlich betont, daß die Verfasser der Berichte, Beamte des monarchischen Obrigkeitsstaates, zwar auf Grund der ihnen zugänglichen Nachrichten und auf Grund ihrer politischen Voreinstellungen in ihrem Verständnis der Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung begrenzt waren, sie aber andererseits eine Fülle von Informationen zusammentrugen und durchaus nicht durchgängig voreingenommen, sondern auch mit nüchterner Einschätzung das Wachstum der deutschen Sozialdemokratie begleiteten. Es ist bemerkenswert, daß im Vergleich zu den noch nicht so sehr befähigten Autoren der ersten Übersichten ab 1878 die Verfasser der späteren die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung besaßen, sie stützten sich dabei im wesentlichen auf Zeitungen.

Die hier vorgelegten „Übersichten“ für die Jahre von 1906/07 bis 1913 verdeutlichen, wie die deutsche und internationale Arbeiterbewegung in einer folgenschweren Periode des imperialistischen Zeitalters von der Berliner politischen Polizei überwacht und beurteilt wurde, in einer Zeit, in der sich die Spannungen unter den europäischen Großmächten verschärften und die Gefahr eines Weltenbrandes immer näher rückte. Auf Seiten der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen in den verschiedenen Ländern trat in dem behandelten Zeitraum der Kampf gegen Militarismus, Wettrüsten und Krieg und für die Erhaltung der Friedens sowie der Kampf für ein demokratisches Wahlrecht in den Mittelpunkt. Kennzeichnend für die Periode war zugleich ein weiteres Wachstum der internationalen Arbeiterbewegung in der Breite, das sich besonders in ihrem höheren Organisationsgrad und in

einem zunehmend globalen Charakter äußerte. Im Vergleich zu den „Übersichten“ in den beiden anderen Bänden finden nun die Verhandlungen und Beschlüsse der Kongresse der II. Internationale und ihrer Leitungen eine weitaus größere Beachtung, gleichermaßen auch die Entstehung und Wirksamkeit von Arbeiterparteien und -organisationen in Lateinamerika, Nord- und Südafrika, im Vorderen Orient, Indien, China, Japan und Australien. International beispielhaft für ihre hohe Organisiertheit war die deutsche Arbeiterbewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vereinigte in ihren Reihen mehr als eine Million Mitglieder. Mit einem gut ausgebildeten schriftlichen und mündlichen Agitationssystem, mit den unter ihrem Einfluß stehenden freien Gewerkschaften, der proletarischen Frauenbewegung und der Arbeiterjugendbewegung erreichte sie große Teile der werktätigen Bevölkerung. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden im Berliner Polizeipräsidium die Anzeichen verfolgt, die mit den Auseinandersetzungen zwischen den widerstreitenden Flügeln auf eine Krise der Partei hinzudeuten schienen. Der Raum, der in den „Übersichten“ der anarchistischen Bewegung gewährt wird, geht über deren wahre Bedeutung weit hinaus. Wie in den Jahrzehnten zuvor führte hier die Furcht vor anarchistischen Gewalttaten und besonders vor Attentaten auf führende Persönlichkeiten die Feder. Beachtenswert sind hingegen die Darlegungen über die syndikalistische Bewegung in einigen romanischen Ländern und über ihren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung.

Die vorliegende Quellenedition aus den Akten des Berliner Polizeipräsidenten ist gewissermaßen der „Abschiedsgruß“ des Brandenburgischen Landeshauptarchiv an den Bestand. Als Ergebnis von Bestandsabgrenzungsverhandlungen sind die archivischen Zuständigkeiten des Brandenburgischen Landeshauptarchivs und des Landesarchivs Berlins genauer festgelegt worden, dadurch wird insbesondere die durch kriegs- und nachkriegsbedingte Verhältnisse und die Teilung Deutschlands und Berlins herbeigeführte Zerreißung von Archivbeständen - davon war der des Berliner Polizeipräsidenten auch betroffen, mit der geradezu grotesk zu nennenden Folge, daß der behördliche Schriftwechsel über die Theaterzensur im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, die dazugehörigen Zensur Exemplare der Theaterstücke aber im Landesarchiv Berlin lagern - beseitigt und durch eine provenienzzugerechte Zusammenführung an einem Ort abgelöst. Da die Überlieferung der ausschließlich oder fast ausschließlich territorial für die Stadt Berlin zuständigen staatlichen Behörden Preußens dem Landesarchiv Berlin zugesprochen worden ist, wird das Brandenburgische Landeshauptarchiv ihm den bislang in Potsdam verwahrten größten Teil des Berliner Polizeipräsidenten abgeben. Den Berliner Kollegen sei diese letzte „Potsdamer“ Edition aus seiner Überlieferung überreicht in der Hoffnung und Erwartung, daß sie künftig weitere gewichtige Quellenausgaben aus diesem Fundus bewerkstelligen werden.

Der Reihenherausgeber möchte abschließend nicht versäumen, den beiden Bearbeitern, Dieter Fricke und Rudolf Knaack, für ihre langjährigen Mühen an dem Gesamtwerk herzlich zu danken, denn ihr Einsatz und insbesondere ihre Ausdauer haben trotz aller unvorhersehbarer Änderungen in den Arbeitsbedingungen dafür gesorgt, daß die Quellenausgabe in der vor mehr als 25 Jahren beabsichtigten Form vollendet worden ist. Im Hinblick auf die erwähnte Abgabe an das Landesarchiv Berlin will ich zudem nicht unerwähnt lassen, daß die jahrzehntelange archivarische Tätigkeit von Rudolf Knaack in der Potsdamer Orangerie in beachtlichem Maße dem Berliner Polizeipräsidenten gegolten hat und daß ohne seine, von mehreren Kollegen unterstützte intensive Erschließungsarbeit die Reichhaltigkeit dieses Bestandes nicht so deutlich bewußt geworden und seine historische Auswertung nicht so nachhaltig gefördert worden wäre. Christian Schmitz, Berlin, war an den abschließenden Registerarbeiten beteiligt. Eine besondere Anerkennung gebührt noch der Fa.

CTG Computer-Typo-Grafik, Herrn Dipl.-Ing. Helmut Mielenz, Schulzendorf, der in mittlerweile bewährter Zusammenarbeit die schwierige Umbrucherstellung, die aus der langwierigen Entstehungsgeschichte des Bandes resultierte, auch in diesem Falle zur Zufriedenheit aller Beteiligten durchgeführt hat.

Potsdam, im März 2004

Klaus Neitmann



## INHALT

Editorische Vorbemerkung . . . . .	XIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XV

### Dokumente

28. Übersicht für 1906/07. . . . .	3
29. Übersicht für 1908 . . . . .	105
30. Übersicht für 1909 . . . . .	175
31. Übersicht für 1910 . . . . .	253
32. Übersicht für 1911 . . . . .	345
33. Übersicht für 1912 . . . . .	437
34. Übersicht für 1913 . . . . .	535

Quellen und Literatur . . . . .	637
---------------------------------	-----

Abbildungen . . . . .	689
-----------------------	-----

### Register für die Bände 1-3

Übersicht über die preußischen Minister des Innern und die Polizeipräsidenten von Berlin . . . . .	718
Zeitungs- und Zeitschriftenverzeichnis . . . . .	719
Personenverzeichnis . . . . .	733
Verzeichnis der geographischen Namen . . . . .	753



## EDITORISCHE VORBEMERKUNG

Die „Übersichten“ werden grundsätzlich ungekürzt veröffentlicht. Die Wiedergabe der Dokumente erfolgt im wesentlichen nach den „Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei der Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte“. Rechtschreibung und Zeichensetzung sind nach den geltenden Regeln modernisiert. Die Wiedergabe der Ortsnamen folgt der amtlich gewordenen Schreibung. Offensichtliche unbedeutende Schreib- und Druckfehler wurden stillschweigend verbessert oder mit [!] gekennzeichnet. Korrigiert und weitgehend vereinheitlicht wurde auch die in den Kanzleitexten oft unterschiedliche Schreibung von Personennamen, Zeitungs- und Zeitschriftentiteln sowie der Bezeichnungen von Parteien und Organisationen.

Hervorhebungen werden im Text und in den Anmerkungen durch Kursivdruck wiedergegeben. Eckige Klammern bedeuten Zusätze der Bearbeiter. Nicht voll ausgeschriebene Jahresangaben werden gleichfalls in eckigen Klammern ergänzt. Alle Kürzungen, mit Ausnahme der allgemein gebräuchlichen und verständlichen Abkürzungen oder der unsicher zu deutenden Worte, werden in möglichst naher Anlehnung an den Sprachgebrauch des Schreibers oder der Behörde aufgelöst. Alle einwandfreien Auflösungen erfolgen ohne besondere Kennzeichnung. Aus Gründen der Übereinstimmung mit den Bänden 1 und 2 dieser Quellenpublikation werden die Ländernamen vor den entsprechenden Abschnitten nicht als Überschriften, wie im Original, sondern als Marginalien wiedergegeben.

Der Anmerkungsapparat enthält Erläuterungen für das Verständnis von Fakten und Sachverhalten, notwendige Richtigstellungen von Aussagen im Text der „Übersichten“, Einschätzungen zum Inhalt der „Übersichten“, Angaben über Personen, Zeitungen, Zeitschriften, Parteien und Organisationen sowie Hinweise auf einschlägige Quellen und Darstellungen.

Für die Anmerkungen wurden vor allem die im BLHA vorhandenen reichhaltigen Überlieferungen des Polizeipräsidioms Berlin, die in der Regel auch den Verfassern der „Übersichten“ als quellenmäßige Grundlage dienten, herangezogen. Wertvolle Hilfe gaben weiterhin Selbstzeugnisse der betreffenden Personen bzw. Organisationen, Zeitungen und Zeitschriften, relevante Nachschlagewerke und Darstellungen.<sup>1</sup>

Die Anmerkungen über Personen, Zeitungen, Zeitschriften, Parteien und Organisationen werden als Fußnoten auf derjenigen Seite wiedergegeben, deren Text diese Namen, Titel und Bezeichnungen zum ersten Male enthält, die Anmerkungen über Ereignisse auf der Seite, in deren Text sie ausführlicher behandelt werden.

Die vorliegenden „Übersichten“ bilden eine Serie in Form und Inhalt relativ gleichartigen Berichte, die in der Regel zunächst halbjährlich, später jährlich vom Polizeipräsidium Berlin herausgegeben wurden, ab 1889 als Drucke.<sup>2</sup> Der Charakter der „Übersichten“ als

---

1 Siehe hierzu das in diesem Band enthaltene Literaturverzeichnis, in dem die allgemeinen, zusammenfassenden Publikationen, Nachschlagewerke sowie Monographien aufgeführt werden, die einen direkten Bezug zu den „Übersichten“ haben.

2 Siehe hierzu die Einleitung in „Dokumente aus geheimen Archiven“, Bd. 1, Weimar 1983. S. IX ff.

Serie bedingt, daß die Namen vieler Personen, Titel von Zeitungen und Zeitschriften, geographische Namen, Bezeichnungen von Parteien und Organisationen wie auch Ereignisse in den Berichten mehr oder weniger häufig wiederkehren. Um dieses Problem zu lösen, ohne den Text oder die Anmerkungen durch unnötige Verweise zu belasten, wurde für alle drei Bände jeweils ein Personen-, Presse- und geographisches Register erarbeitet. Sie sollen es dem Benutzer erleichtern, entsprechende Erwähnungen und eine von ihm gesuchte Anmerkung zu ermitteln. Wird im Text oder in den Anmerkungen einer „Übersicht“ auf eine Anmerkung in einer anderen „Übersicht“ verwiesen, so geschieht das durch eine zweiteilige Verweisziffer; sie gibt die Nummer der „Übersicht“ und nach dem Schrägstrich die entsprechende Anmerkung an.

Im Text befindliche Angaben über Personen, Zeitungen und Zeitschriften werden in den Anmerkungen in der Regel nicht wiederholt. Vollständigkeit der Angaben im Anmerkungsapparat sowie der Verweise konnte und sollte nicht erreicht werden. Desgleichen wurde auf Anmerkungen verzichtet, wenn im Text eine ausreichende Aussage über eine Person, Zeitung, Zeitschrift, Partei, Organisation und ein Ereignis vorlag. Da im Text der „Übersichten“ z. T. die Vornamen von Personen fehlen und auch für manche Zeitungen, Zeitschriften, Parteien und Organisationen im Text nur sehr vage Angaben vorliegen, können in einzelnen Fällen gewisse Unsicherheiten hinsichtlich ihrer Identität mit den im Anmerkungsapparat angegebenen Personen usw. entstehen. Diese Fälle werden durch entsprechende Formulierungen oder ein Fragezeichen am Schluß der Anmerkung gekennzeichnet.

Das Manuskript wurde im Sommer 1999 abgeschlossen. Für die erste Bearbeitungsstufe wurden in einem Oberseminar an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zur Analyse der „Übersichten“ unter Leitung von Frau *Dr. Claudia Hohberg* von ihr und Studenten der „Vorwärts“ und die „Neue Zeit“ durchgesehen. Ihnen allen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bibliothek der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und dem Bibliothekar im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Herrn *Florian Seher*, sind die Bearbeiter zu Dank verpflichtet.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ä. L.	ältere Linie
AFL	American Federation of Labor (Amerikanische Föderation der Arbeit)
AIA	Association Internationale Antimilitariste (Internationale Antimilitaristische Vereinigung)
AfSG	„Archiv für Sozialgeschichte“ (Bonn)
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Bl.	Blatt
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv
BSP	British Socialist Party (Britische Sozialistische Partei)
„Bund“	Allgemeiner Jüdischer Arbeiterverband in Rußland und Polen
BzG	„Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (Berlin)
bzw.	beziehungsweise
CABV	Kommunistischer Arbeiterbildungsverein
ČAF	Česká anarchistická Federace (Tschechische anarchistische Föderation)
ČFVO	Česká Federace Všech Odborů (Tschechische Allgemeine Gewerkschaftsföderation)
CGIL	Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeiner Italienischer Gewerkschaftsbund)
CGT	Confédération Générale du Travail (Allgemeiner Gewerkschaftsbund)
CGT-FO	Confédération Générale du Travail - Force Ouvrière (Allgemeiner Gewerkschaftsbund - Arbeiterkraft)
Correspondenzblatt	„Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ (Berlin)
cr.	currentis anni (des laufenden Jahres)
d. J.	des Jahres
d. M.	des Monats
DMA	Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III-IV, Berlin 1974; 1967, 1975 <sup>2</sup>
ff.	und folgende
Fricke, Handbuch (1987)	Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden, Berlin 1987
FS	Fabian Society (Fabier-Gesellschaft)
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands
ILP	Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei)
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED bzw. der KPdSU

Internat. Jahrbuch	„Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung“, Berlin
ISB	Internationales Sozialistisches Büro
ISEL	Industrial Syndicalist Education League
ISK	Interparlamentarische Sozialistische Kommission
ITF	International Transport Worker's Federation (Internationale Transportarbeiterföderation)
ITU	International Typographical Union (Internationale Buchdruckergewerkschaft)
IWK	„Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (Berlin)
IWW	Industrial Workers of the World (Industriearbeiter der Welt)
j. L.	jüngere Linie
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
W. Kulemann, Berufsvereine	Wilhelm Kulemann, Die Berufsvereine. Erste Abteilung. Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, zweite, völlig neu bearb. Aufl., Vierter Band, Berlin 1913
l. c.	loco citato (am angegebenen Ort)
LP	Labour Party (Arbeiterpartei)
Linse, Organisierter Anarchismus	Ulrich Linse, Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969
LRC	Labour Representation Committee (Arbeitervertretungskomitee)
POSR	Parti ouvrier socialiste révolutionnaire (Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei)
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
PPSD	Polska Partia Socjalno-Demokratyczna Galicji i Śląska (Polnische Sozialdemokratische Partei Galiziens und Schlesiens)
Pr. Br.	Provinz Brandenburg
PSF	Parti socialiste français (Französische Sozialistische Partei)
PSdeFr	Parti socialiste de France (Sozialistische Partei Frankreichs)
PSI	Partito Socialista Italiano (Italienische Sozialistische Partei)
R	Rückseite
Rep.	Repositur
RSDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
S.	Seite
SDAP	Sociaal-Democratische Arbeiderpartij (Niederlande)
SDAPB	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Bulgariens
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands
SDF	Social Democratic Federation (Sozialdemokratische Föderation)
SDKP	Socjaldemokracja Królestwa Polskiego (Sozialdemokratie des Königreiches Polen)
SDKPiL	Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy (Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens)
SDP	Sociaal-Democratische Partij (Niederlande)

SDP	Social Democratic Party (Sozialdemokratische Partei)
Serp	Jüdische Sozialistische Arbeiterpartei
SFIO	Section Française de l' Internationale Ouvrière (Französische Sektion der Arbeiterinternationale)
SLP	Socialist Labor Party (Sozialistische Arbeiterpartei)
SP	Socialist Party (Sozialistische Partei)
SPCh	Sozialistische Partei Chinas
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
TUC	Trades Union Congress
UGT	Unión General de Trabajadores (Allgemeiner Gewerkschaftsbund)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Vgl.	Vergleiche
v. J.	vorigen Jahres
ZfG	„Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (Berlin)
ZK	Zentralkomitee



## DOKUMENTE



Übersicht über die allgemeine Lage  
der sozialdemokratischen und anarchistischen Bewegung für die Zeit  
von der Mitte des Jahres 1906 bis zum Ende des Jahres 1907

I. Die Sozialdemokratie

Dasselbe Jahr, welches der deutschen Sozialdemokratie ihre bisher größte Wahlniederlage brachte, ließ als Trost ihren sehnlichsten Wunsch in Erfüllung gehen, die Abhaltung eines internationalen Sozialistenkongresses auf deutschem Boden. Auf das sorgsamste durch das Brüsseler internationale sozialistische Büro vorbereitet, dessen sonstige Tätigkeit sich auf einen kraftlosen Protest gegen die Auflösung der russischen Duma beschränkte sowie auf die Herausgabe monatlicher Rapporte und kompilatorischer Broschüren, fand der Kongreß vom 18. bis 24. August 1907 in der Liederhalle zu Stuttgart statt.<sup>1</sup> Sein ganzes Drum und Dran, vor allem die als Einleitung unter freiem Himmel abgehaltene Massenversammlung auf dem Cannstatter Wasen, woselbst von 6 Tribünen herab die bekanntesten sozialdemokratischen Führer aller Nationen in mehreren Sprachen den Marxismus vor beinahe 60 000 Zuhörern predigten, verlieh dem Kongresse ein äußerlich machtvolleres Gepräge als seine Vorgänger gehabt hatten. Er war reich an Sensationen, wenn man als solche die brutale Beschimpfung der Haager Friedenskonferenz durch den Engländer Quelch<sup>2</sup> und dessen Ausweisung aus Württemberg, das turbulente Verhalten der Briten, als ihnen durch Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten war, die merkwürdige Prophezeiung des australischen Delegierten und das Auftreten der Fahnen schwenkenden indischen Prinzessin bezeichnen darf, und ragte durch die allgemeine Bedeutung der auf ihm behandelten Fragen sowie ferner dadurch hervor, daß – eine Seltenheit bei derartigen Veranstaltungen – sämtliche Punkte seiner Tagesordnung zur Beratung und Beschlußfassung gelangten.<sup>3</sup>

Die  
Internationale

- 
- 1 Wie bei den nachfolgenden Kongressen der II. Internationale stützen sich sowohl die Verfasser der Übersichten als auch die Bearbeiter auf die jeweiligen Protokolle, die als selbständige Veröffentlichungen oder in der sozialdemokratischen Presse zugänglich sind, für diesen Kongreß also vorwiegend auf: Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart, 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907 (im folgenden als: Protokoll Stuttgart 1907). Im Vergleich zur Protokollierung der ersten Kongresse hatte sich diese seit dem Amsterdamer Kongreß von 1904 wesentlich verbessert. Aber weiterhin spiegeln die Protokolle – und das trifft auch für die von Kopenhagen 1910 und Basel 1912 zu – nur begrenzt die eigentlichen Verhandlungen auf den Kongressen wider. Vgl. zu Wert und Grenzen der veröffentlichten zeitgenössischen Protokollierung Georges Haupt, Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914, Neuwied-Berlin (West) 1970 (im folgenden als: Haupt, Programm und Wirklichkeit, S. 57-71).
  - 2 Harry Quelch (1858-1913), englischer Sozialist, einer der Führer der neuen Trade-Unions und des linken Flügels der Sozialisten, kämpfte gegen den Reformismus und Nationalismus in der englischen Arbeiterbewegung, unterstützte die linken Strömungen in den Parteien der II. Internationale, 1884-1912 Herausgeber der Wochenzeitung „Justice“. Quelch hatte die Haager Konferenz in Englisch als eine Versammlung bezeichnet, in der kapitalistische Interessen vertreten wurden. Die Württembergische Regierung hielt sich aber an die wörtliche Übersetzung („Abendgesellschaft von Dieben“) und wies ihn aus.
  - 3 Formell waren die Beschlüsse des internationalen Kongresses für die einzelnen Sektionen nicht bindend. Ihre unzweifelhaft große moralische Bedeutung reichte dann jedoch 1914 nicht aus, um den Zusammenbruch der

Die hierbei angenommenen Resolutionen zeigen schon durch ihre meist recht beträchtliche Länge, daß es ein müßiges Beginnen ist, die in ihrer ganzen Eigenart national bedingte Arbeiterbewegung nach einer internationalen Meßformel zuzustutzen. Die nationalen Gegensätze auch innerhalb der Sozialdemokratie sind sogar auf keinem ihrer internationalen Kongresse so klar zutage getreten als auf dem Stuttgarter.

Bei der Frage „Einwanderung und Auswanderung“ wehrten sich die Vertreter derjenigen Länder, welche Arbeiter exportieren (Italien, Ungarn, Polen, Galizien, Japan usw.), aus sehr begreiflichen Gründen gegen jede Einwanderungsbeschränkung, während Delegierte anderer Gebiete, die von Einwanderern überschwemmt werden (Australien, Südafrika, Süd- und Nordamerika), nachdrücklich forderten, daß entweder alle wegen kulturellen Tiefstandes nicht organisationsfähigen oder alle nicht der weißen Rasse angehörigen oder wenigstens alle diejenigen fremden Arbeiter gesetzlich von der Einwanderung ausgeschlossen werden sollten, die durch Kapitalisten in das betreffende Land gezogen würden. „Unmöglich können wir zugeben“, sagte der deutsche Delegierte Paeplow<sup>4</sup>, „daß in Ländern mit hochentwickelter Arbeiterbewegung die Errungenschaften jahrzehntelanger politischer und gewerkschaftlicher Organisation durch Masseneinwanderung fast völlig bedürfnisloser Arbeiter mit einem Schlage illusorisch gemacht werden und durch den Massenzug von Italienern und Slawen den deutschen Landarbeitern die Erhöhung ihrer Lebenshaltung erschwert wird“.<sup>5</sup> Aus diesem Widerstreit der Interessen, der sich der Phrase von der Solidarität aller Proletarier nicht fügen wollte, konnte der Kongreß sich nur dadurch retten, daß er zur Empfehlung von sonst so verpönten Palliativmittelchen seine Zuflucht nahm; so empfahl er z.B. das Verbot des Zuzugs solcher Arbeiter, welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft und Löhne nimmt, die Einführung eines die Preisdrückerei durch Ausländer wenigstens etwas mindernden Minimallohnes, die Hereinziehung derselben in die Gewerkschaften des Einwanderungslandes durch Erleichterung des Zutritts und Herabsetzung des Eintrittspreises, die Hebung der gewerkschaftlichen Organisation der Auswanderungsländer behufs Stärkung des Solidaritäts- und Klassenbewußtseins ihrer Arbeiterschaft, gesetzliche Maßregeln gegen die schwindelhafte

---

II. Internationale zu verhindern. Vgl. über die „lockere Föderation der sozialistischen Arbeiterparteien“, in der es „niemals zum Aufbau einer festen Struktur“ kam und „die Autonomie der Parteien der Grundsatz des Verbandes“ blieb, Horst Lademacher, Kosmopolitismus, Solidarität und Nation. Einige Bemerkungen zum Wandel von Begriff und Wirklichkeit im internationalen Sozialismus. In: Internationalism in the Labour Movement 1830-1940. Edited by Frits van Holthoorn/Marcel van der Linden = Contributions to the History of Labour and Society. Issued by the International Institute of Social History, Amsterdam, Volume 1 =, (im folgenden als: Internationalism in the Labour Movement), Bd. II, Leiden-New York-København-Köln 1988, AS. 379 f.

- 4 Friedrich (Fritz) Paeplow (1860-1934), Maurer; Gewerkschaftssekretär, 1899-1902 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, sozialdemokratischer Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft ab 1904, 1896-1908 Redakteur des „Grundstein“, 1908-1910 Erster Sekretär des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, 1911-1913 bzw. 1913-1927 Erster Sekretär bzw. Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes. 1913-1928 Vorsitzender der Bauarbeiter-Internationale.
- 5 Paeplow machte diese Äußerung nicht bei den Verhandlungen des Kongresses, sondern in der Sitzung der Kommission des Kongresses über die Ein- und Auswanderung der Arbeiter. Vgl. Internationaler Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart. 18. bis 24. August 1907, Berlin 1907, S. 119 f. Das „Correspondenzblatt“ bezeichnete „ein unbedingtes Verbot der Anwerbung und Einführung ausländischer Arbeiter“ als „eine Lebensforderung für die Arbeiterbewegung“. (Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, 17. Jg., 10. August 1907, S. 499). Vgl. Dieter Fricke, Arno Klönne, Reinhard Krämer, Bernhard Schütt, Auf der Suche nach Solidarität. Eine Geschichte der internationalen Bauarbeiter- und Holzarbeiterbewegung, Köln 1993. Vgl. auch Max Schippel, Ein- und Auswanderung und fremde Arbeiter. In: Sozialistische Monatshefte, XI. Jg., 1907, H. 8, S. 631 ff.

Verleitung zur Auswanderung und die Schaffung internationaler gewerkschaftlicher Kartelle. Auch wurde dem Brüsseler Büro aufgetragen, Vorschläge zur Neuregelung des Schiffsverkehrs von Auswanderern zu entwerfen. Hierbei soll der Luftraum für jeden Schiffspassagier höher normiert werden als bisher, damit auf diese Weise die Kosten der Überfahrt steigen und dadurch die Herbeiholung überseeischer Arbeiter zu Streikbrecherzwecken usw. teurer und schließlich unrentabel wird. Großzügig kann man eine derartige Politik wahrlich nicht nennen.

In der „Kolonialfrage“ ist das Plenum des Kongresses debattelos demjenigen Teil der von seiner Kommission<sup>6</sup> vorgelegten EntschlieÙung beigetreten, welcher die jetzige Kolonisationsmethode wegen ihrer schonungslosen Knechtung der besiegten Völker und wegen der durch sie vermehrten Gefahr kriegerischer Verwicklung ablehnt, Ausgaben für Kolonien denjenigen in Rechnung stellen will, deren „Reichtümer aus ihnen stammen“, und die sozialistischen Abgeordneten anweist, in allen Parlamenten unter Bekämpfung der jetzigen Kolonialmethode Reformen anzustreben zur Besserung des Loses der Eingeborenen, „zur Sicherstellung ihrer Rechte und zur Verhinderung ihrer Ausbeutung und Versklavung“. Der Kampf der Meinungen wogte nur um die einleitenden Sätze dieser Resolution, welche von der Kommission folgende Fassung erhalten hatten: „Der KongreÙ stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen – besonders aber für die Arbeiterklassen – stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können.“<sup>7</sup> Wider diese Ketzerei machten die unentwegten Theoretiker mobil. Heerrufer im Streit waren der in seinem KolonialhaÙ geradezu fanatische Ledebour<sup>8</sup> und Kautsky<sup>9</sup>. Nach jenem

6 In der Kolonialkommission hatten die Rechten unter der Führung des Holländers Henri Hubert van Kol die Mehrheit.

7 Protokoll Stuttgart 1907, S. 112.

8 Georg Theodor Ledebour (1850-1947), Journalist; Sozialdemokrat, 1890-1895 Mitarbeiter und 1895-1898 Redaktionsmitglied des „Vorwärts“, 1898-1900 Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Dresden, 1900-1914 Mitarbeiter des „Vorwärts“ und anderer sozialdemokratischer Organe, Mitglied des Deutschen Reichstages 1900 bis 1918, stand vor dem ersten Weltkrieg den deutschen Linken nahe, 1917 Mitbegründer der USPD, deren Zentralkomitee er bis März 1919 angehörte, begrüÙte 1946 die Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Über Ledebour vgl. M. Ledebour, Georg Ledebour. Mensch und Kämpfer, Zürich 1954; Ursula Ratz, Georg Ledebour 1850-1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers. Mit einer Einführung von Paul Kluge, Berlin 1969; Elke Keller, Ein alter sozialistischer Haudegen. Georg Ledebour. In: BzG, 1984, H. 4, S. 512-521.

Georg Ledebour vertrat zusammen mit Emanuel Wurm, Henri de la Porte, Alexander Bracke und Julian Marchlewski (Karski) die linke Minderheit der Kommission über die Kolonialfrage.

9 Karl Kautsky (1854-1938), Schriftsteller; Sozialdemokrat, entwickelte sich Ende der siebziger Jahre vom Vulgärsozialisten zum Marxisten, 1882 Mitbegründer der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ und bis 1917 ihr leitender Redakteur, trug als führender Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale zunächst maßgeblich zur Verbreitung des Marxismus bei, ab 1910 Wortführer des Zentrismus, 1917 Mitbegründer der USPD, während der Novemberrevolution 1918/19 Vorsitzender der „Sozialisierungskommission“, 1922 Wiedereintritt in die SPD, siedelte 1924 nach Wien über, emigrierte 1938 nach Amsterdam. Vgl. Erinnerungen und Erörterungen. Hrsg. von Benedikt Kautsky, 's-Gravenhage 1960; August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky. Hrsg. von Karl Kautsky jr., Assen 1971 (im folgenden als: Bebels Briefwechsel mit Kautsky); Werner Blumenberg, Karl Kautskys literarisches Werk, 's-Gravenhage 1960; Reinhold Hünlich, Karl Kautsky und der Marxismus der II. Internationale, Marburg 1981; Massimo Salvadori, Sozialismus und Demokratie: Karl Kautsky 1880-1938, Stuttgart 1982; Ingrid Gilcher-Holtey, Das Mandat des Intellektuellen. Karl Kautsky und die Sozialdemokratie, Berlin 1986; Werner Kowalsky (Herausgeber), Karl Kautsky. Referate und Beiträge der halleischen Konferenz anläÙlich des 50. Todestages, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wiss. Beiträge 1990/29 (C 49); Jürgen Rojahn, Till Schelz, Hans-Josef Steinberg (Hrsg.), Marxismus und Demokratie. Karl Kautskys Bedeutung in der sozialistischen Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1992; Vgl. Till Schelz-Brandenburg, Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Partei-

muß jede Kolonialpolitik kapitalistisch sein und kann deshalb zu ihrer eigenen Erhaltung der Kolonialgreuel nie entbehren, so daß sie in dieser Einsicht überhaupt nicht reformfähig ist. Kautsky aber in seiner Stubenweisheit versicherte, daß die Hebung der niedrigstehenden Völker auch ohne ihre Unterwerfung und Bevormundung, lediglich durch Einführung von Maschinen und Werkzeugen möglich sei, und warnte mit erhobenem Finger davor, so ex abrupto den Begriff einer sozialistischen Kolonialpolitik in die Welt zu setzen, ehe er noch von den Begriffskünstlern der Partei auf seine marxistische Stichhaltigkeit untersucht worden sei.<sup>10</sup> Gegenüber diesen Abstraktionen engbrüstiger Dogmatiker waren die Ausführungen des Holländers van Kol<sup>11</sup> von erfrischendem Wirklichkeitssinne getragen. Er geißelte die stets verneinende Haltung der deutschen Sozialdemokratie in derbster Weise, bewies aus den Erfahrungen der holländischen Kolonisten, daß die angeblichen Scheußlichkeiten der Kolonialpolitik abstellbare Erscheinungen seien, schilderte drastisch, wie sehr der Wilde zur Zivilisation des Zwanges bedürfe und stellte in packenden Beispielen vor Augen, aus welcher barbarischen Knechtschaft die Eingeborenen gerade erst dadurch erlöst werden, daß sie aus der Botmäßigkeit ihrer heimischen Despoten unter die Kolonialgewalt europäischer Kulturstaaten kommen. Ihm sekundierten sehr geschickt die beiden Deutschen David<sup>12</sup> und Bernstein<sup>13</sup>, der Engländer MacDonald<sup>14</sup> und der Franzose Rouanet<sup>15</sup>. Doch alle Mühe war vergeblich. Auch die Waffen der Ironie und des Spotts nützten nichts. Die einleitenden Sätze der Kommissionen wurden gegen die Stimmen führender Kolonialvölker mit Hilfe der weniger expansionslüsternen Argentinier, Bulgaren, Finnländer, Norweger,

---

marxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz 1879 bis 1932, Köln - Weimar - Wien 1992 (im folgenden: Schelz-Brandenburg, Eduard Bernstein und Karl Kautsky).

- 10 Vgl. Protokoll Stuttgart 1907, S. 34 f. Unmittelbar nach dem Stuttgarter Kongreß faßte Kautsky seine Auffassungen zu dieser Frage für die Auseinandersetzung mit seinen Gegnern in seiner Schrift „Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung“ (Berlin 1907) zusammen. Siehe hierzu auch Masao Nishikawa, Karl Kautskys Beitrag zur Diskussion um eine sozialistische Kolonialpolitik. In: Jürgen Rojahn u.a., Marxismus und Demokratie, S. 164-173.
- 11 Henri Hubert van Kol (1852-1925), Ingenieur; 1894 einer der Gründer und Führer der Sozialdemokratischen Partei der Niederlande, Reformist.
- 12 Eduard David (1863-1930), zunächst Gymnasiallehrer, Journalist; Sozialdemokrat, 1896 Parteisekretär für das Großherzogtum Hessen und seit 1896 ständiger Mitarbeiter des „Sozialistischen Akademikers“ bzw. der „Sozialistischen Monatshefte“, führender Revisionist, Mitglied des Deutschen Reichstags 1903-1918, Unterstaatssekretär im Kabinett Prinz Max von Baden, erster Präsident der Weimarer Nationalversammlung. Vgl. Eckhard Müller, Die politische Tätigkeit des Revisionisten Eduard David in der deutschen Sozialdemokratie 1894-1907, Phil. Diss. IML, Berlin Juli 1979; Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918. In Vbdg. m. Erich Matthias bearb. von Susanne Miller. Düsseldorf 1966.
- 13 Eduard Bernstein (1850-1932), Publizist; seit 1872 Mitglied der SDAP, 1878 literarischer Sekretär Karl Höchbergs in Zürich, seit Ende 1880 mit Marx und Engels bekannt, 1881-1890 Redakteur des „Sozialdemokrat“, seit 1896 theoretischer Begründer und führender Vertreter des Revisionismus; bis 1901 im Exil in London, seit 1917 Mitglied der USPD, 1919 wieder in der SPD, Mitglied des Deutschen Reichstags 1902-1906, 1912-1918, 1920-1928. Vgl. Bo Gustafsson, Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, Teil I u. II, Frankfurt am Main 1972; Thomas Meyer, Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1977; Schelz-Brandenburg, Eduard Bernstein und Karl Kautsky; Markku Hyrkkänen, Sozialistische Kolonialpolitik. Eduard Bernsteins Stellung zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus 1882-1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Revisionismus, Helsinki 1986.
- 14 James Ramsay MacDonald (1866-1937), britischer reformistischer Politiker und Gewerkschaftsführer, Pazifist, 1893 Mitbegründer der Independent Labour Party, 1906-1909 Vorsitzender der ILP, 1900-1912 Sekretär der Labour Party, 1911-1914 und 1922-1931 Parteiführer, 1906-1918, 1922-1935 und seit 1936 Mitglied des Unterhauses, 1924 und 1929-1931 Premierminister.
- 15 Gustave Rouanet (1855-1927), französischer Journalist; kleinbürgerlicher Sozialist, Mitbegründer und Chefredakteur der „Revue socialiste“, Mitglied des Französischen Sozialistischen Partei und der Französischen Sektion der Arbeiterinternationale, 1893-1914 Parlamentsabgeordneter, Mitarbeiter der Zeitung „L'Humanité“.

Polen, Rumänen, Ruthenen und Serben bei einem Stimmenverhältnis von 127 zu 108 abgelehnt und dafür eine andere, von Ledebour herrührende, ziemlich unklare Einleitung angenommen, die von irgendwelchem Nutzen der Kolonialpolitik oder einer auch nur bedingten Billigung derselben nichts mehr enthielt.<sup>16</sup> Der Stuttgarter Kongreß hat sie prinzipiell, unter allen Umständen und für alle Zeiten verworfen. Er wird sich aber gefallen lassen müssen, daß die praktische Politik und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Völker das Spinnweb dieser Entschließung nicht für ein unüberwindliches Hindernis ansehen.

Auch die „Stellung der politischen Partei zu den Gewerkschaften“ ist von dem Kongresse zum Thema einer Resolution gemacht worden.<sup>17</sup> Indem er davon ausging, daß zur vollständigen Befreiung des Proletariats der politische Kampf der Partei und der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften erforderlich sei, konstatierte er, daß zwar jede dieser beiden Organisationen an sich völlige Selbständigkeit der Entschließung und des Handelns behalten müsse, daß jedoch unter besonderen Umständen nur die planmäßig geschehende, gemeinsame Aktion von Partei und Gewerkschaft den Erfolg verbürge. Ein derartig einmütiges Zusammenwirken setzt aber das Vorhandensein inniger Beziehungen zwischen beiden Organisationen voraus. Solche Beziehungen bei sich herzustellen und zu unterhalten ist daher – im Sinne des Kongreßbeschlusses – die Pflicht der Arbeiterschaft eines jeden Landes. „Partei und Gewerkschaft“, heißt es in ihm weiter, „haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen sowie sich in ihrem Kampfe bloß solcher Mittel zu bedienen, die dem Befreiungskampfe des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen vom sozialen Geiste leiten zu lassen, und der Partei liegt die Verpflichtung ob, jene in ihren Bestrebungen nach Hebung und Besserung der sozialen Lage der Arbeiter zu fördern.“<sup>18</sup> Ob diese Wünsche des Kongresses überall in Erfüllung gehen werden, ist doch recht fraglich. Die tatsächliche Stellung der Gewerkschaft zur Partei ist nicht nur national, sondern oft sogar innerhalb der einzelnen Nation so verschiedenartig, daß eine baldige Einheitlichkeit nicht zu erwarten steht. Die christlichen und liberalen Gewerkschaften, die von den Arbeitgebern patronisierten gelben, die englischen Trade-Unions und die Gewerkschaften der amerikanischen Federation of Labor, welche alle, ohne Umsturzgelüste und unter Anerkennung einer gewissen Interessenharmonie zwischen Arbeit und Kapital, meist lediglich die Ersetzung des Einzelvertrages durch den kollektiven Tarifvertrag anstreben, wollen mit der Sozialdemokratie keine Gemeinschaft. Auch die syndikalistischen (lokal-organisierten, anarchosozialistischen oder revolutionären) Gewerkschaften, die in sich die „Zellen“ der künftigen Gesellschaft sehen, haben zur Zeit für diese Partei nicht allzuviel übrig. Sie sind zwar klassenkämpferisch, schätzen aber den politischen, insbesondere den parlamentarischen Kampf gering ein, da sie alles Heil von dem ökonomischen Ansturm, vor allem von dem bei der sozialdemokratischen Internationale verpönten Generalstreik

16 Vgl. den Wortlaut der vom Kongreß angenommenen Resolution über die Kolonialfrage in: Protokoll Stuttgart 1907, S. 39 f. Abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1967 (im folgenden: DMA, Bd. 4), S. 212 f.

17 Vgl. ihren Wortlaut in: Ebenda, S. 50 f. Abgedruckt in: DMA, Bd. 4, S. 211 f.

18 In einem Artikel zum Stuttgarter Kongreß hatte Bernstein fünf Leitsätze für das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft aufgestellt, nach denen es u. a. die Regel sein sollte, „Streitigkeiten der Gewerkschaften nicht in die politische Bewegung, innere Angelegenheiten nicht in die Gewerkschaften hinein zu tragen“. Vgl. Eduard Bernstein, Gewerkschaft und Partei im Lichte internationaler Erfahrungen. In: Sozialistische Monatshefte, XI. Jg., 1907, H. 8, S. 620.

erwarten. Nur die hiernach noch verbleibenden Gewerkschaften, die freilich zahlenmäßig ganz besonders stark sind, haben von jeher Fühlung mit der Sozialdemokratie gehabt. Das Verhältnis, in dem sie zur politischen Partei stehen, ist teils das einer nicht immer ungetrübten Kameradschaft, teils das einer Personalunion der Führer oder einer sonstigen organisatorischen Verknüpfung, und nur in bezug auf wenige Länder kann von einer wirklichen Verschmelzung beider Organisationen geredet werden. Im übrigen hat noch auf dem Kongresse selbst die geeinigte sozialistische Partei Frankreichs erklärt, daß sie sich nicht nach jenem Beschlusse richten könne und es bis auf weiteres bei der gegenseitigen völligen Unabhängigkeit und Autonomie der Partei und des maßgebenden Gewerkschaftsverbandes Frankreichs, der *Confédération du Travail*<sup>19</sup>, verbleiben müsse. Auch ließ die von der Socialist Labor Party Nordamerikas<sup>20</sup> vorgeschlagene Resolution erkennen, daß diese Partei die dortige gewerkschaftliche Federation nicht etwa um gut Wetter bitten, sondern nach wie vor scharf angreifen werde.

Über den „Militarismus und die internationalen Konflikte“ wurde ausführlich nur in der Kommission verhandelt, der vier Resolutionsentwürfe, ein gemäßigter Bebel'scher<sup>21</sup>, ein

- 
- 19 Der Allgemeine Gewerkschaftsbund (*Confédération Générale du Travail, CGT*) wurde im September 1895 auf dem 7. Gewerkschaftlichen Nationalkongreß in Limoges gegründet. Anarchosyndikalistische Auffassungen gewannen in ihm zunehmend an Einfluß. Durch Zusammenschluß mit der Vereinigung der Arbeitsbörsen (*Bourses du Travail*) 1902 nahm die CGT einen Aufschwung.
- 20 Die Socialist Labor Party of North America entstand 1877 durch Umbenennung der 1876 gegründeten Workingmen's Party of North America. Viele Mitglieder waren deutsche Emigranten. In den 90er Jahren kam der linke Flügel der Partei an die Führung; er betrieb eine anarchosyndikalistische Politik und lehnte den Kampf um Teilforderungen der Arbeiterklasse sowie die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften ab. So verlor die Partei immer mehr die Verbindung zu den Massen.
- 21 Vgl. Bebel's Resolution in: Protokoll Stuttgart 1907, S. 85 f. – August Bebel (1840-1913), Drechsler; einer der bedeutendsten Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Freund und Schüler von Marx und Engels; Mitglied der IAA seit 1866, Mitbegründer der SDAP 1869 und ihrer Nachfolgeparteien SAPD 1875 und Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1890; Mitglied des Norddeutschen Reichstags 1867-1870 und des Deutschen Reichstags 1871-1881 und 1883-1913; 1892-1913 einer der beiden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Über Bebel vgl. August Bebel, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1-9, hrsg. von Horst Bartel (Bd. 1, 2, 6), Rolf Dlubek (Bd. 1, 2, 6), Heinrich Gemkow (Bd. 1, 2, 6), Ursula Herrmann (Bd. 6), Gustav Seeber (Bd. 3-6), Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam (Bd. 7-9); Bd. 1 1863 bis 1878. Bearbeitet von Rolf Dlubek und Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Dieter Malik, Berlin 1970, 2. Auflage, Berlin 1978; Bd. 2 1878-1890. Erster und Zweiter Halbband. Bearbeitet von Ursula Herrmann und Heinrich Gemkow unter Mitarbeit von Anneliese Beske, Marga Beyer, Wilfried Henze, Gudrun Hofmann, Ruth Rüdiger und Gerhard Winkler, Berlin 1978; Bd. 3 u. 4. Reden und Schriften: Oktober 1890 bis Dezember 1899, Bd. 5. Briefe 1890 bis 1899: Anmerkungen, Bibliographie und Register zu den Bänden 3 bis 5. Bd. 3-5 bearbeitet von Anneliese Beske, Bärbel Bäuerle, Gustav Seeber und Walter Wittwer. Endredaktion: Anneliese Beske und Eckhard Müller, München-New Providence-London-Paris 1995; Bd. 6. Aus meinem Leben. Bearbeitet von Ursula Herrmann unter Mitarbeit von Wilfried Henze und Ruth Rüdiger, Berlin 1983; Bd. 7.1. - 8.2. Reden und Schriften 1899-1913. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München 1997; Bd. 9. Briefe 1899 bis 1913: Anmerkungen. Bibliographie und Register zu den Bänden 7 bis 9. Bearbeitet von Anneliese Beske und Eckhard Müller, München 1997. Herausgeber der Bände 1, 2 und 6: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentralinstitut für Geschichte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR. - August Bebel's Briefwechsel mit Friedrich Engels. Hrsg. von Werner Blumenberg, The Hague 1965; August Bebel's Briefwechsel mit K. Kautsky. Hrsg. K. Kautsky jr., Assen 1971; Helmut Hirsch (Hrsg.), August Bebel. Sein Leben in Dokumenten, Reden und Schriften, Köln 1968; August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich, Berlin 1989 (im folgenden: Herrmann/Emmrich, August Bebel. Eine Biographie); Werner Jung, August Bebel. Deutscher Patriot und internationaler Sozialist. Seine Stellung zu Patriotismus und Internationalismus, Pfaffenwerder 1986; Francis L. Carsten, August Bebel und die Organisation der Massen, Berlin 1991; Dieter Fricke, August Bebel heute. Gedanken eines Historikers zum 150. Geburtstag. Vortrag, Braunschweig 1991; August Bebel - „... ein prächtiger alter Adler“: Nachrufe, Gedichte, Erinnerungen, hrsg. von Heinrich Gemkow und Angelika Müller, Berlin 1990; August und Julie Bebel. Briefe einer Ehe. Hrsg. von Ursula Herrmann, Berlin 1997;

ganz extremer von Hervé<sup>22</sup> und noch zwei französische (von Guesde<sup>23</sup> und von Vaillant<sup>24</sup>) sowie mehrere Amendements zu diesen Vorlagen. Im Plenum beschränkte man sich darauf, um des guten Eindrucks nach außen willen, sofort nach der einleitenden Rede Vanderveldes<sup>25</sup> die Debatte abzubrechen und eine von der Subkommission redigierte, etwas lang geratene Kompromißresolution einstimmig anzunehmen.<sup>26</sup> Nach dieser Entschließung ist die Arbeiterklasse eine natürliche Gegnerin des Krieges und hat als solche mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser wie zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Auch bilde die demokratische Organisation des Heerwesens, die Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich werden; und unter dem Drucke des Proletariats könne durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte „an Stelle der kläglichen Veranstaltungen der Regierungen“ die Wohltat der Abrüstung ausreichend gesichert werden. „Droht der Ausbruch eines Krieges“, fährt die Resolution fort, „so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, ... alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten scheinenden Mittel zu verhindern, welche sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch ihn herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“ Dieser Beschluß ist bemerkenswerter durch das, was er nicht sagt, als durch das, was er sagt. In den Kommissionsdebatten spielte der Hervéismus eine große Rolle, jene nach dem eigenen Geständnisse Hervés brutale, rücksichtslose und wilde Spielart des französischen Antimilitarismus, die schon im Frieden durch das Hineintragen der Agitation in die Kaserne

---

August Bebel. Veröffentlichungen von und über August Bebel in der DDR. Bibliographie. Erarbeitet und eingeleitet von Anne Menger, Berlin 1989.

- 22 Gustave Hervé (1871-1944), Rechtsanwalt; französischer Politiker, zunächst Sozialist und Antimilitarist, gab ab 1906 die halbanarchistische Zeitschrift „La Guerre Sociale“ heraus, propagierte vor 1914 ein von anarchistischen Ideen geprägtes Programm individueller und kollektiver Kriegsdienstverweigerung, vertrat im ersten Weltkrieg nationalistische Positionen, wurde 1918 aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen und gründete 1927 unter dem Einfluß nationalsozialistischer Ideologie die Parti socialiste national.
- 23 Mathieu-Basile, genannt Jules Guesde (1845-1922), Journalist; namhafter Vertreter der französischen und internationalen Arbeiter- und sozialistischen Bewegung, in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Anhänger der Anarchisten, später Mitbegründer der Französischen Arbeiterpartei (1879) und Verfechter der Ideen des Marxismus, mehrere Jahre Führer des revolutionären Flügels der französischen sozialistischen Bewegung. Vgl. C. Willard, *Les Guesdistes*, Paris 1965.
- 24 Marie-Édouard Vaillant (1840-1915), Arzt; Sozialist, Blanquist; Mitglied der IAA und der Pariser Kommune, emigrierte nach England, kehrte 1880 nach Frankreich zurück, Gründer des Comité Révolutionnaire Central, seit 1884 Mitglied des Pariser Munizipalrates, einer der Präsidenten des Internationalen Arbeiterkongresses 1889, 1902 Mitbegründer der Sozialistischen Partei Frankreichs, später Opportunist. Über Vaillant vgl. M. Dommange, *Édouard Vaillant. Un grand socialiste 1840-1915*, Paris 1956.
- 25 Émile Vandervelde (1866-1938), Jurist; belgischer Politiker, Mitbegründer und Führer der belgischen Arbeiterpartei, einer der Führer des opportunistischen Flügels in der II. Internationale (1900-1914 Präsident), Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Büros, seit 1894 sozialistischer Abgeordneter im Parlament, 1914-1937 mehrmals Minister.
- 26 Vgl. den Wortlaut in: Protokoll Stuttgart 1907, S. 64-66. Abgedruckt in: DMA, Bd. 4, S. 208-211. Die einstimmige Annahme erfolgte, nachdem der von August Bebel vorgelegte Entwurf auf der Grundlage der Anträge W. I. Lenins, Rosa Luxemburgs und L. Martows geändert worden war. Vgl. Protokoll Stuttgart 1907, S. 102. Abgedruckt in: DMA, Bd. 4, S. 215.

oder, wie von Vollmar<sup>27</sup> es ausdrückte, durch „kindliche Kasernenverschwörungen“<sup>28</sup> die Heeresdisziplin vollständig untergraben und die Soldaten zu Meutereien verleiten will, im Kriegsfall aber u.a. unbedingte Heeresdienstverweigerung auch von der Arbeiterschaft desjenigen Landes verlangt, das bereits angegriffen ist. Dieser Verzicht der Massen auf die Verteidigung des eigenen, schon unter den Wunden des Krieges blutenden Vaterlandes ist diesem ehemaligen Schulmeister, der in den deutschen Sozialdemokraten, wie er in Stuttgart höhnisch bemerkte, nur gute, satte und zufriedene Spießbürger sieht, die reinste und tiefste Konsequenz proletarischer Weltanschauung. Die Interessengemeinschaft zwischen den Angehörigen ein und derselben Nation, zwischen den Bewohnern ein und desselben Landes ist nach ihm eine Lüge. Denn nur der Reiche hat ein Vaterland; diesem ist es die milchende Kuh, dem Proletarier aber die Stiefmutter, um derentwillen er sich wahrlich den Schädel nicht einschlagen zu lassen brauche.<sup>29</sup> Selbstverständlich ist dieser merkwürdigen, fast anarchistisch anmutenden Doktrin in Stuttgart mit allem Nachdrucke zu Leibe gegangen worden. Bebel wies gegenüber einer solchen Eskamotierung der „Nation“ mit Recht darauf hin, daß gerade heutzutage sich in allen Staaten der Drang nach nationaler Unabhängigkeit rege, Vaillant bezeichnete die Nationen als notwendige Elemente der menschlichen Entwicklung, Vollmar erklärte international und antinational nicht für identisch und Jaurès<sup>30</sup> erhob sich fast zu poetischem Schwunge, als er die Nation das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts nannte und dem Proletariat dringend davon abriet, diese „kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern“. Alle diese Redner fanden wegen ihrer Zurückweisung des Hervéismus die lebhafteste Zustimmung; in der oben erwähnten Resolution ist aber seiner, der Agitation in den Kasernen und des Verzichts auf die Selbstverteidigung, auch nicht mit einem einzigen Worte gedacht worden. Wohl aber findet sich in ihr die Vorbehaltsklausel, daß die Internationale außerstande ist, „die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bringen“. Ist nun der Hervéismus endgültig abgelehnt oder nicht? Hervé selbst hat für diese Resolution unter Hochhebung beider Hände gestimmt. Auch die zweite Frage, welche die Debatten über den Militarismus beherrschte, ist in dem Kongreßbeschlusse nicht zum Ausdruck gekommen. Die Majorität der französischen Delegierten hatte als Mittel zur Verhütung

---

27 Georg Heinrich von Vollmar (1850-1922), ehemaliger bayerischer Offizier, Journalist; Sozialdemokrat, Redakteur des „Dresdner Volksboten“ 1877 und des „Sozialdemokrat“ 1879/80; Mitglied des Deutschen Reichstags 1881-1887 und 1890-1918 des Sächsischen Landtags 1883-1889 sowie des Bayerischen Landtags 1893-1918; seit den neunziger Jahren bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges unumstrittener Führer der bayerischen Sozialdemokratie und einer der einflußreichsten Wortführer des Reformismus in der deutschen Sozialdemokratie. Über Vollmar vgl. Reinhard Jansen, Georg von Vollmar. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1958; Georg von Vollmar, Reden und Schriften zur Reformpolitik. Hrsg. Willy Albrecht. Berlin (West)-Bonn-Bad Godesberg 1977.

28 Vgl. Protokoll Stuttgart 1907, S. 91 ff.

29 Vgl. ebenda, S. 83 ff.

30 Jean Léon Jaurès (1859-1914), Historiker; bedeutender Vertreter der französischen und internationalen Arbeiterbewegung, seit 1892/93 in der französischen sozialistischen Bewegung politisch aktiv. Er förderte wesentlich den Zusammenschluß der Sozialisten in der Vereinigten Französischen Sozialistischen Partei (1905), in der er gegen die marxistische Richtung von Jules Guesde revisionistische Auffassungen verfocht. Jaurès war Mitbegründer der „L' Humanité“ (1904). Als Pazifist trat er leidenschaftlich gegen den Militarismus und die drohende Kriegsgefahr auf. Am 31. Juli 1914 wurde er von Chauvinisten ermordet. Vgl. H. Goldberg, Life of Jean Jaurès, Madison-Milwaukee-London 1962; M. Gallo, Le grand Jaurès, Paris 1984; Jean Jaurès - Frankreich, Deutschland und die Zweite Internationale am Vorabend des ersten Weltkrieges. Hrsg.: Ulrike Brummert, Tübingen 1989.

und Verhinderung eines Krieges auch den Massenstreik und den Aufstand bezeichnet. Hiergegen wandten sich der Österreicher Adler<sup>31</sup> und die beiden Deutschen Bebel und v. Vollmar, und zwar alle drei unter dem Beifall der Kommission. V. Vollmar nannte beide Mittel prinzipiell verkehrt und die Idee, den Krieg durch einen Militärstreik aus der Welt zu schaffen, ebenso töricht, wie wenn man etwa glaube, durch einen Generalstreik den Kapitalismus sozusagen über Nacht beseitigen zu können, und Bebel richtete die wohlbe gründete Frage an die Versammlung, woher denn wohl nach der Mobilmachung noch die für die Durchführung eines Massenstreiks erforderlichen Menschen genommen werden sollten. Eine sofort eintretende Hungersnot von noch nie dagewesener Höhe wäre die notwendige Folge eines solch unüberlegten Beginns. Bündiger kann man doch wohl von jenen Kampfmitteln sich nicht lossagen und doch ist auch von dieser Absage nichts in den Beschluß hineingekommen, so daß es jedem freisteht, unter den, wie die Resolution sagt, „am wirksamsten scheinenden Mitteln“, trotzdem nach wie vor auch den Massenstreik und den Aufstand des Militärs zu verstehen. Tatsächlich ist deshalb die antimilitaristische Entschließung des Kongresses, so äußerlich zahm sie erscheint, nichts anderes denn ein Rahmen, der alle Möglichkeiten umspannt, von der mildesten Form, der Bekämpfung des Militarismus durch das Parlament, bis zu der staatszertrümmernden Aktion der Hervéisten.

Den letzten Punkt der Tagesordnung des Kongresses bildete das „Frauenstimmrecht“.<sup>32</sup> Mit der Besprechung dieser Frage wollte man denjenigen sozialdemokratischen Frauen eine Freundlichkeit erweisen, die sich vom 17. bis 19. August, also gleichzeitig mit dem Kongresse und ebenfalls in Stuttgart zu einer von 58 Vertreterinnen besuchten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz zusammengefunden hatten,<sup>33</sup> obwohl diese Bewegung sich bisher noch in recht bescheidenen Grenzen bewegt. Außerhalb Europas hat sie, von einigen kleinen sozialistischen Frauenklubs Nordamerikas abgesehen, noch überhaupt keine Stätte und auch in den romanischen Ländern unseres Kontinents, Frankreich ausgenommen, sowie in der Schweiz ist eine besondere sozialdemokratische Frauenbewegung bisher nicht ans Licht getreten. Auch Belgien und Holland sollen nur je 500 sozialdemokratisch organisierte Frauen aufweisen und der sozialistischen Frauenföderation Englands sowie den Frauensektionen der dänischen, norwegischen und schwedischen Partei wird trotz größerer numerischer Stärke ebenfalls noch keine besondere Bedeutung beigelegt werden können. Eine wirklich beachtenswerte sozialdemokratische Frauenbewegung ist bisher außer in Finnland mit seinem 18600 Frauen umfassenden Bunde und seinen neun weiblichen Parlamentsabgeordneten lediglich in Österreich und vor allem in Deutschland vorhanden. In der erwähnten Stuttgarter Frauenkonferenz wurde, als wichtigstes Ergebnis der Beratungen,

---

31 Victor Adler (1852-1918), Arzt, Journalist; Mitbegründer und Führer der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Redakteur der „Gleichheit“ und der „Arbeiter-Zeitung“ in Wien. Vgl. Victor Adler, Aufsätze, Reden und Briefe. Hrsg. vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, I.-XI. Heft, Wien 1922 ff.; Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky sowie Briefe von und an Ignaz Auer, Eduard Bernstein, Adolf Braun, Heinrich Dietz, Friedrich Ebert, Wilhelm Liebknecht, Hermann Müller und Paul Singer. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler, Wien 1954 (im folgenden als: Adler, Briefwechsel); Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965.

32 Vgl. den Wortlaut der Resolution über das Frauenstimmrecht in: Protokoll Stuttgart 1907, S. 40. Das Referat zu diesem Tagesordnungspunkt hielt Clara Zetkin.

33 Über die I. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen vgl. Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden, Berlin 1987 (im folgenden: Fricke, Handbuch (1987)), Bd. 2, S. 835 f.; Jürgen Kirchner, Herausbildung und Geschichte der Sozialistischen Fraueninternationale und zu den Anfängen des Internationalen Frauentages – ein Beitrag zur Geschichte der II. Internationale, Phil. Diss. B, Dresden 1982 (im folgenden: Kirchner, Sozialistische Frauen-Internationale).

eine Internationale Zentralstelle geschaffen. An diese, die ihren Sitz in Stuttgart erhalten hat und deren Publikationsorgan die „Gleichheit“<sup>34</sup> ist, sollen alljährlich Berichte über die Frauenbewegung jedes Landes und fortlaufende Schilderungen aller in dieser Hinsicht wichtigen Vorgänge gesandt werden. Auch werden ihr zur Vorbereitung für die nächste internationale Konferenz eine Reihe von Fragen (antimilitaristische Bewegung, fortlaufende Unterstützung bedürftiger Mütter bei der Geburt, Warenverruferklärung, Warenempfehlung) überwiesen, über die man nicht mehr hatte in die Erörterung eintreten können, da die ganze verfügbare Zeit infolge des Widerstreits zwischen den Lauen und den Unentwegten durch die Besprechung des Frauenstimmrechts aufgebraucht worden war. Jene wollen nämlich mit der bürgerlichen Frauenbewegung Hand in Hand arbeiten und vorläufig bereits mit dem beschränkten Frauenwahlrechte zufrieden sein, wie es in Norwegen besteht und für England erstrebt wird. Diese dagegen sind gegen jede Abschlagszahlung und jede Verwässerung der Bewegung durch bürgerliche Frauen. Sie weisen das beschränkte Wahlrecht „als Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts“ zurück. Sie kämpfen für „den einzig lebensvollen Ausdruck dieses Prinzips, das allgemeine Frauenstimmrecht, das allen Großjährigen zusteht, und weder an Besitz, Steuerleistung, Bildungsstufen noch an sonstige Bedingungen geknüpft ist“, und sie führen diesen Kampf „nicht im Bunde mit Frauen anderer Gesellschaftsklassen, sondern in Gemeinschaft lediglich mit den sozialistischen Parteien“. Diese Auffassung trug in der Konferenz den Sieg davon und wurde in einer umfangreichen Resolution niedergelegt, die auch auf dem Männerkongreß der Internationale den Beratungen über das Frauenstimmrecht zugrunde gelegt ward und dort ebenfalls zur Annahme gelangte, nachdem sie redaktionell stark gekürzt worden war und einen ihr Verlangen nach stürmischem Tempo etwas abschwächenden Zusatz erhalten hatte. Hierbei erklärte die Genossin Murby von der englischen Fabian Society<sup>35</sup>, daß trotz dieser Resolution sie und ihre Freundinnen kraft der Autonomie der Nationen nach wie vor mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammengehen werden, die übrigens gerade in England von mehr als burschikosem Schneid sind.

Die dritte internationale sozialistische Zusammenkunft, welche Stuttgart in den Augusttagen des Jahres 1907 innerhalb seiner Mauern tagen sah,<sup>36</sup> war die der sozialistischen Jugend, welche sich dort gleichfalls ein besonderes internationales Sekretariat<sup>37</sup> schuf und eine Reihe von mehr oder minder erheblichen Leitsätzen aufstellte, aus denen folgende

34 „Die Gleichheit“ erschien vom 1. Januar 1892 bis September 1923 zunächst in Stuttgart, dann Berlin. Herausgeberin war Emma Ihrer. Redakteure waren Clara Zetkin (bis Mai 1917) und Käthe Duncker (1906-1908), 1917-1919 Heinrich Schulz. Vgl. Fricke, Handbuch (1987), Bd. 1, S. 567-570.

35 Die 1884 von bürgerlichen Intellektuellen gegründete reformistische Fabian Society nannte sich nach dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator (Der Zauderer), der durch seine abwartende Taktik und sein Ausweichen vor Entscheidungsschlachten bekannt war. Die Fabier predigten einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und negierten so den proletarischen Klassenkampf.

36 Die I. Internationale Sozialistische Jugendkonferenz wurde im Anschluß an den Internationalen Sozialistenkongreß vom 24. bis 26. August 1907 in Stuttgart abgehalten. Ihre Vorbereitung erfolgte durch ein internationales Sekretariat, das im März 1907 in Leipzig seine Arbeit aufgenommen hatte. Vgl. Die Internationale Organisation der sozialistischen Jugend. Bericht des Sekretariats der Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen. Leipzig August 1907 (im folgenden: Internationale Organisation ... (1907). Vgl. Fricke, Handbuch (1987), Bd. 2, S. 839-844; Wolfgang Neugebauer, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1973 (im folgenden: Neugebauer, Bauvolk), S. 83 ff.

37 Mit dem Sitz in Wien seit Herbst 1907 und dem österreichischen Sozialdemokraten Robert Danneberg (1885-1942) als Sekretär. Vgl. Leon Kane, Robert Danneberg. Ein pragmatischer Idealist, Wien 1980, S. 37 ff.

erwähnt sein mögen. Der Zweck der bei allen sozialdemokratischen Parteien zu errichtenden Jugendorganisationen soll die Verbreitung „marxistischer“ Wissenschaft, die Förderung des ästhetischen Sinnes (!), die Stärkung des Körpers durch Leibesübungen, die Hebung der sittlichen Eigenschaften, auch durch das Zusammenarbeiten beider Geschlechter, und die Weckung des Solidaritätsgefühls sowie der demokratischen Gesinnung sein. Ihr Kampf aber soll sich gegen den Alkohol, wider den Stillstand in der Arbeiterschutzgesetzgebung und gegen den Militarismus richten. In sozialpolitischer Hinsicht will man nicht nur überall Kommissionen bilden, welche die Innehaltung der Schutzbestimmungen für Jugendliche zu überwachen haben, sondern will auch auf die Gewerkschaften und die sozialistischen Parlamentsfraktionen dahin einwirken, daß beim Abschlusse von Tarifverträgen und bei neuen Schutzgesetzen auch die jugendlichen Arbeiter, z.B. in bezug auf die Kürzung der Arbeitszeit und das Verbot der Nacharbeit, des Kost- und Logiszwangs und der körperlichen Züchtigung, besonders berücksichtigt werden. Zum Antimilitarismus hat man auf dieser Zusammenkunft nicht durch ein detailliertes Programm Stellung genommen, sondern sich mit dem Anhören einer weitschweifigen Rede des Rechtsanwalts Liebknecht<sup>38</sup> begnügt,<sup>39</sup> in welcher er unter eingehender Darlegung des „Klassencharakters der Armee“ einerseits die „leider vielfach betriebene Agitation zur Nichtgestellung der einberufenen Mannschaften“ als den denkbar größten taktischen Fehler, andererseits aber als das wesentlichste Ziel der antimilitaristischen Propaganda „die Zermürbung des militaristischen Geistes zur Beschleunigung der organischen Zersetzung des Militarismus“ bezeichnete. Diese Zersetzung herbeizuführen, das sei die Aufgabe der in den Jugendorganisationen zu treibenden Aufklärungsarbeit, wobei die oben des Näheren erörterte Resolution über „den Militarismus und die internationalen Konflikte“ die Richtschnur gebe. Eine wirkliche Klarheit über den Antimilitarismus der sozialdemokratischen Jugend haben die Liebknechtschen Ausführungen nicht gebracht, und man hat beim Lesen seines Referates unwillkürlich den Eindruck, als wenn es diese Klarheit auch gar nicht bringen sollte. Mit Rücksicht auf das damals gegen ihn schwebende Strafverfahren wegen Hochverrats<sup>40</sup> hat Liebknecht zu jener Zeit wohl nicht mit offenem Visier fechten wollen.

---

38 Karl Liebknecht (1871-1919), Rechtsanwalt; führender Vertreter der deutschen Linken, Sohn von Wilhelm Liebknecht aus seiner Ehe mit Natalie Reh; seit 1900 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1902-1913 Stadtverordneter in Berlin, 1906 Mitbegründer der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland und 1907 der Internationalen Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen, bis 1910 deren Präsident, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1908-1916 und des Deutschen Reichstags 1912-1916, Mitbegründer der Gruppe Internationale (Spartakusgruppe) und 1918 des Spartakusbundes, Mitglied seiner Zentrale und mit Rosa Luxemburg verantwortlich für die Redaktion der „Roten Fahne“, Mitbegründer der KPD, am 15. Januar 1919 von der Reaktion ermordet. Vgl. Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze. Hrsg. Julian Gumperz. Hamburg 1921; Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 1-9, Berlin 1958-1971; Heinz Wohlgemuth, Karl Liebknecht. Eine Biographie, Berlin 1973; Helmuth Trotnow, Karl Liebknecht. Eine politische Biographie, Köln 1980; Annelies Laschitzka unter Mitwirkung von Elke Keller, Karl Liebknecht. Eine Biographie in Dokumenten, Berlin 1982; Helga Kögler, Karl Liebknecht - Rosa Luxemburg: Veröffentlichungen von und über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der DDR; Bibliographie, eingeleitet von Gabriele Schumacher, Berlin 1988.

39 Vgl. das Referat „Der Kampf gegen den Militarismus“. In: Karl Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Zürich 1911, S. 127-140 (Anhang). Vgl. auch den Bericht über die Rede in: Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1960 (im folgenden: Liebknecht, Reden und Schriften, Bd. 2), S. 43 ff.

40 Dieses Verfahren war gegen Karl Liebknecht am 9. August 1907 eröffnet worden. Veranlassung zu seiner Einleitung hatte die Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus, unter besonderer Berücksichtigung der Jugendbewegung“ von Karl Liebknecht gegeben, die im April 1907 von den Behörden beschlagnahmt worden war.

Die letzte, hier zu behandelnde Veranstaltung der sozialdemokratischen Internationale, die interparlamentarische sozialistische Konferenz vom 17. August 1907,<sup>41</sup> welche Stuttgart ebenfalls über sich ergehen lassen mußte, bildet einen stilgerechten Ausklang aller dieser internationalen Kundgebungen.<sup>42</sup> Sie wußte nämlich überhaupt nicht, was sie mit sich und der ihr zur Verfügung stehenden Zeit anfangen sollte, und erörterte deshalb die Frage, ob es nicht angebracht sei, da man ja bereits Wissenschaft und Wahrheit in eine bürgerliche und eine sozialistische geschieden hatte, sich nunmehr auch mit der Schöpfung eines eigenen sozialistischen Systems der Politik zu beschäftigen; denn was in den Parlamenten getrieben werde, sei im Grunde bürgerliche Politik, im besten Falle aber Staatssozialismus. Man kam jedoch zu keiner Entscheidung und ging tatenlos wieder auseinander, nachdem Vollmar – recht bezeichnend für jene Ära internationaler Darbietungen – sich energisch gegen die Methode gewehrt hatte, „alle Fragen auf den internationalen Schimmel zu schieben“.<sup>43</sup>

Deutschland

Bei Beginn der Berichtszeit erfreute sich die deutsche Sozialdemokratie, trotzdem man ihr mangelnde revolutionäre Energie nachsagte, bei allen ausländischen Genossen großen Ansehens. Das stetige Wachsen ihrer Reichstagsmandate von den 12 des Jahres 1887 zu den 35 von 1890, den 44 von 1893, den 56 von 1898 und den 81 von 1903 hatte allenthalben den Eindruck erweckt, als wenn sie in unüberwindlichem Vormarsche sei und sich demjenigen Zeitpunkte nicht mehr ferne befinde, wo sie die Mehrheit im Reichsparlament haben und damit endgültig die Geschicke Deutschlands in ihre Hand bekommen würde. An die Möglichkeit einer Rückwärtsbewegung hat kein Ausländer, ja hat auch die deutsche Sozialdemokratie selbst nicht geglaubt. In den Reichstags-Wahlkampf des Jahres 1907<sup>44</sup> trat sie mit der stolzen Hoffnung ein, jetzt mindestens das erste Hundert ihrer Mandate voll zu machen. Und wie so ganz anders kam es! Trotzdem ihre Agitationsredner in jenen Dezember- und Januartagen tagaus tagein unermüdlich tätig waren, trotzdem die sorgfältig geschaffene Organisation gut funktionierte und trotzdem die Partei während der doch nur kurzen Kampagne für sie über eine halbe Million Mark an Geld opferte und Flugschriften

41 Nachdem der Internationale Kongreß in London 1896 die Gründung eines Internationalen Parlamentarischen Komitees beschlossen hatte, war auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam 1904 folgendes festgelegt worden: Die Vertreter der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften der einzelnen Länder bilden zusammen eine Kommission. Die einzelnen Fraktionen treten miteinander in Verbindung, um so einheitliche Aktionen in den verschiedenen Parlamenten zu ermöglichen. Es wird ein Internationales parlamentarisches Komitee gebildet, in das jedes Land zwei Vertreter delegiert. Sein Sitz ist vorläufig in Holland. Zur Interparlamentarischen Sozialistischen Kommission, wie sie seit Juli 1906 hieß, vgl. Haupt, Programm und Wirklichkeit, S. 98 ff.

An der Interparlamentarischen Sozialistischen Konferenz vom 17. August 1907 nahmen 150 Delegierte teil. Vgl. den Wortlaut der von ihnen auf der Konferenz beschlossenen und durch den Kongreß bestätigten Satzungen der I.S.K. in: Bulletin Périodique, 3. Jg., Nr. 8, S. 3 f.

42 Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie „ihre lebhafteste Sympathie und ihre unerschütterliche Solidarität mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der aufgelösten russischen Duma als mit den Männern, die jetzt in den Gefängnissen der russischen Regierung schmachten“, bekundete. (Protokoll Stuttgart 1907, S. 77).

43 Ebenda, S. 80

44 Der Reichskanzler hatte am 13. Dezember 1906 den Reichstag für aufgelöst erklärt, nachdem dieser mit 177 gegen 168 Stimmen den von der Regierung geforderten Betrag von 25 Millionen Mark zur Unterdrückung der seit 1904 in der deutschen Kolonie Südwestafrika sich im Aufstand befindlichen Hereros und Hottentotten abgelehnt hatte. Die erforderlichen Neuwahlen zum Reichstag, die am 25. Januar 1907 stattfanden, wurden allgemein als Herero- bzw. Hottentottenwahlen bezeichnet.

in mehr als 55 Millionen Exemplaren ins Land warf, erlangte sie in den Hauptwahlen nur 29 Mandate gegen 56 im Jahre 1903 und bei den Stichwahlen, an denen sie in 90 Wahlkreisen beteiligt war, nur noch weitere 14 Mandate, so daß durch diese „Hottentotten“-Wahlen die Stärke ihrer Reichstagsfraktion von 81 auf 43 zusammengesmolzen und damit noch unter den Bestand des Jahres 1893 gesunken ist.<sup>45</sup> Der Sturm nationaler Entrüstung, den das von der sofortigen Reichstagsauflösung gefolgte Verhalten der oppositionellen Mehrheit vom 13. Dezember 1906 in allen Gauen Deutschlands erregt hatte und der von den nationalen Parteien dank der damals sehr geschickten Mitarbeit des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie<sup>46</sup> und anderer nationaler oder kolonialer Vereinigungen wach erhalten worden war,<sup>47</sup> das Gefühl der Empörung über die unwürdigen Angriffe gegen die in Südwestafrika ringenden deutschen Truppen und schließlich die ins Maßlose gesteigerte Überhebung der Sozialdemokratie, das sind die Gründe, denen sie diese verdiente Niederlage allein zuzuschreiben hat. Sie freilich sieht die Gründe hierfür in ganz anderem, so z.B. in der „Angst“, die in den kleinbürgerlichen Kreisen durch die – so kläglich verlaufenen – sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen vom Januar 1907 erregt worden sei, in der angeblichen „Furcht“ dieser Kreise, die „Roten“ könnten, noch weiter erstarkend, den zu Jena<sup>48</sup> proklamierten Massenstreik in die Tat umsetzen, und in der „Besorgnis der Bourgeois“ vor einer Revolution nach russischem Muster, Motive, die lediglich der Selbstüberschätzung der Genossen ihr fingiertes Dasein verdanken. Auch sei damals, argumentierte man weiter, die allgemeine Situation für die Regierung besonders günstig gewesen, da „Industrie und Handel im Zeichen der Prosperität standen und die Wirkungen der durch die agrarische Zoll- und Absperrungspolitik hervorgerufenen Teuerung abgeschwächt waren“. Vor dem Wahltage hatte man freilich überall in der sozialdemokratischen Presse lesen können, daß noch niemals eine Regierung unter ihr ungünstigeren Verhältnissen ein Parlament aufgelöst habe, und der „Vorwärts“ hatte noch kurz vor jenem für die Sozialdemokratie so verhängnisvollen 25. Januar das für ihn so charakteristische Wort von den „Hungerwahlen“ geprägt. Auf die Stimmung der sozialdemokratischen Massen wirkte der Ausgang der Wahlen geradezu niederschmetternd. Man tröstete sich jedoch allmählich damit, daß die für die

45 Dieser Verlust an Reichstagsmandaten trat ein, obwohl die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen sich von 3 010 771 im Jahre 1903 auf 3 258 968 bei den Wahlen erhöht hatte. Das in Deutschland damals geltende Mehrheitswahlrecht mit dem Stichwahlsystem und der völlig veralteten Einteilung der Reichstagswahlkreise raubte der deutschen Sozialdemokratie mindestens 75 Reichstagsmandate. Unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts hätte sie nämlich 117 Mandate bekommen müssen.

46 Vgl. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hrsg. von Dieter Fricke (Leiter des Herausgeberkollektivs), Bd. 4, Leipzig-Köln 1986, S. 63-77.

47 Eine Umschreibung für die chauvinistische Hetze, die von den herrschenden Klassen zu dieser Zeit entfacht worden war und die der Reichskanzler durch seinen sogenannten Silvesterbrief an den Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Eduard von Liebert, eingeleitet hatte. Als Parole für den Wahlkampf hatte er angegeben: „Für Ehre und Gut der Nation, gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum“, wobei er den Kampf gegen die Sozialdemokratie ausdrücklich als vorrangig bezeichnete. Die Zahl der bei den Hottentottenwahlen abgegebenen gültigen Stimmen stieg von 9 495 587 im Jahre 1903 auf 11 262 754 an. Statt 75,8 Prozent der Wahlberechtigten von 1903 hatten 1907 85 Prozent ihre gültigen Stimmen abgegeben. Im Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes „Die Ereignisse der Reichstagswahlen“ vom 9. Februar 1907 wurde festgestellt: „Was in diesem Wahlkampf die bürgerlichen Massen an die Wahlurne trieb, war die Angst vor einem großen Sieg der Sozialdemokratie, der nach ihrer Phantasie russisch-revolutionäre Zustände über Deutschland bringen könnte.“ (Vorwärts, 10. Februar 1907). Vgl. Dieter Fricke, Der Regierungswahlkampf von 1907. In: Wählerbewegungen in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871-1933, Berlin (West) 1978, S. 485-504.

48 Gemeint ist der sozialdemokratische Parteitag vom September 1905 in Jena.

Partei abgegebene Stimmzahl sich von 3 010 771 des Jahres 1903 auf 3 259 020 im Jahre 1907 gehoben hatte, schimpfte auf die „ungerechte Wahlkreiseinteilung“, bei der von einem gleichen Wahlrechte kaum noch geredet werden könne,<sup>49</sup> behauptete, daß es gar nicht auf die Zahl der Reichstagsmandate, sondern auf die Zahl der Anhänger ankomme, und half sich mit diesen und anderen dialektischen Hilfsmittelchen zu einem so rosenroten Optimismus durch, daß Kautsky, ohne ausgelacht zu werden, sich zu dem Satz aufschwingen konnte: „Der Ausfall der Wahl hat uns gelehrt, daß wir viel schneller unserem Siege entgegengehen, als wir vor dem 25. Januar angenommen haben“<sup>50</sup>. Trotz dieser stark gekünstelten Gleichgültigkeit gegen jene empfindliche Schlappe ist die deutsche Sozialdemokratie seitdem, oder sind wenigstens einzelne ihrer Führer in nationaler Beziehung und in anderen intrikaten Fragen ein wenig vorsichtiger geworden.<sup>51</sup> Auch scheint der Schwung, der früher in der Bewegung war, erheblich nachgelassen und sich nur noch in den Großstädten einigermaßen erhalten zu haben.

Sehr verschieden haben sich die Landtagswahlen der Berichtszeit gestaltet. Die nach dem neuen Proportionalwahlssystem auf der Wende zwischen 1906 und 1907 erfolgten württembergischen Wahlen brachten der Partei, infolge des von ihr mit der Volkspartei geschlossenen Kartells, acht neue Sitze ein, so daß sie im dortigen Landtage deren zur Zeit 15 innehat. Einen gleich großen numerischen Erfolg haben ihr die bayerischen Landtagswahlen vom Mai 1907 beschert, die zum ersten Male unter dem direkten Wahlrecht vollzogen wurden. Dort verfügt die Sozialdemokratie jetzt über 20 statt, wie früher, über 12 Mandate. 6 neue Sitze errang sie zu den bisherigen 13 bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen und einen solchen zu zwei vorhandenen im Großherzogtum Sachsen-Weimar. In Sachsen-Altenburg konnte sie ihren alten Bestand von 3 Mandaten behaupten und nur in Elsaß-Lothringen schnitt sie ungünstig ab, da ihr einziger Sitz im dortigen Landesausschusse den Gegnern in den Schoß fiel. Die Zahl der übrigen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten beträgt in Bremen 17, in Baden 12, in Hessen und Sachsen-Meiningen je 7, in Coburg-Gotha 6, in Oldenburg, Lübeck und Reuß jüngerer Linie je 4, in Lippe 3 und in Anhalt 2; Sachsen sowie Schaumburg-Lippe haben nur je einen solchen Deputierten. Auch bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeindevertretungen hat die Partei teils ihren Besitz gewahrt, teils neue Sitze erobert, teils die bisherigen, wie z.B. in Königsberg

---

49 Die Einteilung der Reichstagswahlkreise war seit 1871 nicht mehr geändert worden, obwohl sie sich in ihrer Einwohnerzahl sehr unterschiedlich entwickelt hatten. So zählte der größte Reichstagswahlkreis, Berlin 6, 697 000, der kleinste, Schaumburg-Lippe, nur 43 000 Einwohner. Von 397 Reichstagswahlkreisen hatten im Jahre 1900 Einwohner:

15 weniger als	75 000
189	75 - 125 000
103	125 - 160 000
67	160 - 250 000
23 mehr als	250 000

Vgl. Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl, Berlin 1907, S. 14.

In jedem Reichstagswahlkreis wurde nach dem Mehrheitswahlssystem nur ein Abgeordneter gewählt. Da die deutsche Sozialdemokratie den größten Teil ihrer Wähler in den an Industrie- und daher auch an Bevölkerung reichen Wahlkreisen besaß, wurde sie durch diese „reaktionäre Wahlkreisgeometrie“ schwer geschädigt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Ledebour benötigte z. B. für seine Wahl im 6. Berliner Wahlkreis 1903 79 500 Stimmen, während der freisinnige Abgeordnete Heinz Potthoff in Waldeck bereits mit 5 200 Stimmen in den Reichstag gewählt wurde.

50 Vgl. Karl Kautsky, Der 25. Januar. In: Die Neue Zeit, 25. Jg., 1906/1907, 1. Bd., S. 589 ff.

51 Das trifft in erster Linie für die Revisionisten zu.

und Forst, infolge des vereinten Zusammenwirkens aller bürgerlicher Parteien nicht wieder zu gewinnen vermocht. Doch überwiegt auch hier der Zuwachs den Verlust. Mitte 1907 saßen in preußischen Stadtgemeinden 380 und in preußischen Landgemeinden 814 sozialdemokratische Vertreter, davon 224 in Berlin und den beiden Reichstagswahlkreisen Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Storkow, oder 339, also fast ein Drittel aller allein in der Mark Brandenburg. Die Provinz Posen hat überhaupt keine sozialdemokratischen Kommunaldeputierten und die Provinzen Ost- und Westpreußen wenigstens keine in den Landgemeinden. Fast ebenso stark wie Preußen ist das badische Land mit sozialdemokratischen Gemeindevertretern gesegnet, die dort auf die stattliche Anzahl von 1150 gediehen sind. Im Königreiche Sachsen ist ihre Schar sogar noch größer. Insgesamt werden in ganz Deutschland zur Zeit etwa 5000 Sozialdemokraten die kurulischen Sessel unserer Gemeindeparlamente zieren.

Die Parteitage der Berichtszeit waren wenig aufregender Natur. Auf den meisten von ihnen wurde ruhig und sachlich verhandelt. Die Gesamtpartei hielt in der Berichtszeit zwei solcher Tagungen ab. Die eine fand vom 23. bis 29. September 1906 in Mannheim, die andere vom 15. bis 21. September 1907 in Essen an der Ruhr statt. Auf dem Mannheimer Parteitage wurde von dem bekannten Königsberger Rechtsanwalt Haase<sup>52</sup> über Strafrecht und Strafvollzug<sup>53</sup> sowie von dem ehemaligen Lehrer Schulz<sup>54</sup> und der Clara Zetkin<sup>55</sup> über

---

52 Hugo Haase (1863-1919), Rechtsanwalt; Sozialdemokrat, 1894-1910 Stadtverordneter in Königsberg, Mitglied des Deutschen Reichstags 1897-1906 und 1912-1918, 1911-1916 einer der Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1912-1915 Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, entwickelte sich zu einem der führenden Zentristen, 1916 Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, 1917 Mitbegründer und einer der Vorsitzenden der USPD, 1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten. Vgl. Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen. Hrsg. von Ernst Haase, Berlin-Frohnau 1929; Kenneth R. Calkins, Hugo Haase. Demokrat und Revolutionär. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Arthur Mandel, Berlin (West) 1976; Elke Keller, „Es geht nicht um ihre guten Vorsätze“ (W. I. Lenin). Vom revolutionären Sozialdemokraten zum Zentristen Hugo Haase. In: BzG, 1981, H. 4, S. 583-596.

53 Vgl. Protokoll Mannheim 1906, S. 360 ff.

54 August Heinrich Schulz (Pseud.: Ernst Almsloh) (1872-1932), Volksschullehrer, Sozialdemokrat, führender sozialdemokratischer Schul- und Kulturpolitiker, 1897-1906 Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen in Erfurt, Magdeburg und Bremen, 1906-1919 Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und 1906-1914 Lehrer für Statistik, Rhetorik und Zeitungstechnik und Obmann der zentralen Parteischule in Berlin, 1917-1919 Redakteur der „Gleichheit“, Mitglied des Deutschen Reichstags 1912-1918, der Weimarer Nationalversammlung 1919/1920 und des Reichstags 1920-1930, 1919-1927 Staatssekretär für Schul- und Bildungsfragen, vertrat zeitweilig Auffassungen der deutschen Linken. Vgl. Frank Neumann, Sozialdemokratische Bildungspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der „Mannheimer Leitsätze“. Bremer Beiträge zur Arbeitsbildung. Universität Bremen 1982.

55 Clara Zetkin (1857-1933), Lehrerin, Schriftstellerin; hervorragende linke Vertreterin der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, seit 1878 Mitglied der SAPD, 1891-1917 Herausgeberin der „Gleichheit“, 1895-1917 Mitglied der Kontrollkommission und 1906-1917 des Zentralbildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, seit 1907 Sekretärin des Internationalen Frauensekretariats, mit der von ihr mitbegründeten Spartakusgruppe 1917 Anschluß an die USPD, März 1919 Übertritt zur KPD; 1919-1924 Mitglied der Zentrale und 1927-1929 des Zentralkomitees der KPD, Mitglied des Deutschen Reichstages 1920-1933. Vgl. Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1-3, Berlin 1957-1960; Clara Zetkin, Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands, Berlin 1958; dies., Revolutionäre Bildungspolitik und marxistische Pädagogik. Ausgewählte Reden und Schriften, eingeleitet und erläutert von Gerd Hohendorf, Berlin 1983; Clara Zetkin, Selected Writings. Edited by Philip S. Foner, Foreword by Angela Davis, New York 1984; Luise Dornemann, Clara Zetkin, Leben und Wirken, 5. Auflage, Berlin 1973; Karen Honeycutt, Clara Zetkin - a left-wing socialist and feminist in Wilhelminian Germany, Phil. Diss., Columbia Universität, Xerox University Microfilm, Ann Arbor, Michigan 1976.

Sozialdemokratie und Volkserziehung<sup>56</sup> referiert. Nach Haase hat das gegenwärtige Strafrecht lediglich die Aufgabe, die herrschenden Klassen zu schützen. Die Justiz ist nur ein Organ dieser Klassen, und der Richter steht den Anschauungen der Arbeiterschaft verständnislos und feindlich gegenüber. Aus den zahlreichen vom Referenten gemachten Vorschlägen seien um ihrer Tendenz willen die folgenden erwähnt: Beseitigung aller Strafbestimmungen, die gegen die freie Meinungsäußerung und die Bestrebungen zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter gerichtet sind, Schutz der Arbeitskraft gegen Ausbeutung, Erweiterung des Notstandrechts, Aufhebung der landesgesetzlichen Forst- und Felddiebstahls Gesetze und der Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter und Gesinde, Abschaffung der Strafe wegen Bettelns, Landstreichens und Nichtbeschaffung eines Obdachs, Anerkennung und Sicherung des Rechts auf Streikpostenstehen, mildere Bestrafung der Eigentumsvergehen, Fürsorgepflicht des Staats gegenüber entlassenen Strafgefangenen zur Beschaffung von Arbeit und last not least Wahl der Richter ohne Unterschied des Geschlechts durch das Volk mittels des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Die Zetkin mußte ihre Ausführungen wegen Erkrankung abbrechen, während Schulz in einem mehr denn zweistündigen Kolleg vor dem stark gelangweilten Parteitage in seiner bedächtigen Pedanterie die Geschichte der philosophischen Pädagogik und der Schule, die Klassenerziehung der Vergangenheit und der Gegenwart sowie in rein theoretischer Darstellung die hauptsächlich auf die Heranbildung zur Arbeit gerichtete sozialistische Erziehung behandelte. Seine und der Zetkin Leitsätze<sup>57</sup> bewegen sich in dem Rahmen des schon früher auf den Kongressen der Einzelstaaten häufig erörterten kommunalpolitischen Schulprogramms der Sozialdemokratie, das u.a. ein Reichsschulgesetz auf der Grundlage der Weltlichkeit, Unentgeltlichkeit jedes öffentlichen, auch des höheren Unterrichts, Mitwirkung der Eltern bei der Schulverwaltung, Kindergärten ohne religiösen Charakter, Schulheime, die Einführung des Arbeitsunterrichts, Schwimm-, Wärme- und Speisehallen in den Schulen und ähnliches, teils Erfüllbares, zum größten Teile aber Unerfüllbares fordert. Im Anschlusse an diese Leitsätze erklärte sich der Parteitag mit der Schaffung eines besonderen Bildungsausschusses<sup>58</sup> einverstanden, der aus Schulz, als Geschäftsführer, der Zetkin und den Genossen Vollmar, David, Heimann<sup>59</sup>, Korn<sup>60</sup> und Mehring<sup>61</sup> besteht und im Dezember 1906 zum

---

56 Vgl. Protokoll Mannheim 1906, S. 323 ff.

57 Vgl. ebenda, S. 134-137. Abgedruckt in: DMA, Bd. 4, S. 189-193.

58 Vgl. zum Zentralbildungsausschuß Fricke, Handbuch (1987), Bd. 1, S. 680 ff.; Josef Olbrich (Hrsg.), Arbeiterbildung nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1914). Konzeption und Praxis, Braunschweig 1982.

59 Hugo Heimann (1859-1950), Buchhändler und Verleger, Sozialdemokrat; seit 1906-1914 Vorsitzender des Zentralbildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1900-1908 und 1911 Stadtverordneter in Berlin, 1919-1920 Mitglied der Nationalversammlung und 1920-1933 des Reichstages, emigrierte 1933 in die USA.

60 Karl Korn (1865-1942), Sozialdemokrat; Mitarbeiter in der Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Kiel; seit 1907 Mitglied des Zentralbildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1909-1927 Redakteur der Zeitschrift „Arbeiter-Jugend“.

61 Franz Mehring (1846-1919), Historiker, Literaturhistoriker, Publizist, trat 1891 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei, 1891-1913 Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, 1892-1895 Leiter des Vereins Freie Volksbühne, 1902-1907 Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, 1906-1911 Lehrer für Geschichte an der zentralen Parteischule in Berlin, führender Vertreter der deutschen Linken, 1917 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD. Vgl. Franz Mehring, Gesammelte Schriften, Bd. 1-15. Hrsg. von Thomas Höhle, Hans Koch und Josef Schleifstein, Berlin 1960-1967, 2. Aufl., Berlin 1964-1980; Thomas Höhle, Franz Mehring. Sein Weg zum Marxismus 1869-1891, 2., verb. u. erw. Aufl., Berlin 1958; Josef Schleifstein, Franz Mehring, Sein marxistisches Schaffen 1891-1919, Berlin 1959; Monika Kramme, Franz Mehring - Theorie und Alltagsarbeit, Frankfurt a. M.-New York 1980.

ersten Male zusammengetreten ist. Er hat sich seitdem mit einer Reihe nicht unwichtiger praktischer Veranstaltungen befaßt, nachdem er durch Umfrage<sup>62</sup> bei den Organisationen deren Wünsche eingehend festgestellt hatte, hat ein Verzeichnis von Jugendschriften für proletarische Kinder herausgegeben, Bibliotheken und Musterkataloge zusammengestellt, Programme für Vorträge, Unterrichtskurse und künstlerische Veranstaltungen ausgearbeitet sowie zwei Wanderredner, Rühle<sup>63</sup> und Duncker<sup>64</sup>, gewonnen, die andauernd den Provinzialstädten zu Vorlesungen über nationalökonomische Fragen zur Verfügung stehen; auch vermittelt der Ausschuß Redner, aber nur für wissenschaftliche, nicht für agitatorische Zwecke. Seine Tätigkeit scheint von den Genossen ziemlich stark in Anspruch genommen zu werden und er sich in der Tat zu einer Zentralstelle für systematische Bildungsarbeit zu entwickeln, deren es wahrlich dringend bedarf, wenn sich das alte Axiom bewahrheiten soll, daß die Sozialdemokratie „im eminentesten Sinne die Partei der Bildung“ ist.

Den Parteitag zu Essen beschäftigte selbstverständlich nicht nur die schon etwas weiter zurückliegende Reichstagswahl, sondern auch der kurz vor ihr zu Ende gegangene internationale Kongreß zu Stuttgart. Über erstere verbreitete sich Bebel in einer ausführlichen Rede,<sup>65</sup> die nichts Neues brachte, sich gegen die Blockpolitik des Reichskanzlers<sup>66</sup> wandte, die Liberalen als Verräter an ihren eigenen Ideen „brandmarkte“, dann auf das Bebel so gut liegende Gebiet der Weltpolitik hinübersprang und mit dem nunmehr schon zum Klischee gewordenen Worte schloß: „Unser die Zukunft trotz alledem!“ Von der beabsichtigten Aufstellung fester Richtlinien für die Stellung zu den anderen Parteien in künftigen Wahlen nahm der Parteitag hierbei Abstand. In den Debatten über die Stuttgarter Konferenz spielte die dortige Haltung zur Kolonialpolitik die Hauptrolle. Bekanntlich war in Stuttgart die deutsche Delegation uneinig gewesen. Darüber, daß ein Teil von ihr, unter Führung von David, sich zu der von dem Holländer van Kol vertretenen, in gewisser Beziehung kolonialfreundlichen Auffassung bekannt hatte, vermochte Ledebour sich nicht so leicht zu beruhigen.<sup>67</sup>

---

62 Über das Ergebnis der Umfrage vgl. den Jahresbericht für 1906/07 des Bildungsausschusses in: Protokoll Essen 1907, S. 96 ff.

63 Otto Rühle (1874-1943), Lehrer; seit 1896 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen, Mitglied des Deutschen Reichstags 1912-1918, vor und im ersten Weltkrieg Linker mit anarchosyndikalistischen Auffassungen, Teilnehmer am Gründungsparteitag der KPD, einer der Führer der linkssektiererischen, anarchosyndikalistischen Kräfte in der KPD, aus der er 1920 ausgeschlossen wurde; 1920 Mitglied der KAPD, emigrierte 1933 nach Prag und von dort 1936 nach Mexiko. Vgl. Gottfried Mergner, Arbeiterbewegung und Intelligenz, Starnberg 1973.

64 Hermann Ludwig Rudolf Duncker (1874-1960), seit 1893 Sozialdemokrat, 1903 Redaktionsvolontär an der „Leipziger Volkszeitung“, 1904 Leiter des Leipziger und 1905-1907 des Dresdner Arbeitersekretariats und Lehrer in Schulungskursen, seit 1906 Wanderredner der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1912-1914 Lehrer für Geschichte des Sozialismus an der zentralen Parteischule in Berlin, gehörte zu den deutschen Linken, Mitbegründer der Gruppe Internationale (Spartakusgruppe), Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes und Mitbegründer der KPD, führende propagandistische Tätigkeit in der KPD und nach Emigration seit 1947 in der DDR. Vgl. Hermann Duncker, Ausgewählte Schriften und Reden aus sechs Jahrzehnten, Berlin 1984; Günter Griep/Alfred Förster/Heinz Siegel, Hermann Duncker - Lehrer dreier Generationen. Ein Lebensbild, Berlin 1974.

65 Vgl. Protokoll Essen 1907, S. 306-323.

66 Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929), Politiker; 1888-1893 Gesandter in Bukarest, 1893-1897 Botschafter in Rom, 1897-1900 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 1900-1909 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident; wurde 1899 in den Grafenstand erhoben und 1905 gefürstet.

67 Während Georg Ledebour und Karl Kautsky in Essen den Standpunkt vertraten, daß es sich bei den Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Delegation über den ersten Absatz der Resolution van Kol „um ausgesprochen prinzipielle Gegensätze“ handelte, waren August Bebel und Paul Singer bemüht, das als „Streit um des Kaisers Bart“ (Bebel) bzw. als „Unterschiede der Temperamente“ (Singer) zu bagatellisieren.

Nachdem er zuerst in Berliner Volksversammlungen und dann im „Vorwärts“<sup>67a</sup> diese „Kolonialenthusiasten“ vor seine Klinge gefordert hatte, stürmte er nun auch in Essen gegen sie an, wobei ihm selbstverständlich Kautsky willige Hilfe leistete, während Bebel sich der Angegriffenen annahm, das ganze Gezänk über eine eventuelle sozialistische Kolonialpolitik als „zwecklose Haarspaltereien“ beiseite schob und sich von neuem zu dem seinerzeit von ihm gebrauchten Worte bekannte, nach welchem Kolonialpolitik zu treiben an und für sich kein Verbrechen ist und unter Umständen sogar eine Kulturforderung sein kann.<sup>68</sup> Zu einer endgültigen Beilegung des Zwistes und einer Klärung der durch diese Debatte noch verwirrt gewordenen Situation kam es jedoch nicht. Ein dritter Punkt, mit dem sich der Parteitag zu befassen hatte, war die nach jahrelangen Bemühungen der Abstinenten nun endlich als eigener Punkt der Tagesordnung zur Besprechung gekommene Alkoholfrage. Bei dieser wurde den Enthaltamen, deren Führer Katzenstein<sup>69</sup> ist, von vornherein der Wind dadurch aus den Segeln genommen, daß im Auftrage des Parteivorstandes Wurm<sup>70</sup> eine erschöpfende Resolution hierzu vorlegte. In ihr werden die Arbeiterorganisationen aufgefordert, bei ihren Zusammenkünften jeden Zwang zum Genuß alkoholischer Getränke zu beseitigen, die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Trinksitten abzuschaffen und Kinder vom Alkoholgenusse unbedingt fernzuhalten. Im übrigen aber verstand man es, wie üblich, die Verhandlungen auf ein anderes Gebiet hinüberzuspielen. Das eigentliche Heilmittel gegen die Alkoholgefahr glaubte man nämlich lediglich in der Herabsetzung der Arbeitszeit, in genügenden Ruhepausen während der Arbeit, in einer Hygiene der Werkstätten und der Arbeitsmethode, in ausreichenden Löhnen, in der Beseitigung aller indirekten Steuern, in einer Wohnungsreform und in der Schaffung von Erholungsstätten, Volksheimen und

67a „Vorwärts. Berliner Volksblatt“, sozialdemokratische Tageszeitung, erschien von 1884 bis 1890 unter dem Titel „Berliner Volksblatt“. Auf Beschluß des Parteitags in Halle im Oktober 1890 wurde sie ab 1. Januar 1891 zum Zentralorgan der Partei und erschien als solches bis Ende Februar 1933. Ihr Chefredakteur war Wilhelm Liebknecht, der diese Funktion bis zu seinem Tode 1900 ausübte. Weitere Redakteure waren u. a.: Ignaz Auer, Franz August Tutzauer, Samuel Kokosky, Georg Gradnauer (1896 - 29. Oktober 1905), Adolf Braun (bis 1899), August Jakobey (bis 29. September 1899), Bruno Schoenlank (1892-1893), Robert Schmidt (1893-1898), Fritz Kunert (1894-1917), Heinrich Wetzker (1899 - 29. Oktober 1905), Kurt Eisner (1899-1905), Paul John, Heinrich Ströbel (April 1900-1917), Karl Leid, Wilhelm Schröder (bis 29. Oktober 1905), Paul Büttner (bis 29. Oktober 1905), J. Kaliski (bis 29. Oktober 1905), Hans Block (seit 29. Oktober 1905), Georg Davidsohn (seit 29. Oktober 1905), Wilhelm Düwell (seit 29. Oktober 1905), Arthur Stadthagen (seit 29. Oktober 1905), Wermuth (seit 29. Oktober 1905), Heinrich Cunow (1905-1914), Rudolf Hilferding (1907-1915). – Seit der Chefredaktion Wilhelm Liebknechts wurde an der Leitung des „Vorwärts“ immer wieder Kritik geübt, die sich hauptsächlich aus dessen Doppelcharakter als Zentral- und Berliner Lokalorgan ergab. Während des ersten Weltkrieges geriet die Zeitung immer mehr in die Hände der rechten Strömung in der Partei. – Über die Zeitung vgl. Vorwärts. 1876-1976. Ein Querschnitt in Faksimiles. Hrg. Günter Grunwald/Friedhelm Merz, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1976; vgl. Fricke, Handbuch (1987), S. 553-559.

68 August Bebel bekannte sich in Essen noch einmal zu seiner Äußerung im Reichstag am 1. Dezember 1906: „Aber daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen, Kolonialpolitik treiben kann unter Umständen eine Kultursache sein, es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird.“ Diese Äußerung konnte von den Rechten in der Partei zu ihren Gunsten ausgelegt werden. Vgl. Protokoll Essen 1907, S. 31, und Vorwärts, 29. August 1907.

69 Simon Katzenstein (1868-1945), Schriftsteller; Sozialdemokrat, 1897/98 Redakteur der „Volks-Zeitung“, Mainz, 1899-1902 Arbeitersekretär in Mannheim, 1903-1906 Redakteur des „Genossenschafts-Pionier“ in Berlin, 1903 Lehrer an der Berliner Arbeiterbildungsschule und 1906-1908 Lehrer für Gewerkschaftswesen, Genossenschaftswesen und Kommunalpolitik an der zentralen Parteischule in Berlin, 1909-1913 Mitglied des Vorstandes des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes, 1919 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung.

70 Emanuel Wurm (1857-1920), Chemiker, Fabrikant, Journalist; schloß sich in den achtziger Jahren der Sozialdemokratie an, Mitglied des Deutschen Reichstags 1890-1906 und 1912-1918, Stadtverordneter in Berlin 1900-1919, 1902-1917 Redakteur der Zeitschrift „Die Neue Zeit“, 1907-1914 Lehrer für Kommunalpolitik an der Parteischule in Berlin, entwickelte sich zum Zentristen, seit 1917 Mitglied der USPD.

Lesehallen erblicken zu können, während man Trunksuchtschritten, der Besteuerung alkoholischer Getränke und einer Beschränkung der Gastwirtschaften jede bessernde Wirkung absprach. Es mußte doch auf die „Parteibudiker“ die schuldige Rücksicht genommen werden.<sup>71</sup>

Die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften, zum Antimilitarismus und zu der Jugend- und Frauenorganisation ist auf beiden Parteitag zu Besprechung gekommen. Mit den von der Generalkommission geleiteten zentralorganisierten Gewerkschaften, die jetzt über 1800000 Mitglieder zählen, ist die Partei in der Berichtszeit in ein besseres Verhältnis gelangt, als das bisherige war. Man hat zu diesem Behufe beiderseits etwas in seinen Ansprüchen nachgelassen; aber es hat doch den Anschein, als wenn die Partei dabei mehr gegeben hat, als sie von den Gewerkschaften zurückempfing.

Einer der Streitpunkte war bekanntlich die Massenstreikfrage.<sup>72</sup> Auf dem Kölner Gewerkschaftskongresse war man gegen die Propagierung dieses Streiks wie überhaupt gegen eine vorherige Festlegung der Taktik aufgetreten, während der Jenaer Parteikongreß klipp und klar erklärt hatte, daß es, namentlich im Falle eines Anschlags auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht oder das Koalitionsrecht, die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse sei, von jedem geeignet erscheinenden Mittel zur Abwehr nachdrücklichst Gebrauch zu machen, und daß als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen abzuwehren oder *um sich ein wichtiges Grundrecht für die Befreiung der Arbeiterklasse zu erobern*, die umfassendste Anwendung der *Massenarbeitseinstellung* betrachtet werden müsse. Der Jubel der revolutionären Elemente in der Partei über dieses „forsche“ Bekenntnis zum Massenstreik war damals ganz gewaltig gewesen. Um so toller zeterten sie deshalb, als zu Beginn der Berichtszeit durch die „Einigkeit“<sup>73</sup>, das Organ der lokalorganisierten (syndikalistischen) Gewerkschaften, jene Bebel'schen Thesen bekannt wurden, die von ihm in einer vertraulichen Konferenz der Generalkommission und des Parteivorstandes im Februar 1906 aufgestellt waren, und deren erste kurz und bündig lautete: „Der Parteivorstand hat *nicht* die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren und wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.“ Die Parteileitung bemühte sich freilich sofort, den ungünstigen Eindruck, welche diese Sätze, alles Beiwerks entkleidet, zweifellos gemacht haben, dadurch etwas zu entkräften, daß sie – und zwar gegen den ausdrücklichen Willen der Generalkommission – die ganzen hierauf bezüglichen Verhandlungen aus dem Geheimprotokolle jener Februarsitzung im „Vorwärts“ abdrucken ließ, und Bebel unternahm es sogar – freilich vergeblich – nachzuweisen, daß die Fassung des Proto-

71 Mit der Resolution sprach sich die Mehrheit der Delegierten gegen die Bestrebungen des 1903 gegründeten Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes aus, die deutsche Sozialdemokratie nach dem Beispiel der österreichischen mit der Abstinentenbewegung zu verbinden. Statt dessen betonte der Essener Parteitag, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der klassenbewußten Arbeiter den „allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholgefahr“ führen, „indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern und sie lehren, statt im Alkoholmißbrauch Genuß und Vergessenheit zu suchen, im Kampf gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genuß und Freude zu finden“. (Protokoll Essen 1907, S. 173).

72 Vgl. August Bebel's Referat in: Protokoll Mannheim 1906, S. 227 ff. Das Korreferat zu diesem Tagesordnungspunkt hielt Carl Legien, vgl. ebenda, S. 241 ff.

73 Vgl. „Die Einigkeit“. Organ der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, 23. Juni 1906. Das Blatt erschien vom 19. Juni 1897 bis zum 8. August 1914, zunächst in Halle (Saale), dann in Berlin, seit dem 1. April 1898 wöchentlich. Vgl. Protokoll der Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände vom 19. bis 23. Februar 1906, Berlin 1906; Günter Griep, Die deutsche Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften 1905/1906. Die Auseinandersetzungen in der deutschen Arbeiterbewegung über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem Massenstreik und der Maifeierdebatte, Phil. Diss., Jena 1963; Dieter Fricke, Auf dem Weg nach Mannheim. Zum Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den freien Gewerkschaften. In: ZfG, 1977, H. 4, S. 430-450.

kolls gerade hinsichtlich jener Thesen ungenau sei. Es gelang aber nicht, schon auf solche Weise den Aufruhr zu beschwören, und so mußte sich noch der Mannheimer Parteitag hiermit befassen. Auf ihm hat Bebel erklärt, daß sich jene vertraulichen Verhandlungen nicht auf den Massenstreik an sich, sondern nur auf die Frage bezogen hätten, ob schon im Kampfe um das preußische Wahlrecht der Massenstreik anzuwenden wäre, und nur dagegen habe sich der Parteivorstand aussprechen wollen. In Deutschland sei bei der Stärke der Gegner die erfolgreiche Durchführung eines solchen Streiks vorläufig noch nicht möglich. Auch habe die Erfahrung in anderen Staaten gelehrt, daß Massenstreiks, die den Zweck hatten, *Rechte zu erobern*, stets vergeblich gewesen seien. Dagegen sei der Vorstand nach wir vor bereit, jederzeit für die Massenarbeitseinstellung dann einzutreten, wenn das Koalitionsrecht oder das Reichstagswahlrecht gefährdet würde. Durch diese autoritative Erklärung, der ernstlich nicht widersprochen wurde, ist nunmehr praktisch für die Partei der vielbefehdete Massenstreik seines Charakters als Angriffswaffe entkleidet worden. Er soll jetzt nur noch als Verteidigungsmittel und als solches überdies lediglich in den beiden genannten Fällen zur Verwendung kommen, deren Eintritt für absehbare Zeit ausgeschlossen sein dürfte. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen Legien<sup>74</sup>, der Vorsitzende der Generalkommission, nachdem er seinerseits den Massenstreik ironisiert hatte, sich zu dem „Zugeständnis“ herbeiließ, daß nunmehr in dieser Frage zwischen der Partei und den Gewerkschaften eine Meinungsverschiedenheit nicht mehr obwalte. Freilich war die Form, in der man nachher im Wege der Resolution mit 323 gegen 62 Stimmen diese Übereinstimmung zum Ausdrucke brachte, mehr als merkwürdig. Diese Resolution Bebel-Legien hat nämlich in ihrem hier in Betracht kommenden Teile folgenden Wortlaut: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.“<sup>75</sup> Als ob es sich überhaupt um den Sinn des Kölner und nicht vielmehr um den des Jenenser Beschlusses gehandelt hätte! Außerdem ist es immerhin ein starkes Stück, den jedem unbefangenen Leser ohne weiteres in die Augen springenden Gegensatz zwischen beiden Beschlüssen ohne jede nähere Erläuterung einfach als nicht vorhanden hinzustellen.

In Verbindung hiermit wurde auf jenem Parteitage eine zweite Frage erledigt, die freilich mehr theoretischer als praktischer Natur ist, aber doch von jeher eine Quelle gegenseitiger Verstimmung gebildet hatte. Die eingefleischten Marxisten denken nämlich über den Wert der Gewerkschaften recht gering.<sup>76</sup> Ihnen ist die politische Bewegung alles, die gewerkschaftliche aber nur eine Rekrutenschule für die Partei; und so versuchte denn Kautsky, als Testamentsvollstrecker von Marx, in eine Bebelsche, das Verhältnis beider Organisationen

---

74 Carl Legien (1861-1920), Drechsler; Sozialdemokrat, reformistischer Gewerkschaftsführer, seit 1890 Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Mitglied des Deutschen Reichstags 1893-1898 und 1903-1918, 1903-1913 Sekretär des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen bzw. 1913/1914 des Internationalen Gewerkschaftsbundes, vertrat während des ersten Weltkrieges führende Positionen der imperialistischen Vaterlandsverteidigung, ab 1919 Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Vgl. Theodor Leipart, Carl Legien. Ein Gedenkbuch, Berlin 1929 (Nachdruck Köln 1981).

75 Vgl. den vollen Wortlaut der Resolution in: Protokoll Mannheim 1906, S. 305, 473. Abgedruckt in: DMA, Bd. 4, S. 193 f.

76 Dieses hier sehr vereinfacht angesprochene Phänomen war weitaus vielschichtiger und komplizierter. Vgl. Fricke, Handbuch (1987), Bd. 2, S. 1004 ff.

zueinander regelnde Resolution als Amendement den Satz einzuschmuggeln: „Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich auch bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst; denn die Sozialdemokratie (das soll natürlich heißen: die politische Partei) ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.“<sup>77</sup> Man merkte jedoch, was Kautsky hiermit bezweckte, und nötigte ihn deshalb ziemlich unsanft, seinen konfliktsschwangeren Vorschlag zurückzunehmen. Die Bebelsche Resolution erhielt darauf im wesentlichen folgende Fassung: „Der Parteitag empfiehlt nochmals ... die Beschlüsse zur Nachachtung, welche ... den Beitritt der Parteigenossen zu den Gewerkschaften und der Gewerkschaftsmitglieder zur Parteiorganisation fordern. Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Dieselben stehen an Wichtigkeit *hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück*, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den andern Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiete zu führen hat, im weiteren aber über diese, ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft erstrebt – ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und auf Zusammenwirken angewiesen. Um bei Aktionen, welche die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen ...“<sup>78</sup> Letzteres ist in der Berichtszeit häufig und auch zur Beilegung eines dritten, schon lange währenden Zwistes, des Haders um die Maifeier, geschehen.

Auf dem Mannheimer Parteitag hatte man sich damit begnügt, die auf den Beschlüssen der internationalen Kongresse beruhende Jenaer Resolution zu wiederholen, in der es den Arbeitern zur Pflicht gemacht wird, die Arbeit am 1. Mai überall da ruhen zu lassen, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist. Da die Gewerkschaften kein Verlangen danach trugen, alljährlich durch Unterstützungen an die um der Maifeier willen Ausgesperrten ihre Kassenbestände zu schmälern, so stellten sie sich auf den Standpunkt, daß, wo die Niederlegung der Arbeit für diesen Tag mit der Aussperrung bedroht werde, die von der Resolution vorgesehene Möglichkeit zur Arbeitsruhe nicht gegeben sei, wodurch sie natürlich dazu beitrugen, den „Weltfeiertag“ immer mehr seiner gewollt revolutionären Eigenart zu entkleiden. Auch die Maifeier der Berichtszeit war wieder recht zahm und wies eine bedeutend geringere Teilnahme auf als die des vorhergehenden Jahres, zumal sich der Parteivorstand in seinem Aufrufe zum 1. Mai 1907 notgedrungen der ebenerwähnten gewerkschaftlichen Auffassung hatte anschließen müssen. Um nun aber dem weiteren Versumpfen dieser Demonstration ein Ende zu bereiten, einigten sich die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder der für den Stuttgarter internationalen Kongreß bestimmt gewesenen deutschen Delegation dahin, dem Essener Parteitage vorzuschlagen, den wegen der Maifeier

77 Antrag 157, ebenda, S. 138. Abgedruckt in: DMA, Bd. 4, S. 187 f.

78 Protokoll Mannheim 1906, S. 305, 473.

durch Maßregelungen geschädigten, politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine von der Partei und den Gewerkschaften zu tragende Unterstützung zu gewähren, wobei die Art, wie beide Organisationen die hierfür nötigen Mittel aufbringen, und die Bestimmung des Anfangs und der Dauer der Unterstützung einer Verständigung der Instanzen beider vorbehalten bleiben solle.<sup>79</sup> Nach langen Debatten, in denen die bisherige Art der Feier scharf getadelt wurde, beschloß die Essener Tagung, dem Parteivorstande die Ermächtigung zu erteilen, die von diesem bereits begonnenen Verhandlungen mit der Generalkommission im Sinne des Vorschlages der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.<sup>80</sup> Also auch hier wieder ein Entgegenkommen auf Seiten der Partei zugunsten der Gewerkschaften.

Eine vierte Frage endlich, von der beide Organisationen berührt wurden, war die Stellung der damals etwa 16 000 Mann starken, durch den bekannten Dr. Friedeberg<sup>81</sup> stark anarchosozialistisch<sup>82</sup> beeinflussten, lokalorganisierten Gewerkschaften,<sup>83</sup> die immer mehr zu

79 Vgl. Protokoll Essen 1907, S. 293 f.

80 Vgl. ebenda, S. 306.

81 Raphael Friedeberg (1863-1940), Arzt; Sozialdemokrat, Anarchosozialist, 1888-1890 Hauslehrer, aktive Tätigkeit in der Krankenkassenbewegung, sozialdemokratisches Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und der Krankenkassendeputation 1902 bis 8. September 1904, propagierte in Berliner Arbeiterversammlungen anarchosyndikalistische Generalstreikideen, wurde wegen solcher Bestrebungen am 25. September 1907 aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen, nahm aktiv an dem Anarchistenkongreß vom August 1907 in Amsterdam teil, wandte sich in den folgenden Jahren von der organisierten anarchistischen Bewegung ab und einer „anarchistisch-lebensreformerischen Ideengemeinschaft“ zu, seit Sommer 1907 ständig längere Aufenthalte in Ascona, wo er als Arzt wirkte und wohin er 1931 endgültig übersiedelte, von 1911 bis 1931 während der Saison Badearzt im Bad Kudowa (Schlesien).

Über Friedeberg vgl. seinen Nachlaß in: IISG, Amsterdam; BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Tit. 95 Sekt. 8 Lit. F Nr. 5. Vgl. auch Max Nettlau, Anarchisten und Syndikalisten. Teil 1: Der französische Syndikalismus bis 1909 - Der Anarchismus in Deutschland und Rußland bis 1914 - Die kleineren Bewegungen in Europa und Asien = Max Nettlau, Geschichte der Anarchie, Bd. 5. Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Institut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam =, Vaduz, Liechtenstein 1984 (im folgenden als: Nettlau, Bd. V.1, besonders S. 270-275; Hans Manfred Bock/Florian Tennstedt, Raphael Friedeberg, Arzt und Anarchist in Ascona. In: MONTE VERITÀ. Berg der Wahrheit. Lokale Anthropologie als Beitrag zur Wiederentdeckung einer neuzeitlichen sakralen Topographie, Milano 1978 (im folgenden als: Bock/Tennstedt, Raphael Friedeberg), S. 38-53.

82 Beim Anarchosozialismus, der „reichsdeutschen Spielart des Syndikalismus“ (Adolf Braun), ging Friedeberg, wie er im April 1907 öffentlich erklärte, von „meiner seit Jahren betätigten Grundauffassung aus, daß Anarchismus und Sozialismus zueinander gehören, daß dem Materialismus des Sozialismus der Psychismus des Anarchismus hinzugefügt werden müsse. Bestrebungen, die von mir unter dem Begriff des Anarchosozialismus zusammengefaßt sind.“ (Zit. in: Nettlau, Bd. V.1, S. 274.) Vgl. auch ebenda, S. 270, wo sich Nettlau sehr skeptisch über das anarchosozialistische Konzept äußert.

Das Credo seiner anarchosozialistischen Auffassungen, das dann im Ausschlußverfahren der Partei gegen ihn eine entscheidende Rolle spielen sollte, hatte Friedeberg auf einer öffentlichen Parteiversammlung der Wahlkreisorganisation Berlin 6 dargelegt: „Ich verwerfe den Parlamentarismus und den politischen Massenstreik, der ja nur innerhalb des heutigen Klassenstaates und innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus dem Proletariat parlamentarische Rechte sichern soll. Ich trete dagegen nach wie vor ein: für die Gesetzlosigkeit, die Religionslosigkeit, die Vaterlandslosigkeit und den Antimilitarismus, für die direkte Aktion und den anarchosozialistischen Generalstreik, der, unter Verweigerung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse, die Zertrümmerung der kapitalistischen Ordnung und die Beseitigung des Klassenstaates zum Endzweck hat.“ (Vorwärts, 19. Oktober 1906).

83 Zu den lokalistischen Gewerkschaften vgl. BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Tit. 95 Sekt. 6 Lit. A Nr. 10; Paul Umbreit, Die gegnerischen Gewerkschaften in Deutschland. Acht Vorträge aus den gewerkschaftlichen Unterrichts-Kursen, veranstaltet von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 2. Aufl., Berlin 1907, S. 3-26, 163 ff.; Fritz Kater, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1921; Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 2, S. 484 f.; Dirk H. Müller, Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985, S. 140-197; Fricke, Handbuch (1987), S. 1010-1031; Hans Manfred Bock, Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz. In: IWK, 25. Jg., September 1989, H. 3 (im folgenden als: Bock, Anarchosyndikalismus), S. 300 ff.

„unangenehmen Zeltgenossen“ [!] wurden, den parlamentarischen Kampf verhöhnzten und in dem ökonomischen Generalstreik den einzigen Rettungsweg zu finden begannen. Den äußeren Anlaß, mit ihnen ins Gericht zu gehen, bildete die oben erwähnte Indiskretion ihres Organs. Eigentlich war man auf dem Mannheimer Parteitage geneigt, unter Benutzung der alten Lübecker Resolution über Parteidisziplin, Respektierung der Mehrheitsbeschlüsse und Verwerfung der Sonderbündelei gegen alle diese, der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ angehörigen, unter gewerkschaftlicher Firma auftretenden „politischen Zwitterorganisationen“ kurzerhand den Kampf bis aufs Messer zu proklamieren und jede Mitarbeit von Parteigenossen in ihren Vereinen, Versammlungen und Preßorganen zu verbieten; doch mit Rücksicht darauf, daß unter den vielen Sündern auch einige Gerechte sein könnten, ließ man noch einmal Gnade für Recht ergehen und beauftragte den Parteivorstand mit dem Versuche – wohlgermerkt wieder in Verbindung mit der Generalkommission –, diese Frage seinerseits im Sinne der Resolution der Lübecker Tagung<sup>84</sup> friedlich zu regeln. Er wandte sich deshalb Ende März 1907 mit der Anfrage an die Geschäftskommission jener Freien Vereinigung, ob sie geneigt sei, mit ihm in entsprechende Verhandlungen einzutreten. Da er jedoch bei ihr keine Gegenliebe fand,<sup>85</sup> so nahm er sich nunmehr die einzelnen freien Gewerkschaften<sup>86</sup> aufs Korn, von denen er zum Teil nicht ungünstige Antworten erhielt. Daraufhin hat darin der Essener Parteitag, der unter scharfer Verurteilung der lokalistischen Agitationsweise ausdrücklich erklärte, daß für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation notwendig und diese in den Zentralverbänden gegeben sei,<sup>87</sup> das Mandat des Vorstandes zu Fortführung seiner Verhandlungen mit den einzelnen freien Gewerkschaften bestätigt und verlängert. Das Ergebnis derselben kam auf dem 8. Kongresse der Freien Vereinigung<sup>88</sup> ans Licht und ist für die Generalkommission der Zentralisierten überaus günstig. Bis jetzt haben nämlich ein großer Teil der Zimmerer, die meisten der lokalorganisierten Maurer, fast alle Bauarbeiter und sämtliche Staaker und Schiffsbauer der Freien Vereinigung behufs des inzwischen erfolgten Anschlusses an die betreffenden Zentralverbände den Rücken gekehrt. Ihnen dürften die Isolierer und Rohrumhüller bald nachfolgen und auch in dem lokalorganisierten Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverbande ist von neuem ein Riß entstanden. Die früher dem Zentralverbände zugehörig gewesene Wiesenthalsche Gefolgschaft<sup>89</sup> steht wieder vereinsamt

---

84 Gemeint ist der sozialdemokratische Parteitag vom September 1901 zu Lübeck.

85 Die Geschäftskommission antwortete dem Parteivorstand am 31. Mai 1907. Am 29. Juni 1907 wandte sich die „Einigkeit“ gegen „fortwährende Einigungsversuche usw. von außen her“, die die „Fortentwicklung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften stören und schädigen“ würden. In der „Einigkeit“ vom 13. Juli 1907 war sogar weiterhin die Gründung einer eigenen sozialrevolutionären Partei gefordert worden.

86 Unter freien Gewerkschaften werden hier fälschlich die der Geschäftskommission angeschlossenen lokalistischen Gewerkschaften verstanden.

87 Vgl. Protokoll Essen 1907, S. 172 – Antrag 90.

88 Der außerordentliche (achte) Kongreß der Lokalisten fand vom 22. bis 25. Januar 1908 in Berlin statt.

89 Im Juni 1906 hatte der aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgeschlossene Verbandssekretär Carl Wiesenthal in Berlin eine lokalistische Splitterorganisation gegründet, den „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband“. Ihm gehörte ein Teil der Berliner Rohrleger an. Die Verhandlungen zwischen der Generalkommission und ihm führten jedoch zu keinem Erfolg. Vgl. *Wo sitzen die Verräter an der Arbeitersache? Wer sind die Organisationszersplitterer in der deutschen Metallindustrie?* Hrsg. vom Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verband (Sitz Berlin). Verantwortlich für die Redaktion: Carl Wiesenthal, Berlin 1906. Vgl. auch *Die Ohnmacht des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Ein Aufruf an die Mitglieder des Verbandes.* Hrsg. vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin 1909, S. 26, wonach er über Geschäftsstellen in Berlin, Leipzig, München Kattowitz und Erfurt (jeweils und Umgegend) verfügt haben soll.

da und fällt vielleicht demnächst erneut der Generalkommission in die dieserhalb bereits geöffneten Arme. Im ganzen sind durch diese vermittelnde Tätigkeit des Parteivorstandes jener Kommission etwa 10 000 ihrer verirrtten Schäflein wieder zugetrieben worden. Denn die „Freie Vereinigung“ hat nur noch 6 000 Mitglieder,<sup>90</sup> so daß der revolutionäre Syndikalismus in Deutschland dem Erlöschen nahe ist.

In bezug auf den Antimilitarismus hat sich die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit von jeher darauf beschränkt, ihre grundsätzliche Stellung durch Verweigerung aller Militär- und Marinebudgets zu markieren, im übrigen aber, „das Los der unter der Fahne stehenden Proletarier durch Bekämpfung der Soldatenmißhandlungen, durch Abschwächung des Militärstrafgesetzbuchs, durch Kritik der Militärgerichtsbarkeit, durch Eintreten für eine Änderung der Verpflegung, eine Erhöhung des Soldes und ähnliches nach Kräften zu verbessern“, wengleich sie sich hierbei in der Wahl der Form und in der Maßlosigkeit ihrer Kritik meistens vergriffen hat. Dagegen lehnt sie es immer ab, sich auf den im Ausland üblichen Antimilitarismus einzulassen, auf die militärfeindliche Agitation in den Kasernen oder unter den zur Fahne Einberufenen, und auf das Bestreben, den Wehrpflichtigen den Militärdienst systematisch zu vereiteln. Ebenso wenig hatte sie für die antimilitaristische Agitation in Jugendorganisationen irgend etwas übrig. Alle von dem Rechtsanwalte Karl Liebknecht in dieser radikalen Richtung auf den früheren Parteitag unternommenen Vorstöße wurden fast durchweg glatt abgewiesen, und nur zu Jena, allwo man überhaupt mehr als sonst unter revolutionärem Einflusse stand, hatte man etwas mehr Entgegenkommen gezeigt und den Beschluß gefaßt, in jedem Jahre vor der Aushebung zum Heere oder zur See öffentliche Versammlungen zur Aufklärung der zukünftigen Rekruten über ihr „sogenanntes Beschwerderecht“ abzuhalten und durch den Parteivorstand jedesmal Flugblätter gleichen Inhalts herausgeben zu lassen. Solche Versammlungen haben jedoch im Jahre 1906 nicht stattgefunden, und das vom Parteivorstande verfaßte noch dazu sehr matte Flugblatt ist nur in einer Auflage von 100 000 Exemplaren hergestellt, aber so wenig verbreitet worden, daß noch auf den Mannheimer Kongresse einige Delegierte von der Ausgabe besagten Blattes überhaupt keine Ahnung hatten. Dieser Kongreß war nicht so weitherzig wie der Jenenser. Nach einer scharfen Abkanzelung Liebknechts durch Bebel lehnte man nicht nur die Einsetzung eines lediglich der antimilitaristischen Propaganda dienenden Ausschusses, sondern sogar einen Antrag ab, der nur das enthielt, was in bezug auf jene Aufklärungsversammlungen und die besprochenen Flugblätter seinerzeit in Jena zum Beschluß erhoben worden war. Auch auf dem Essener Parteitag kam der Antimilitarismus zur Erörterung. Bei der Beratung des Militäretats im Reichstage hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Noske<sup>91</sup> unter dem Beifall der Fraktion erklärt,

90 Nach den Berechnungen des „Correspondenzblattes“ vom 1. Februar 1908 6360 Mitglieder.

91 Gustav Noske (1868-1946), Korbmacher, rechter Sozialdemokrat, 1897-1902 Redakteur der „Königsberger Volkstribüne“, seit 1901 „Königsberger Volks-Zeitung“, und des ostpreußischen „Landboten“, 1903-1918 Redakteur und Chefredakteur der „Volksstimme“, Chemnitz, und Mitglied des Gauvorstandes des Holzarbeiter-Verbandes, seit 1906 Stadtverordneter in Chemnitz, Mitglied des Deutschen Reichstags 1906-1918, seit 1907 Mitglied der Budgetkommission des Reichstags, im November 1918 Gouverneur von Kiel, seit Dezember 1918 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten, übernahm am 6. Januar 1919 den Oberbefehl über die reaktionären Truppen und war maßgeblich an der Niederschlagung der Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland beteiligt, erster Reichswehrminister der Weimarer Republik, 1920-1933 Oberpräsident der Provinz Hannover.

Noskes Rede im Reichstag am 25. April 1907 schloß mit den Worten: „Wir wünschen, daß Deutschland möglichst wehrhaft ist.“ Vgl. Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947; Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

daß von sozialdemokratischer Seite niemals die Aufhebung der Armee gefordert worden sei und daß im Falle eines Angriffes auf Deutschland oder ernstlicher Bedrohung unseres Landes, auch die Sozialdemokraten begeistert ihr Vaterland verteidigen wollen. Obwohl dies früheren Bebelschen Reichstagsausführungen<sup>92</sup> vollkommen entsprach, hub doch, von der zankfrohen „Leipziger Volkszeitung“<sup>93</sup> in Szene gesetzt, alsbald ein derartiges Preßgeschrei gegen diese Äußerungen an, wie wenn das ganze Dogma durch sie in Frage gestellt worden sei. Hiergegen nahm auf der Essener Tagung nicht nur Noske selbst, sondern mit ihm die ganze Parlamentsfraktion Stellung und in den hierbei geführten, sehr erregten Debatten, in denen Kautsky, Ledebour und die Zetkin an die Seite Liebknechts,<sup>94</sup> Bebel, v. Vollmar und David an die Noskes traten, kam es zu Szenen, die lebhaft an jene „Jungbrunnen“-Tage von Dresden erinnerten. Mußte sich doch Kautsky unter anderem sagen lassen, daß ihn sein sonst gewohnter Scharfsinn vollständig verlassen habe. Das Resultat der Verhandlungen war der Sieg Noskes und damit ein neuer Schlag gegen den extremen Antimilitarismus, der auf deutschem Boden seine empfindlichste und wirksamste Niederlage dadurch erlitten hat, daß Liebknecht, der deutsche Prophet dieser Bewegung, wegen seines grundlegenden Werkes über diese, das in der Berichtszeit unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ erschien und in der „Neuen Gesellschaft“<sup>95</sup> durch den Genossen Leuthner<sup>96</sup> eine geradezu vernichtende Kritik erfahren hatte,<sup>97</sup> vom Reichsgericht unterm 12. Oktober 1907 als „schuldig der Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens“ mit einem Jahre sechs Monaten Festungshaft bestraft worden ist.<sup>98</sup> Seitdem ist die von ihm beliebte Art der antimilitärischen Agitation für die gesamte sozialdemokratische Presse Deutschlands ein noli me tangere.

- 
- 92 So hatte August Bebel am 7. März 1904 im Reichstag erklärt: „... wenn wir in einen Krieg gezerzt werden sollten, ... wenn der Krieg ein Angriffskrieg werden sollte, ein Krieg, in dem es sich dann um die Existenz Deutschlands handelt, dann - ich gebe Ihnen mein Wort - sind wir bis zum letzten Mann und selbst die ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zuliebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz.“ Vgl. auch Protokoll Essen 1907, S. 254 ff. Bebel, der in erster Linie Rußland vor Augen hatte, erkannte nicht, daß es mit der beginnenden imperialistischen Phase des Kapitalismus unmöglich geworden war, zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen zu unterscheiden. Dieser grundlegende Fehler wurde sowohl von seinen Gegnern im junkerlich-bourgeois Lager als auch von rechten Sozialdemokraten dazu mißbraucht, um ihn mit seiner „Flintenrede“ als einen imperialistischen Vaterlandsverteidiger hinzustellen. Vgl. hierzu Herrmann/Emmrich, August Bebel. Eine Biographie, S. 592 ff.
- 93 Die „Leipziger Volkszeitung“ erschien vom 29. September 1894 (Probenummer) bis 1933. Redakteure waren u.a. Bruno Schoenlank (1894-1901), Friedrich Geyer (1895-1918), Edgar Steiger (bis 1896), Gustav Morgens- tern (1896-1918), Albert Südekum (1896-1898), Franz Mehring (1901-1907), Rosa Luxemburg (1902), Paul Lensch (1902-1913), Friedrich Stampfer (1902-1903), Karl Haenisch (1. Oktober 1905 - 31. Oktober 1906), Georg Beyer (1911), H. Wendel, H. Liebmann (1912-1927), Hans Block (1914).
- 94 Karl Liebknecht bezeichnete die ganze Rede Noskes als „ein fortgesetztes Betonen unseres Patriotismus in einer Art Hurrastimmung. Es fehlt jede Hervorhebung unseres prinzipiellen Standpunktes, ...“ (Protokoll Essen 1907, S. 247).
- 95 „Die Neue Gesellschaft“. Sozialdemokratische Wochenschrift, erschien am 3. und 10. Oktober 1903 und dann vom 5. April 1905 bis 31. Oktober 1907 in Berlin. Herausgeber waren Heinrich und Lily Braun. Vgl. Dieter Fricke, Zur Rolle der revisionistischen Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ in der deutschen Arbeiterbewegung 1905 bis 1907. In: BzG, 1975, H. 4, S. 696 -709.
- 96 Karl Leuthner (1869-1944), namhafter rechter österreichischer Sozialdemokrat, Publizist und Parlamentarier; vertrat nach den Wahlen zum Deutschen Reichstag vom Januar 1907 gegenüber der „Weltpolitik“ des deutschen Imperialismus unkritische, nationalistische Positionen.
- 97 Vgl. Karl Leuthner, Ein Antimilitarist. In: Die Neue Gesellschaft, 20. März 1907, 3. Bd., S. 291 f.
- 98 Vgl. Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht vor dem Reichsgericht, Berlin 1907. Karl Liebknecht mußte am 24. Oktober 1907 seine Strafe antreten. Eine gewaltige Demonstration der Berliner Sozialdemokraten hatte am 21. Oktober gegen das Urteil protestiert und ihm „Lebewohl und Auf Wiedersehen“ zugerufen.

Infolge jenes Erkenntnisses hat man auch in der süddeutschen sozialdemokratischen Jugendorganisation, dem von dem jetzigen Reichstagsabgeordneten Dr. Frank<sup>99</sup> gegründeten „Verbande junger Arbeiter Deutschlands“ die in ihn von Liebknecht hineingetragene, zeitweise ziemlich radikale Propaganda für den Antimilitarismus stark eingeschränkt. Das Blatt dieses Verbandes, der in 78 fast nur über Baden, Hessen, Württemberg, die Pfalz und Elsaß-Lothringen verstreuten Ortsgruppen 4 500 Mitglieder zählt, die in Mannheim erscheinende „Junge Garde“,<sup>100</sup> brachte früher fast in jeder Nummer militärfeindliche Artikel, unter welchen der von Liebknecht verfaßte „Rekrutenabschied“ seinerzeit allgemeines Aufsehen erregte. Ebenso war bis in die Mitte des Jahres 1907 hinein in den Versammlungen der Verbandsgruppen der Antimilitarismus das beliebteste Vortrags- und Diskussionsthema. Ließ man doch auf dem Verbandskongreß am 30. September 1906<sup>101</sup> ausdrücklich verkünden, daß die antimilitaristische Agitation ein sehr wesentlicher Bestandteil der Verbandsarbeit sei, und hatte doch bei dieser Gelegenheit Liebknecht in längerer Rede sein Steckenpferd in einer derartig aufreizenden Weise geritten, daß ihm Vollmar in Essen mit Recht sehr energisch zu Leibe gehen konnte.<sup>102</sup> Abgesehen von diesen in letzter Zeit stark abgeklauten heeresfeindlichen Bestrebungen will die süddeutsche Organisation die wirtschaftliche Stellung der jugendlichen Arbeiter fördern und ihre Mitglieder politisch durch frühzeitige Aufklärung zu waschechten Sozialdemokraten heranziehen. Im Gegensatz zu ihr stehen mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz die norddeutschen Jugendorganisationen, die sich politisch im allgemeinen neutral verhalten. Ihr Verband ist die zu Weihnachten 1906 durch Berliner, Bernauer und Harburger Jugendliche in Berlin gegründete „Vereinigung der freien Jugendorganisation Deutschlands“, die in der Reichshauptstadt ihren Sitz hat. Sie zählt 41 Ortsgruppen, unter denen der „Verein jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen für Berlin und Umgegend“ mit 2 070 Mitgliedern die größte ist, und hat als Verbandsorgan die Monatschrift „Arbeitende Jugend“<sup>103</sup>. Vorsitzender der Vereinigung ist ein sehr jugendlicher Handlungsgehilfe Max Peters,<sup>104</sup> der eine Broschüre „Der Weg zum Licht“<sup>105</sup> gegen Lehrlingsaus-

99 Ludwig Frank (1874-1914), Rechtsanwalt; Sozialdemokrat, seit 1904 Stadtverordneter in Mannheim, Mitglied des Badischen Landtags 1905-1914, Mitbegründer der Arbeiterjugendbewegung in Süddeutschland, 1906-1908 Redakteur der Zeitschrift „Die Junge Garde“, Mitglied des Deutschen Reichstags 1907-1914, am Vorabend des ersten Weltkrieges führender Kopf der süddeutschen Revisionisten, fiel am 3. September 1914 als Kriegsfreiwilliger. Vgl. Hedwig Wachenheim, Ludwig Frank. Aufsätze, Reden und Briefe, Berlin 1924; Hedwig Wachenheim, Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin. = IWK Beiheft 1 =, Berlin 1973.

100 „Die Junge Garde“ erschien von April 1906 bis Dezember 1908 monatlich in Mannheim und wurde von Ludwig Frank redigiert. Nachfolgeorgan war „Die Arbeiter-Jugend“, Berlin. Vgl. Fricke, Handbuch (1987), S. 572 f.

101 Auf dieser ersten Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands waren 37 Ortsvereine und 32 örtliche Parteiorganisationen durch 52 bzw. 29 Delegierte vertreten. Die Versammlung nahm ein neues Statut an, das es auch jungen Arbeitern ermöglichte, in die Organisation einzutreten.

102 Über Vollmars Haltung vgl. Protokoll Essen 1907, S. 256 f.

103 Die „Arbeitende Jugend“. Zeitschrift für die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, später: Organ der freien Jugendorganisationen Deutschlands, erschien von Januar 1905 bis Januar 1909 monatlich in Berlin. Herausgeber war der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Die Redakteure waren K. Böttcher (1905) und Max Peters (1908). Vgl. Fricke, Handbuch (1987), S. 571 f.

104 Max Peters (1887-1962), 1904-1906 Schriftführer der freien Jugendorganisationen in Berlin, 1906-1909 leitender Redakteur der „Arbeitenden Jugend“, 1906-1908 Vorsitzender der Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands, Mitglied bzw. seit 1912 Sekretär der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

105 Max Peters, Der Weg zum Licht. Ein Weckruf an die deutsche arbeitende Jugend. Mit einem Vorwort von Paul Göhre, 1. Aufl., Berlin 1907 (2. Aufl. 1908).

beutung, Lehrlingszücherei und unwürdige Behandlung der Lehrlinge geschrieben und als Wanderredner nach und nach fast alle Ortsgruppen besucht hat. Ein durch ihn mit Hilfe der Organisation in vielen Tausenden von Exemplaren zur Verbreitung gelangtes Flugblatt „An die schulentlassene Jugend“ hat in den Kreisen der Handwerksmeister starke Verstimmung hervorgerufen. Gleichwohl können weder die Vereinigung noch ihre Ortsvereine als politische Vereine im Sinne des § 8 des preußischen Vereinsgesetzes angesehen werden. Sie sind, wenn auch ihre einzelnen Mitglieder sozialdemokratisch fühlen und denken weder einer politischen noch einer gewerkschaftlichen Partei eingegliedert und haben nach ihren Satzungen lediglich den Zweck, unter Ausschluß alles Politischen und Religiösen die gemeinsamen wirtschaftlichen und Bildungsinteressen zu fördern; auch kann nicht beweiskräftig behauptet werden, daß sie in ihrem Versammlungsleben bisher über den Rahmen dieser Satzungen hinausgegangen sind. Die auf Grund von § 8 des genannten Gesetzes erfolgte und durch das Kammergericht bestätigte Schließung des Ortsvereins zu Königsberg in Preußen war nur dadurch möglich, daß in diesem Falle aus einer ganzen Reihe besonderer tatsächlicher Umstände der Schluß hatte gezogen werden können, daß die Gruppe nichts als ein Ableger des dortigen sozialdemokratischen Vereins war. Es ist kaum anzunehmen, daß beiden Jugendorganisationen, der norddeutschen wie der süddeutschen, ein langes Leben beschieden sein wird. Die Zentralkommission der Gewerkschaften ist ihren Bestrebungen sehr abgeneigt und hält es für zweckmäßiger, Jugendsektionen der einzelnen Gewerkschaften zu bilden, wie eine solche bereits bei der Berliner Filiale des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter Deutschlands besteht. Dieser Auffassung der Generalkommission scheint auch die politische Partei mehr und mehr Geschmack abzugewinnen. Der Parteitagbeschuß von Mannheim und Essen, überall Jugendorganisationen zu bilden, war nur platonischer Natur. Eine endgültige Entscheidung über das Schicksal der beiden Verbände und die künftige Gestaltung der deutschen sozialistischen Jugendbewegung wird erst nach der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes gefällt werden.

Mit der sozialdemokratischen Frauenbewegung Deutschlands ist es dank der unermüdlichen Tätigkeit der Ottilie Baader<sup>106</sup> und des ihr zur Verfügung gestellten Büros wieder etwas vorwärts gegangen. Hat sich doch die Zahl der mit ihren Vertrauenspersonen besetzten Orte von 325 auf 407 und die Abonnentenzahl der „Gleichheit“ auf 70 000 erhöht. Gewerkschaftlich sind jetzt 120 000 und politisch 10 500 deutsche Arbeiterinnen organisiert, während die unpolitischen Bildungsvereine, die dort gegründet worden sind, wo das Vereinsrecht den politischen Zusammenschluß von Frauen verhindert, auf 94 mit 10 320 Mitgliedern gestiegen sind. Die Merkblätter für Unfallsachen sind in 100 000 Exemplaren und beim Wahlkampf zu Beginn des Jahres 1907, an welchem auch die Frauen lebhaft teilgenommen haben, besondere Wahlflugblätter für letztere in 800 000 Exemplaren ausgegeben worden. Auf der vierten sozialdemokratischen Frauenkonferenz, die am 23. September 1906 in Mannheim stattfand,<sup>107</sup> sprach man sich für die Schaffung von kommunalen Kindergär-

---

106 Ottilie Baader (1847-1925), Näherin; Sozialdemokratin, führende Vertreterin der proletarischen Frauenbewegung, 1899-1900 weibliche Vertrauensperson des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Berlin 4, 1900-1908 Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, bis 1917 Mitglied des sozialdemokratischen Frauenbüros. Vgl. Ottilie Baader, Ein steiniger Weg. Lebenserinnerungen, Stuttgart-Berlin 1921; Roswitha Freude, Ihr Name lebt in der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung, Ottilie Baader. In: BzG, 1986, H. 5, S. 666-674.

107 Vgl. Protokoll Mannheim 1906, S. 396 ff.

ten aus, wünschte die Gleichstellung der Landarbeiterschaft mit derjenigen der Industrie in juristischer und sozialer Beziehung sowie im Punkte der Bildungsmöglichkeit, vertrat in der Frage des Frauenstimmrechts denjenigen Standpunkt, der nachher auf der internationalen Frauenkonferenz zu Stuttgart zur Geltung kam und in dem Satze gipfelt: „Die bürgerliche Frau kämpft gegen den Mann, die proletarische gegen das Kapital“ und verhandelte sodann des längeren und breiteren über die Dienstbotenfrage und über die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen. In bezug auf erstere wurde betont, daß das angeblich patriarchalische Verhältnis zwischen den Dienstboten und der Dienstherrschaft zu einem Deckmantel und zu einer Quelle schlimmster Mißstände geworden sei, unter welchen die Dienenden weit über das Maß der gewerblichen Arbeiter hinaus zu leiden hätten. Man schlug zur Besserung dieses Verhältnisses die Abschaffung der Gesindeordnung und der Gesindedienstbücher, die Unterstellung des Gesindes unter die Gewerbeordnung und die Versicherungsgesetze, eine Regelung der Arbeitszeit, die Einführung von gesetzlichen Vorschriften über die Schlafräume sowie des obligatorischen Fortbildungsunterrichts, die Abschaffung der privaten Stellenvermittlungsbüros und die Gewährung eines unumschränkten Koalitionsrechts vor. Später hat man auch angefangen, die Dienstbotenbewegung in größeren Städten, wie Nürnberg, Hamburg, Berlin, München, Leipzig, Bremen, Königsberg, Frankfurt a. M., Köln, Jena usw.,<sup>108</sup> zu organisieren; doch ist der Erfolg bisher recht gering gewesen und das von dem Büro herausgegebene Vertragsformular nur in den allerseltensten Fällen praktisch zur Anwendung gekommen. Die Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen will man so gestaltet wissen, daß die Frauen durch ihr Arbeitsverhältnis nicht daran gehindert sind, gesunde Mütter gesunder Kinder zu werden. Hierzu verlangte man u.a. freie Gewährung der Hebammendienste, unentgeltliche ärztliche Behandlung und das Recht kündigungloser Einstellung der Arbeit acht Wochen vor der Niederkunft, nachdem ein weitergehender Antrag der bekannten Lily Braun<sup>109</sup>, dieses Recht in ein Verbot für Schwangere zu verwandeln, innerhalb dieser acht Wochen gewerblich tätig zu sein, niedergestimmt worden war. Jedenfalls ist die sozialdemokratische Frauenbewegung Deutschlands zur Zeit ziemlich rührig. Indessen hat sie, trotzdem ihr auf beiden Parteitaggen Wohlwollen entgegengebracht wurde, noch immer mit einer gewissen Abneigung der Männer zu rechnen, denen die Vereinstätigkeit ihrer Frauen keineswegs recht behagen will. Denn bei den meisten Genossen steht das sozialdemokratische Ideal des Zukunftsstaates mit seiner Aufhebung der privaten Häuslichkeit doch noch nicht so fest, daß sie nicht vorzögen, die Gattin lieber der Familie und ihrem häuslichen Wirkungskreise zu erhalten, als sie unter Vernachlässigung ihres Heims auf die politische Arena hinaustreten zu sehen.

Die Parteitage der einzelnen Landesorganisationen und deren Bezirkskonferenzen haben sich meist mit internen Angelegenheiten, wie z.B. in Mecklenburg mit der dortigen Verfassungsrevision oder in Bayern mit der Änderung der bestehenden Gemeindeordnung, ferner mit Kassenfragen, organisatorischem Kleinkram und der lokalen Presse, sowie mit der Taktik zu den einzelnen Landtags- oder Gemeindewahlen beschäftigt. Auch wurden fast

---

108 Die Dienstbotenvereinigungen in den genannten Orten hatten zusammen 5000 Mitglieder, davon allein in Hamburg 2000 Mitglieder. Eigene Stellennachweise für Dienstboten gab es in Frankfurt (Main), Nürnberg und Bremen. Der Mustervertrag, den Arthur Stadthagen entworfen hatte, verlangte u.a. eine bestimmte begrenzte Arbeitszeit, Ruhepausen zum Einnehmen der Mahlzeiten und einen geeigneten menschenwürdigen Schlafräum.

109 Lily Braun (1865-1916), Schriftstellerin; Sozialdemokratin, in der sozialdemokratischen Frauenbewegung tätig, vertrat rechtssozialdemokratische Auffassungen; Ehefrau von Heinrich Braun.

überall die Reichstagswahlen oder der internationale Kongreß bzw. die Mannheimer oder die Essener Tagung zur Sprache gebracht, je nach der Zeit, in welche die einzelnen Landeskonferenzen fielen. Zu ihrer Charakterisierung sei beispielsweise auf folgendes hingewiesen: Während der Braunschweiger Landesparteitag radikalen Geist atmete und den Revisionisten Calwer<sup>110</sup> wegen seiner „konservativen“ Zollpolitik und seiner lauen Haltung zum Massenstreik glatt absägte, nahmen die Hessen, welche durch die „Hofgängerei“ ihres Genossen Ulrich<sup>111</sup> an sanftere Formen gewöhnt sind, gegen den Radikalismus Stellung. Man verurteilte unter anderem die von der Berliner Sozialdemokratie zur Reichstagswahl herausgegebenen illustrierten Flugblätter, die sich mit ihren massiven Zeichnungen an die niedrigsten Volksinstinkte gewendet hatten, und warnte davor, mit Demonstrationen auf die Gasse zu gehen. Der Württembergische Parteitag hielt über seine Landtagsfraktion Gericht, die entgegen aller sozialdemokratischen Disziplin den Mut gehabt hatte, für das Budget zu stimmen, und konnte sich, trotzdem die ganze prinzipientreue Presse über diese Sonderlinge hergefallen war, zu irgendwelchem tadelnden Votum gegen die „abwegige“ Fraktion nicht entschließen. In Süddeutschland ist man eben nicht immer so ganz marxistisch, wie die neue Berliner „Vorwärts“-Redaktion. Dagegen zog die badische Konferenz in einer ebenfalls das Dogma verletzenden, wenn auch weniger erheblichen Angelegenheit ausnahmsweise strenge Seiten auf. Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Frank und Kolb<sup>112</sup> hatten nämlich das Verbrechen begangen, an der feierlichen Beisetzung des verstorbenen Großherzogs von Baden<sup>113</sup> teilzunehmen und mußten sich deshalb nicht nur von der „Leipziger Volkszeitung“ e tutti quanti in der rüdesten Weise angreifen, sondern sich auch noch einen Rüffel seitens jener Konferenz gefallen lassen.

Auch in Preußen haben die zahlreichen Provinzial- und Bezirkstagungen der Berichtszeit größtenteils kein allgemeines Interesse zu erregen vermocht, und nur der vom 21. bis 23. November 1907 in Berlin abgehaltene zweite allgemeine sozialdemokratische Preußentag (preußische Landeskonferenz) ist einer näheren Betrachtung wert. Das auf ihm von Legien gehaltene Referat über die Lage der Staatsarbeiter in Preußen ist ein Meisterstück scheinbar objektiver und doch einseitig tendenziöser Darstellung, von dessen Verbreitung unter den Staatsarbeitern als Broschüre man sich augenscheinlich viel verspricht, zumal, wie Legien behauptet, „die Disziplin in unseren Staatsbetrieben nur äußerlicher Anstrich ist. Die dort tätige Arbeiterschaft kann sich nicht mehr dem Einflusse der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse entziehen. Auch bei diesen Arbeitern kommt das Schweigen nur aus Furcht vor Entlassungen; es ist nicht etwa der Glaube an die Rich-

---

110 Richard Calwer (1868-1927), Sozialdemokrat; 1891-1894 Redakteur sozialdemokratischer Lokalzeitungen in Halle, München, Braunschweig und Leipzig, ab 1895 Schriftsteller, Mitarbeiter an den „Sozialistischen Monatsheften“ und am „Correspondenzblatt“, Leiter eines eigenen wirtschaftsstatistischen Büros, Mitglied des Deutschen Reichstags 1898-1903, 1909 aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgetreten.

111 Carl Ulrich (1853-1933), Schlosser, Journalist; Sozialdemokrat, 1875-1878 Redakteur der „Neuen Offenbacher Tages-Zeitung“, 1885-1918 Mitglied der zweiten hessischen Kammer, Mitglied des Deutschen Reichstags 1890-1893 und 1907-1918, der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstags der Weimarer Republik 1919-1930, 1919-1928 Staatspräsident des Freistaats Hessen. Vgl. Carl Ulrich, *Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten*, hrsg. von L. Bergsträsser, Offenbach 1953.

112 Wilhelm Kolb (1870-1918), Maler; Sozialdemokrat, 1899 Chefredakteur des „Volksfreund“ und Leiter der sozialdemokratischen Organisation in Karlsruhe, 1899-1908 Gemeindevertreter, Mitglied des badischen Landtags 1905-1908, seit 1908 Stadtrat in Karlsruhe, ständiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“, einflußreicher Reformist.

113 Friedrich I. (1826-1907), Großherzog von Baden seit 1856.

tigkeit der Maßnahmen der Verwaltung“.<sup>114</sup> Zum Punkte „Selbstverwaltung und Gemeinde“ gab der Genosse Hirsch<sup>115</sup> eine ausführliche Schilderung aller der Regierung zu Gebote stehenden Mittel, „in die Selbstverwaltung einzugreifen“, griff heftig die liberalen Stadtväter an, die derartige Eingriffe nicht zurückwiesen, und kam schließlich zu der vom Preußentag gutgeheißenen Forderung nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht auch für die Kommunen,<sup>116</sup> während Adler<sup>117</sup> und Arons<sup>118</sup> in etwas sehr gründlichen Ausführungen die Notwendigkeit der Einführung dieses Wahlrechts für das preußische Abgeordnetenhaus zu begründen versuchten. Die sich hieran anschließende Debatte galt nur der Frage des Wahlrechtskampfes: Genügt die einfache mündliche und schriftliche Agitation, um auch für Preußen das Reichstagswahlrecht durchzusetzen? Muß dazu die Organisation noch weiter ausgebaut werden? Soll man bei den nächsten Landtagswahlen überall eigene Kandidaten aufstellen, um durch die Menge der sozialdemokratischen Stimmen stillschweigend zu demonstrieren, oder soll man durch Kompromisse mit den Liberalen auf jeden Fall wenigstens einige Mandate zu erringen versuchen? Ist etwa die Obstruktion praktisch, wie sie vor Jahren im Kreise Teltow von sozialdemokratischen Wahlmännern getrieben wurde? Kann in der Straßendemonstration oder im Massenstreik ein brauchbares Mittel gesehen werden, oder müsse man sogar zur Steuerverweigerung und zur Verweigerung des Schulbesuchs der Kinder schreiten? Alle diese Möglichkeiten wurden erwogen. Man sah indessen aus taktischen Gründen davon ab, irgendeine besonders zu empfehlen, sondern ließ es bei der an alle Genossen gerichteten Aufforderung bewenden, den Kampf gegen das bestehende „elendste und erbärmlichste aller Wahlsysteme mit *allen* dem organisierten Proletariat zu Gebote stehenden und zweckentsprechenden Mitteln zu führen“.<sup>119</sup> Bei dem vierten Punkte der Tagesordnung „Die Organisation in Preußen“<sup>120</sup> kam es zu einem Zusammenstoß zwischen denjenigen, die auf das enge Zusammenarbeiten mit dem deutschen Parteivorstand Wert legten, und denen, die an der Spitze der preußischen Partei einen eigenen Parteivorstand haben, sich also für die spezifisch preußischen Angelegenheiten von dem Einflusse der Gesamtpartei möglichst freihalten wollten. Letztere, deren Führer der in Parteikreisen ziemlich schnell um seine Reputation gekommene, früher nationalsoziale Maurenbrecher<sup>121</sup> war, unterlagen den Nichtpartikularisten.

114 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 21. bis 23. November 1907, Berlin 1907, S. 118.

115 Paul Hirsch (1868-1940), politischer Schriftsteller; Sozialdemokrat, 1900-1920 Stadtverordneter in Charlottenburg, 1920-1921 in Groß-Berlin; 1901-1913 Vorsitzender der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisation Potsdam 10 - Teltow; Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1908-1918 und des preußischen Landtags 1919; 1911-1918 Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen; November 1918 - März 1920 erster sozialdemokratischer Ministerpräsident Preußens, November 1918 - März 1919 zugleich Innenminister; 1919 Mitglied der preußischen Verfassungsgebenden Landesversammlung und 1921-1933 des preußischen Landtags.

116 Vgl. Protokoll Berlin 1907, 123 ff.

117 Eduard Adler (1861-1940), Sozialdemokrat.

118 Martin Leo Arons (1860-1919), Physiker, seit 1890 Privatdozent an der Berliner Universität; rechter Sozialdemokrat, 1899 wegen seiner politischen Haltung Entzug der Lehrbefugnis an der Berliner Universität; Geldgeber und ständiger Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“. Leo Arons war ein Schwiegersohn des Bankiers Julius Bleichröder. Vgl. Dieter Fricke, Zur Militarisierung des geistigen Lebens im Wilhelminischen Kaiserreich. Der Fall Leo Arons. In: ZfG, 1960, H. 5, S. 1069-1107.

119 Vgl. den vollen Wortlaut der Resolution in: Protokoll Berlin 1907, S. 160.

120 Das Referat zu diesem ersten Punkt der Tagesordnung hielt Hugo Haase. Vgl. ebenda, S. 9-34 und 144 ff.

121 Max Maurenbrecher (1874-1930), evangelischer Theologe; Anhänger Friedrich Naumanns, bis 1903 Generalsekretär des Nationalsozialen Vereins und Redakteur der „Hilfe“, ab 1903 Sozialdemokrat, Revisionist, Mitar-

Die *Organisation* der Partei hat in der Berichtszeit Fortschritte gemacht und ist durch die Wahlniederlage nicht gehemmt, sondern eher noch gefördert worden, da man erkannte, daß man sich bei Wahlkämpfen doch nur auf regelrecht organisierte Genossen verlassen kann. Nur diese hat man fest in der Hand, und ihre Zahl zu vermehren, war deshalb seitdem das Hauptbestreben der Partei, zu dessen Verwirklichung man keine Mittel, auch nicht die des wirtschaftlichen Zwanges unbenutzt gelassen hat. Zu Beginn der Berichtszeit hat die Zahl der politisch organisierten Sozialdemokraten Deutschlands etwa 380 000 betragen; beim Ende derselben war sie auf beinahe 550 000 gestiegen, so daß jetzt etwa der sechste Teil aller derjenigen Wähler sich offen zur Partei bekennt, welche bei der letzten Reichstagswahl für die Sozialdemokratie gestimmt haben. In Preußen hat sich die Partei neuorganisiert, indem sie sich eine eigene Landesorganisation gab, deren Organe die Landeskommission, die Bezirkskomitees (Agitationskommissionen der Bezirksverbände) und die Vorstände der Wahlkreisorganisationen sind. Die Landeskommission, die aus je einem Mitgliede jedes preußischen Bezirksverbandes besteht und als deren geschäftsführender Ausschuß der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer der Parteiorganisation Groß-Berlins fungieren, hat die Parteigeschäfte im Einverständnisse mit dem Parteivorstande der deutschen Gesamtpartei zu führen, der zu allen Sitzungen eingeladen werden muß. Die oberste Vertretung der Landesorganisation ist der alle zwei Jahre zur Abhaltung kommende preußische Parteitag. Die Zahl der Bezirkskomitees und der ihnen entsprechenden Verbände beträgt etwa 30; unter ihnen ist der die sechs Berliner Reichstagswahlkreise und die Wahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und Niederbarnim in sich schließende Groß-Berliner Verband mit seinen 79 000 Mitgliedern derjenige, der am besten von allen gegliedert ist. Die Wahlkreisvereine sind in Preußen auf etwa 120 und die der ihnen unterstehenden Ortsvereine auf etwa 1200 gestiegen. Am stärksten ist die Zahl der politisch Organisierten, abgesehen von Groß-Berlin, in der Rheinprovinz (30 000), in Schleswig-Holstein (28 000), in der Provinz Sachsen (25 000), in Schlesien (20 000), in Brandenburg ohne Groß-Berlin, in Hannover und in Westfalen (etwa je 18 000), am kleinsten in Pommern (6 000), Ostpreußen (4 000), Westpreußen (1 000) und Posen (250). Bayern hat in fast 300 Ortsvereinen 45 000 Organisierte, Sachsen in auch etwa 300 Vereinen 80 000, Württemberg 18 000, Baden 15 000, Hessen 18 000, die thüringischen Staaten 23 000, Hamburg 32 000, Bremen 18 000 und Elsaß-Lothringen etwa 4 000. In den mecklenburgischen Wahlkreisen war bisher aus vereinsgesetzlichen Gründen eine geschlossene Organisation nicht möglich.

Den Hauptgegenstand der *Agitation* bildete vor der Reichstagsauflösung im Dezember 1907, abgesehen von der Teuerungsfrage, der südwestafrikanische Krieg, die Kolonialpolitik als solche und dann das für sensationelle Ausschlichtung so dankbare Gebiet der „Kolonialgreuel“. Während des Wahlkampfes wurden gerade die letzteren agitatorisch noch stärker forciert, aber auch die anderen Register sozialdemokratischer Agitation machtvoll gezogen. Nach der Wahl nahm die Propaganda erheblich ab. Gegenseitige Vorwürfe und das Suchen nach den Gründen der Niederlage beschäftigte damals fast ausschließlich Presse und Versammlungen, bis der Parteivorstand das Signal zum Ansturm gegen die preußische „Drei-

---

beiter an der revisionistischen Wochenschrift „Die Neue Gesellschaft“, 1909-1916 freireligiöser Prediger, trat 1913 aus der Partei aus, nach 1918 Pfarrer in Dresden und in Thüringen, schloß sich 1918 der Deutschnationalen Volkspartei an und war ab 1924 in der deutsch-völkischen Bewegung aktiv tätig. Vgl. Dieter Fricke, Nationalsoziale Versuche zur Förderung der Krise der deutschen Sozialdemokratie. Zum Briefwechsel zwischen Max Maurenbrecher und Friedrich Naumann 1910-1913. In: BzG, 1983, H. 4, S. 537-548.

klassenschmach“ gab. Seitdem hat dieses Thema alle andern, und zwar nicht nur für Preußen, sondern auch für die anderen deutschen Staaten fast ganz in den Hintergrund gedrängt. Singer<sup>122</sup> selbst war es, der in einer am 11. August 1907 abgehaltenen Generalversammlung des Groß-Berliner Verbandes den Beginn des Kampfes um die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen ankündigte und dabei „wirkungsvolle Demonstrationen“ in Aussicht stellte, während Richard Fischer-Berlin<sup>123</sup> bei seiner Begrüßungsansprache auf dem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie die viel beachtete Äußerung tat, daß bei der bevorstehenden Agitation für die Umgestaltung des preußischen Wahlrechts „für uns vielleicht die Zeit gekommen ist. in der Technik dieses Kampfes von den Österreichern zu lernen“. In den Massen wurde dies als ein Hinweis zum mindesten auf Straßendemonstrationen aufgefaßt, und so war es denn nicht weiter verwunderlich, daß sowohl bei der großen Berliner Rede Bebels gegen die Blockpolitik am 16. Oktober 1907, wie bei den ebendasselbst stattgehabten Kundgebungsversammlungen für Liebknecht am 18. und 21. desselben Monats nach Schluß der betreffenden Versammlungen ein erster Versuch zu derartigen Demonstrationen gemacht wurde, bei dem es zu Zusammenstößen mit der Polizei jedoch noch nicht kam. Nunmehr ließ der Parteivorstand eine Reihe besonderer Wahlrechtsflugblätter in Hunderttausenden von Exemplaren herstellen und durch die Partei- und die hierzu bereite Gewerkschaftspresse verbreiten, erklärte auf dem preußischen Parteitage sodann, daß er seit Monaten Vorbereitungen getroffen habe, „das preußische Volk in dieser Frage bis in das letzte Dorf hinein aufzurütteln“ und berief darauf die ersten eigentlichen Wahlrechtsprotestversammlungen ein, die in ganz Preußen am 16. November bzw. am Sonntag, dem 1. Dezember 1907, stattfinden sollten und auch fast überall bei starker Beteiligung stattgefunden haben. An ihnen haben in Berlin 17000 Personen teilgenommen. In Hannover sind, nach dem „Vorwärts“, etwa 15000, in Breslau gegen 13000 und in Magdeburg ungefähr 10000 Genossen bei diesen Kundgebungen anwesend gewesen, die aber, wider die vielfach gehegten Erwartungen, beinahe durchweg nicht zu irgendwelchen Demonstrationen auf der Straße geführt haben. Nur in Bielefeld sollen etwa 7000 Menschen und in einigen anderen Ortschaften geringere Trupps demonstrierend durch die Straßen gezogen sein. Alles in allem war dieser erste „Wahlrechtsappell“ kein epochemachendes Ereignis. Zur systematischen Hebung der Gesamt agitation auf allen Gebieten hat die Partei im Laufe der Berichtszeit zwei neue Maßnahmen getroffen, die ihren Wert erst noch zeigen sollen. Man hat nämlich eine wöchentlich erscheinende „Sozialdemokratische

---

122 Paul Singer (1844-1911), Kaufmann; seit 1869 Mitglied der SDAP, führendes Mitglied der illegalen Berliner Parteiorganisation, begründete 1884 das „Berliner Volksblatt“, 1886 aus Berlin ausgewiesen, seit 1887 Mitglied der Parteileitung und seit 1890 neben August Bebel einer der beiden Vorsitzenden der Partei, revolutionärer, marxistischer Sozialdemokrat; Mitglied des Deutschen Reichstags 1884-1911. Über Singer vgl. Heinrich Gemkow, Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957; ders., Paul Singer. Vom bürgerlichen Demokraten zum Führer der deutschen Arbeiterbewegung (1862-1890), Phil. Diss., Berlin 1959; Wilfried Henze, Paul Singer an der Seite August Bebels in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1890-1902), Phil. Diss., Berlin 1987.

123 Richard Fischer (1855-1926), Schriftsetzer, Redakteur; trat 1873 der SDAP bei, wurde 1878 aus Berlin ausgewiesen, 1879-1890 Mitarbeiter des „Sozialdemokrat“, 1890-1892 Schriftführer und 1892-1894 Sekretär im Parteivorstand, 1902-1922 Geschäftsführer der „Vorwärts“-Druckerei, Mitglied des Deutschen Reichstags 1893-1926, ging um die Jahrhundertwende auf reformistische Positionen über. Fischers Äußerungen auf dem österreichischen Parteitag werden hier sehr verkürzt wiedergegeben. Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten in Wien vom 30. September bis 4. Oktober 1907, Wien 1907, S. 113.

Partei-Korrespondenz“<sup>124</sup> herausgegeben, die lediglich Agitationsmaterial enthält, und hat ferner die vielbesprochene „Parteischule“<sup>125</sup> gegründet. Sie verdankt ihre Entstehung einer Anregung des schon genannten Schulz und ist im November 1906 in Berlin eröffnet worden, woselbst sie bisher zwei sechsmonatliche Kurse fast vollendet hat. Ihr Zweck ist die Ausbildung von Redakteuren, Parteisekretären und Agitatoren. Ihre Lehrgegenstände sind: Nationalökonomie, Soziologie historischer Materialismus, Geschichte der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien, Verfassungswesen und soziale Gesetzgebung, Gesetzeskunde, insbesondere die des Strafrechts, des Strafprozesses und des bürgerlichen Rechts, Gewerkschaftswesen und praktische Sozialpolitik sowie mündlicher und schriftlicher Gedankenaustausch. Die Zahl der Lehrer, unter denen zwei, Mehring und Schulz, für jährlich 6000 M fest angestellt sind, beträgt 7, die Zahl der Schüler, die durchweg bewährte Genossen sind und für die Teilnahme an dem Kursus monatlich 125 M erhalten, soll nicht über 30 steigen. Die Gesamtkosten dieser Institution, die sich in ihrem ersten Semester auf 66 616,02 M belaufen haben, trägt die Parteikasse.

Ein Hauptmittel der Agitation ist das gedruckte Wort. Die Zahl der sozialdemokratischen Broschüren die in der Berichtszeit teils neu herausgegeben, teils neu gedruckt sind, ist so groß gewesen wie nie zuvor. Da aber die meisten von ihnen nur vorübergehenden Wert gehabt haben, bedarf es ihrer Benennung im einzelnen nicht. Aus ihnen hebt sich nur ein Werk von bleibender Bedeutung heraus, die Bernsteinsche „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, die jetzt bis zum Abschlusse des zweiten Bandes gediehen ist und sich einer immerhin anerkennenswerten Objektivität befleißigt. Sie findet indessen wenig Anklang in den Kreisen der Partei,<sup>126</sup> ebenso wie dies bei den Bernsteinschen „Dokumenten des Sozialismus“<sup>127</sup> der Fall war, deren weiteres Erscheinen eingestellt ist. Man hat für die Arbeiten der Revisionisten eben nur wenig Interesse, so daß auch Braun<sup>128</sup> seine Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ hat eingehen lassen müssen; nur die „Sozialistischen Monatshefte“<sup>129</sup> haben bisher allen Stürmen standgehalten. Die Parteipresse besteht jetzt aus 90 Zeitungen, von denen 69 täglich erscheinen. Wöchentlich dreimal kommt die „Gazeta Robotnicza“<sup>130</sup>

124 Die „Sozialdemokratische Partei-Correspondenz“ erschien vom 19. Juli 1906 bis 1922 und in anderer Form von 1929 bis 1933 in Berlin, zunächst wöchentlich, ab 1909 vierzehntäglich. Redakteure waren M. Grünwald, W. Schröder (seit 1907) und H. Poetzsch. Als ihre Aufgabe sah sie es an, „weniger durch Umschreibungen und breite Darstellungen als durch nackte Tatsachen und einfache Belege“ ein neues Hilfsmittel für die Agitation zu sein. Vgl. Fricke, Handbuch (1987), S. 612 f.

125 Vgl. hierzu ebenda, S. 691 ff., und Dieter Fricke, Die sozialdemokratische Parteischule (1906-1914). In: ZfG, 1957, H. 2, S. 229-240.

126 Vgl. die Rezension von August Bebel in: Die Neue Zeit, 25. Jg., 1906/1907, 2. Bd., S. 374 f.

127 „Dokumente des Sozialismus. Hefte für Geschichte, Urkunden und Bibliographie des Sozialismus“. Hrsg. von Eduard Bernstein, Bd. 1 (Oktober 1901/1902) bis Bd. 5 (1905), Stuttgart. Neudruck in vier Bänden, Glashütten i. T. 1977.

128 Heinrich Braun (1854-1927), sozialpolitischer Schriftsteller; Sozialdemokrat in Österreich und dem Deutschen Reich, später namhafter Revisionist, 1888-1903 Herausgeber des „Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik“, 1903 u. 1905-1907 der Wochenschrift „Die Neue Gesellschaft“ und 1911-1913 der „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“, Mitglied des Deutschen Reichstags 1903/04. Vgl. Julie Braun-Vogelstein, Heinrich Braun. Ein Leben für den Sozialismus, 2., überarbeitete und vermehrte Auflage, Stuttgart 1967.

129 Die „Sozialistischen Monatshefte“ erschienen als Nachfolger der Monatsschrift „Der sozialistische Akademiker“ von Januar 1897 bis 1933 in Berlin. Ihr Herausgeber war Joseph Bloch. Sie entwickelten sich international zum publizistischen Zentrum von Revisionisten und Reformisten. Trotz anfänglich besonders starker Bemühungen gelang es der Redaktion und den hinter ihr stehenden Kräften nicht, daß die Zeitschrift als parteioffiziell anerkannt wurde. Vgl. Fricke, Handbuch (1987), Bd. 1, S. 603-608.

130 „Gazeta Robotnicza“, sozialdemokratische Wochenschrift, Organ der Polnischen Sozialistischen Partei in Preußen (PPS), erschien in polnischer Sprache von 1891 bis 1901 in Berlin, bis 1919 in Kattowitz.

heraus, deren Druckerei auf Kosten der Partei betriebsfähig ausgestaltet worden ist, wöchentlich zweimal ein Organ und wöchentlich einmal deren 8, darunter die theoretische Wochenschrift „Die Neue Zeit“<sup>131</sup>, von Kautsky redigiert, und die von Südekum<sup>132</sup> herausgegeben „Kommunale Praxis“<sup>133</sup>. Die Stuttgarter „Gleichheit“ gelangt jede zweite Woche, ein Blatt zweimal im Monat und 7 andere Blätter alle Monate einmal zum Erscheinen. Die beiden Witzblätter „Der süddeutsche Postillon“<sup>134</sup> und „Der wahre Jacob“<sup>135</sup> versuchen alle 14 Tage ihre Leser zu erfreuen. Doch ist ihr Witz stumpf und ihre Satire gallig. Der „Vorwärts“ hat jetzt 135 000 Abonnenten, eine Zahl, die er hauptsächlich der skrupellosen Berliner Hausagitation verdankt. Die Gesamtabonnentenzahl aller oben erwähnten sozialdemokratischen Organe beläuft sich auf 1 100 000, so daß sie im Laufe der Berichtszeit sich um mehrere 100 000 erhöht hat. Mit wenigen Ausnahmen ist der Nachrichtendienst dieser Presse recht mangelhaft, so daß sie hierbei hinter der bürgerlichen Presse stark zurücksteht. Um diesen Übelstand zu beseitigen, hat man auf der Essener Tagung ein besonderes Nachrichtenbüro in Berlin einzusetzen beschlossen, dessen Aufgabe es ist, wichtige Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur unverzüglich an die Parteizeitungen zu übermitteln, sowie das gesamte gesetzgeberische und statistische Material zu sammeln, das für diese von Wichtigkeit ist. Die Unterhaltungskosten für den eigentlichen Nachrichten- und Mitteilungsdienst sind von der beteiligten Parteipresse aufzubringen, während die Einrichtungen für das Büro, die Anstellung der Redakteure, der Berichtersteller und des Hilfspersonals Sache des Parteivorstandes bleibt. Der Ton der sozialdemokratischen Preßorgane ist nach wie vor scharf und oft genug mehr denn brutal gewesen. Das hat sich vor allem in der Zeit des Wahlkampfes, in den geradezu unglaublichen Angriffen gegen die Blockpolitik und bei dem Bemühen gezeigt, deren Erfolge nach Möglichkeit zu diskreditieren. Als Vertreterin für diesen bekannten „Sauherdenton“ kann wieder die mit Recht so berüchtigte „Leipziger Volkszeitung“ herangezogen werden, die z.B. einen gewissen konservativen Abgeordneten als „räudiges Mitglied des Kaffernkartells“ bezeichnete und mit Bezug auf den bekannten kaiserlichen Amnestieerlaß den Satz niederschrieb: „Endlich also ist der bürgerlichen Kanaille, die schon lange bettelnd an dem kaiserlichen Gnadentische

- 
- 131 „Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens“, seit 1901: Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, erschien von 1883 bis 1923 im Verlag von J.H.W. Dietz, Stuttgart, bis Oktober 1890 monatlich, danach wöchentlich. Mitbegründer und bis September 1917 ihr Chefredakteur war Karl Kautsky, sein Mitarbeiter in der Redaktion war von 1902 bis 1917 Emanuel Wurm. Am Vorabend und während des ersten Weltkrieges nahm sie zentristische Positionen ein. Vgl. Fricke, Handbuch (1987), S. 561-566.
- 132 Albert Oskar Wilhelm Südekum (1871-1944), führender rechter Sozialdemokrat, 1895/96 Redakteur des „Vorwärts“, 1896-1898 der „Leipziger Volkszeitung“, 1898-1900 der „Fränkischen Tagespost“, Nürnberg, und 1900-1913 Chefredakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Dresden; Mitglied des Deutschen Reichstags 1900-1918, seit 1900 Herausgeber der „Kommunalen Praxis“, unterstützte während des ersten Weltkrieges maßgeblich die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, 1918 Mitglied der zur Ausplünderung der Ukraine gegründeten Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft, von November 1918 bis Anfang 1920 preußischer Finanzminister, 1918-1927 Herausgeber des „Handwörterbuchs der Kommunalwissenschaften“.
- 133 Die „Kommunale Praxis“. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, erschien von April 1900 bis Dezember 1905 in Dresden und danach bis Juni 1924 in Berlin. Herausgeber war Albert Südekum.
- 134 Das Wochenblatt „Süddeutscher Postillon“ erschien von 1882 bis Juni 1910 in München. Redakteure waren Max Kegel, Eduard Fuchs, M. Ernst (1908). Vgl. den Faksimileband „Süddeutscher Postillon“. Herausgegeben und eingeleitet von Udo Achten, Berlin - Bonn 1979; Fricke, Handbuch (1987), Bd. 1, S. 585 f.; Ulrich Weiz, Salonkultur und Proletariat. Eduard Fuchs - Sammler, Sittengeschichtler, Sozialist, Stuttgart 1991.
- 135 „Der wahre Jacob“, gegründet von Johann Heinrich Wilhelm Dietz, erschien vom 2. Januar 1884 bis September 1923 in Stuttgart, von Juli 1927 bis 1933 in Berlin. Vgl. hierzu Der wahre Jacob. Ein halbes Jahrhundert in Faksimiles. Herausgeber Udo Achten, Bonn 1994; Ann Robertson, Karikatur im Kontext. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen satirischen Zeitschrift *Der Wahre Jacob* zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt am Main 1992.

herumschnopperte, ein Brocken zugeworfen worden. Ob freilich die hungrige Meute satt wird von dem nicht gerade saftigen Knochen, der ihr vor die Kiefer geworfen ist, bleibt trotzdem fraglich.“ Es muß indessen um der Gerechtigkeit willen hervorgehoben werden, daß mit derart kräftigen Ausdrücken oft genug nicht nur die Gegner, sondern auch die eigenen Genossen bedacht werden, wie denn z.B. der überaus strebsame Revisionist Stampfer<sup>136</sup>, als er die sehr schwankende Haltung des „Vorwärts“ in der Frage der Wahlrechtsdemonstration von 1906 rügte, von diesem zum „Fälschergenie und dunklen Ehrenmann“ gestempelt wurde, dessen Zweifel an der dogmatischen Unfehlbarkeit der „Vorwärts“-Redakteure eine „täppische Büberei“ sei. Solche ungehobelten Angriffe gegen Parteimitglieder sind in der Berichtszeit keineswegs vereinzelt vorgekommen, so daß alle Ermahnungen des Parteivorstandes, in der Polemik die Grenzen des parlamentarischen Anstandes zu wahren, bei den „kraftgenialischen“ Redakteuren der Sozialdemokratie völlig vergeblich zu sein scheinen.

Trotz ihres Aufschwungs bedarf die sozialdemokratische Presse, wenigstens in einzelnen ihrer Glieder, noch immer einer finanziellen Unterstützung, die ihr im Jahre 1907 mit etwa 140 000 M von der Parteikasse gewährt ist. Letztere kann sich derartige Ausgaben noch gestatten. Hat doch ihre Einnahme in der Zeit vom 1. August 1906 bis zum 31. Juli 1907 1 191 819,42 M betragen. Hiervon sind über 170 000 M Überschuß des „Vorwärts“, 50 000 M Überschuß der „Vorwärts“-Buchhandlung und 54 000 M Überschuß der drei an deren im Parteieigentume stehenden Organe, „Wahrer Jacob“, „Neue Zeit“ und „Gleichheit“, während die erst in der Berichtszeit auf die Partei übergegangene „Kommunale Praxis“ noch nichts abgeworfen hat. Die Einnahmen aus den Parteibeiträgen haben sich in der gleichen Zeit auf fast 571 000 M belaufen, zu denen wieder die Berliner und die Hamburger Organisation am meisten beigetragen haben. Freilich sind auch die Ausgaben, insbesondere für den Wahlkampf, ganz besonders hoch gewesen, weshalb sogar der Reservefonds bis zur Höhe von 150 000 M in Anspruch genommen werden mußte. Gleichwohl sind die Kassenverhältnisse der Partei noch immer so günstig, wie die keiner anderen sozialdemokratischen Partei der Welt, so daß, nachdem der Nimbus geschwunden ist, den unsere Sozialdemokratie bisher durch die - jetzt arg zusammengeschmolzene - Zahl ihrer Reichstagsmandate überall im Auslande genoß, sie dortselbst immer noch wenigstens wegen ihres starken finanziellen Rückhalts als vorbildlich betrachtet wird. Hervé war freilich in Stuttgart so boshaft, gerade mit Rücksicht auf diese günstige finanzielle Lage die deutsche Partei als „Zahlmaschine“ zu bezeichnen; aber er vergaß, daß zum Kriegführen Geld, Geld und nochmals Geld gehört.

In Belgien steht die politische Sozialdemokratie<sup>137</sup> in engster Verbindung mit den Gewerkschaften. Erstere wird vom Parteivorstande geleitet, an der Spitze der letzteren amtiert die Generalkommission. Darüber aber schwebt der aus den Vertretern beider Organisationen zusammengesetzte „Generalrat der belgischen Arbeiterpartei“ und die Zen-

Belgien

136 Friedrich Stampfer (1874-1957), Journalist; Sozialdemokrat, 1900-1902 Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, 1903-1916 Herausgeber einer rechtssozialdemokratischen „Privatkorrespondenz“, 1916-1919 Chefredakteur des „Vorwärts“. Vgl. Fricke, Handbuch (1987), Bd. 1, S. 650 ff.

137 Die Belgische Arbeiterpartei (Parti Ouvrier Belge) ging auf dem belgischen Arbeiterkongreß im April 1885 in Brüssel aus der Verbindung der 1879 gegründeten Belgischen Sozialistischen Partei (Parti Socialiste Belge) mit gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen hervor. Sie konstituierte sich endgültig am 16./17. August 1889 auf dem Kongreß in Antwerpen. Ihr im wesentlichen reformistisches Programm konzentrierte sich auf die Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts, auf Arbeitsschutzforderungen und Sozialgesetzgebung. Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 1, S. 303 f.

trakkasse, zu der beide Organisationsgruppen beizutragen haben. In der Berichtszeit hat nun unter Beihilfe der politischen Sozialdemokratie die *Generalkommission* ihre Funktionen erweitert. Sie führt jetzt den Titel „Generalkommission der belg. Arb.-Partei und der unabhängigen Gewerkschaften“. Letztere sind ihr nämlich in großer Anzahl beigetreten und nur die anarchosozialistischen Gewerkschaften, insbesondere die Diamantschleifer und die *Confédération Générale du Travail* haben von dieser Anschlußmöglichkeit keinen Gebrauch gemacht, sondern in der *Confédération syndicale* einen Konkurrenzverband geschaffen. Dieses Bestreben, auch nicht sozialistische Kreise in ihren Bann zu ziehen, um dadurch mit der gesamten Arbeiterbewegung des Landes Fühlung zu gewinnen, tritt gerade bei der belgischen Sozialdemokratie besonders hervor. So hält sie auch über das Genossenschaftswesen ihre schirmende Hand und konnte im Jahre 1907 auf das 25jährige Bestehen des von ihr begründeten Brüsseler Volkshauses zurückblicken, das mit seinen 6 Schwesterhäusern, 25 Filialen, 4 Fleischereien, mehreren Bäckereien und Kohlenlagern, Unterstützungs- und Krankenkassen, Bibliotheken und Konsumvereinen eine sehr beachtenswerte Schöpfung darstellt. Das gleiche gilt von der durch die belgische Arbeiterpartei vorbereiteten Lebens- und Volksversicherung *La Prévoyance sociale*, zu welcher das Kapital von den politischen und gewerkschaftlichen Vereinen, den Genossenschaften und den sonstigen Arbeiterkorporationen aufgebracht wird.

Auch im politischen Kampfe ist die Sozialdemokratie dieses Landes einsichtig genug, sich nicht in klassenkämpferischer Manier nur auf sich selbst zu stellen. Das Wahlbündnis, in dem sie nun schon seit Jahren mit der bürgerlichen Opposition steht, hat sie gemäß dem Beschlusse des im April 1907 stattgehabten Parteikongresses<sup>138</sup>, welcher über dasselbe den einzelnen „Regionen“ zu entscheiden überließ, auch bei den letzten Kommunalwahlen fast durchweg aufrechterhalten, wodurch sie eine nicht unbeträchtliche Vermehrung ihrer zu einem eigenen Verbands vereinigten Kommunalvertreter erzielte. In anderer Beziehung ist sie ebenfalls, wenn nicht erheblich, so doch immerhin etwas vorgeschritten. Sie zählt jetzt ungefähr 150 000 organisierte Mitglieder und kann ihre 7 täglich erscheinenden Blätter in der zwar nicht großen, aber immerhin gestiegenen Auflage von 130 000 Exemplaren erscheinen lassen. Politisch radikaler als sie, aber auch bedeutend einseitiger, ist ihre jetzt in 121 Ortsgruppen mit insgesamt weit über 5 000 Köpfen organisierte „Junge Garde“,<sup>139</sup> die nur eine Forderung des sozialistischen Programms, den Kampf gegen den Militarismus, diesen aber, übrigens mit Unterstützung der liberalen Jugend, um so fanatischer und nachdrücklicher betreibt. Sie steht, wie ihr in der Berichtszeit abgehaltener Kongreß<sup>140</sup> beweist, fast auf Herveïstischem Standpunkte, indem sie den Widerstand durch Arbeitsniederlegung

138 Der Kongreß der belgischen Sozialdemokratie fand am 31. März und 1. April 1907 statt. Anwesend waren 489 Delegierte, die 327 Gruppen vertraten. Der Kongreß rief die lokalen Organisationen auf, eine Sammlungskampagne für das allgemeine Wahlrecht und die gewerkschaftliche Organisation zu beginnen. Vgl. zum Kongreß Vorwärts, 6. April 1907, und *Le Peuple*, Nr. 91-93, Brüssel 1.-3. April 1907. In: BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Tit. 94 Lit. B Nr. 336 Bd. 25, Bl. 84, 86 und 88.

139 Die Junge Garde (*Jeunes Gardes Socialiste*) ging aus den Ende 1886 in Gent und Brüssel gegründeten sozialistischen Jugendorganisationen hervor. Als selbständige belgische Jugendorganisation mit einem föderalistischen, sehr lockeren Charakter war sie ein gleichberechtigter Teil der belgischen Arbeiterbewegung. Ihre Mitglieder förderten besonders unter den Rekruten die antimilitaristische Agitation. Sie gab das antimilitaristische Agitationsblatt „*Le Conscrit*“ heraus, das 1907 in einer Auflage von 125 000 Exemplaren (80 000 in französischer, 45 000 in vlämischer Sprache) verbreitet wurde. Vgl. *Internationale Organisation* (1907), S. 5-19.

140 Der nationale Kongreß der Jungen Garde tagte am 19. und 20. Mai 1907 in Gent. Vgl. hierzu Vorwärts, 1. Juni 1907.

und Dienstverweigerung auch bei einem Verteidigungskriege fordert, und ist bei den letzten Auslosungen oder Gestellungen, wie früher, in demonstrativer Weise durch die Straßen der großen Städte, insbesondere Brüssels und Gents, gezogen, dabei an die Wehrpflichtigen antimilitaristische Flugschriften verteilend. Solche Schriften sind jüngst wiederum in etwa 140 000 Exemplaren zur Verbreitung gekommen. Die Wirksamkeit der jungen Garde ist zur Zeit dadurch beeinträchtigt, daß es ihr nach Beschneidung der Kompetenz ihres Nationalrates und bei der stets zunehmenden Dezentralisation an der nötigen Einheitlichkeit fehlt.

Die etwa 1800 kathedersozialistischen Fabier,<sup>35</sup> die gemäßigt sozialdemokratische Independent Labour Party (I.L.P.),<sup>141</sup> welche in der Berichtszeit die Zahl ihrer Kommunalmandate auf über 800 erhöht hat, und die anfangs 1906 aus dem Labour Representation Committee<sup>142</sup> hervorgegangene Arbeiterpartei (Labour Party,<sup>143</sup> L.P.), in welcher die I.L.P. eine große Rolle spielt, bilden das Zentrum der englischen Arbeiterbewegung. In diese hat die L.P., der in buntem Gemische Gewerkschaften, sozialistische Organisationen, unabhängige Lokalvereine und Kooperativgenossenschaften mit jetzt etwa einer Million Mitgliedern angehören, ein neues Element, eine selbständige parlamentarische Arbeitervertretung hineingebracht. Während früher die als Arbeitervetreter gewählten Parlamentarier teils der konservativen, teils der liberalen Fraktion beitraten, der sich jetzt noch 25 von ihnen zurechnen, besitzt das Unterhaus seit 1906 eine eigene Arbeiterfraktion,<sup>144</sup> die nach mehreren für sie glücklichen Ersatzwahlen, bei denen ein Kandidat sogar auf Grund eines ausgesprochen sozialdemokratischen Programms gewählt wurde, sich gegenwärtig auf 32 Mitglieder beläuft, aber trotz eines Erfolg versprechenden Anfangs parlamentarischen Lorbeer noch nicht hat pflücken können. Ihre Versuche, jene 25 liberalen Arbeiterdeputierten wenigstens in Arbeiterfragen zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen mit ihr zu gewinnen, sind bisher gescheitert; sie sollen aber nach einem Beschlusse der jüngsten Tagung der I.L.P. demnächst wieder aufgenommen werden.

England

Hat auch die L.P. mit der Konstituierung dieser selbständigen Parlamentsfraktion der Arbeiter sich weit von den Bahnen des bisherigen Trade-Unionismus entfernt, so hat sie sich doch bislang noch nicht der Sozialdemokratie verschrieben. Nach der Auffassung ihrer

141 Die im Januar 1893 auf einer Konferenz in Bradford gegründete Independent Labour Party setzte sich aus ehemaligen Mitgliedern der Social Democratic Federation, der Fabian Society, der alten und neuen Trade-Unions und anderer sozialistischen Vereinigungen zusammen. In ihrem Programm, das als Ziel der Bewegung eine „industrielle Republik auf Grundlage der Vergesellschaftung des Bodens und Kapitals“ (zit. nach: Vorwärts, 23. April 1895) fixierte, standen ökonomische und soziale Forderungen im Mittelpunkt. Politische Forderungen, wie allgemeines Wahlrecht und Abschaffung des Oberhauses, wurden durch eine allgemeine Erklärung umgangen. Friedrich Engels hatte bei der Gründung der Partei die Hoffnung geäußert, sie werde sich zum marxistischen Gegenpol gegenüber der sektiererischen Social Democratic Federation entwickeln. Jedoch bereits in den neunziger Jahren geriet die Independent Labour Party in reformistische Gleise und überschätzte die Möglichkeiten des parlamentarischen Kampfes. Vgl. zu dieser Partei David Howell, *British Workers and the Independent Labour Party 1888-1906*, Manchester-New York 1983.

1907 war die Partei mit sieben Mitgliedern im Parlament vertreten, bestand aus 600 Sektionen und hatte 845 Vertreter in den Lokalverwaltungen. Organ der Partei war der „Labour Leader“.

142 Das Labour Representation Committee (Arbeitervvertretungskomitee) wurde am 27. Februar 1900 in London gegründet. In ihm waren sowohl die Gewerkschaften als auch ILP und die Social Democratic Federation vertreten. Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 2, S. 232 f.

143 Auf der Jahreskonferenz des LRC vom 15. bis 16. Februar 1906 erfolgte die Umbenennung in Labour Party.

144 Seit Januar 1906. Kern der Fraktion waren 29 Vertreter, die dem LRC angehörten, u.a. James Keir Hardie, David James Shackleton und Ramsay MacDonald.

Begründer und Leiter soll sie keiner einzelnen Richtung, sondern der gesamten englischen Arbeiterschaft dienen. Auf ihrem im Januar 1907 zu Leeds stattgehabten Kongresse<sup>145</sup> lehnte sie es daher erneut ab, sich auf ein bestimmtes Arbeitsprogramm festnageln zu lassen, und verwarf, mit freilich nur geringer Mehrheit, einen zweiten, ebenfalls von sozialistischer Seite eingebrachten Antrag, nach welchem die L.P. als ihr Endziel anerkennen solle, dem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit dadurch zu sichern, daß an Stelle des Kapitalismus die gesellschaftliche Beherrschung der Produktionsmittel gesetzt werde. Mit der Annahme dieses Antrages wäre die Partei in die Botmäßigkeit der Sozialdemokratie geraten, was von den anderen Beschlüssen jenes Kongresses (Achtstundentag, Altersversorgung, allgemeines Wahlrecht für Männer und Frauen usw.) sich nicht ohne weiteres behaupten läßt, da ähnliche Forderungen auch auf Kongressen der Trade-Unions gefaßt worden sind. So wie die Dinge jetzt liegen, ist es indessen nicht ausgeschlossen, daß die L.P. über kurz oder lang doch noch vor der Sozialdemokratie Kotau macht oder machen muß.

Auf dem rechten Flügel der Arbeiterbewegung Englands stehen die unpolitischen Trade-Unions mit einer Mitgliedschaft von ein und einer halben Million. Obleich sie durch die L.P. sehr an Bedeutung und Ansehen verloren haben, machen sie ihrer Nebenbuhlerin trotzdem keine erheblichen Schwierigkeiten und sind gern bereit, in Einzelfragen mit ihr zusammenzugehen. Dagegen hält sich der sehr schwache linke Flügel der Bewegung, die „Sozialdemokratische Föderation“ (S.D.F.)<sup>146</sup>, noch immer nicht nur von den Trade Unions, sondern auch von der L.P. und ihren Trabanten, der I.L.P. und den Fabiern, fern. Die S.D.F., welche im Jahre 1907 56 neue Zweigorganisationen gegründet haben will, aber nur 125 Kommunalvertreter hat und sich über die Zahl ihrer organisierten Mitglieder in ein bedeutungsvolles Schweigen hüllt, ist derartig auf den klassenkämpferischen Marxismus eingeschworen, daß sie sogar gegen die Zulassung der L.P. zum Stuttgarter Kongresse protestierte und in dem Bewußtsein, hinsichtlich der Wahrung des Dogmas turmhoch über allen anderen Organisationen Englands zu stehen, sich von dem Forum des dortigen praktisch-politischen Kampfes mehr und mehr zurückzieht. Um so eifriger ist sie dagegen in der abstrakt-politischen, internationalen Betätigung. Sie läßt sich deshalb, so wenig sie auch auf britischem Boden zu sagen hat, kaum eine im Auslande sich bietende Gelegenheit entgehen, bei der sie die Entrüstung oder Begeisterung des gesamten englischen Proletariats, gegebenenfalls auch telegraphisch, in tönenden Worten Ausdruck geben kann, und hat aus ihren Kreisen heraus sogar versucht, bei der Anwesenheit Seiner Majestät des Deutschen

145 Der 7. Jahreskongreß der Labour Party tagte nicht in Leeds, sondern vom 24. bis 27. Januar 1907 in Belfast. Vgl. W(ilhelm) Kulemann, Die Berufsvereine. Erste Abteilung: Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder, zweite völlig neu bearb. Aufl., Vierter Band, Berlin 1913 (im folgenden: W. Kulemann, Die Berufsvereine), S.96 f.

Der Kongreß nahm folgende von Keir Hardie begründete Resolution an: „Der Jahreskongreß der Arbeiterpartei, der 1 000 000 Arbeiter vertritt, sendet Grüße an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands und an die Vertreter der Sozialisten und Arbeiter Rußlands. Wir beglückwünschen Sie zu ihren prächtigen Leistungen, die sie bis jetzt aufzuweisen haben, und wünschen Ihnen besten Erfolg bei den Wahlen.“ (Vorwärts, 31. Januar 1907).

146 Die Gründung der Social Democratic Federation erfolgte Anfang August 1884. Dieser vor allem von Henry Mayers Hyndman geleiteten Vereinigung gehörte neben Reformisten und Anarchisten auch eine Gruppe revolutionärer Sozialdemokraten an, die auf den Positionen des Marxismus standen und den linken Flügel der sozialistischen Bewegung in England bildeten. 1907 wurde die Social Democratic Federation in Sozialdemokratische Partei umbenannt; letztere bildete im Jahre 1911 gemeinsam mit linken Kräften der Unabhängigen Arbeiterpartei die British Socialist Party.

Kaisers<sup>147</sup> in England eine Demonstration gegen diesen ins Werk zu setzen, die freilich mit Recht dem Fluche der Lächerlichkeit anheim gefallen ist.

Während die S.D.F. immer mehr verknöchert, ist durch die L.P. ein überraschend frischer Geist in die schon etwas grämlich gewordene englische Arbeiterbewegung gekommen, der aber nicht nur in ihr selbst neue Kräfte ausgelöst, sondern nunmehr auch die Konservativen und Liberalen zu einer Frontstellung gegen diese Bewegung, und zwar wegen ihres nicht mehr zu verkennenden wachsenden sozialistischen Einschlags geführt hat. Bei den letzten Kommunalwahlen ist diese Gegnerschaft noch nicht besonders stark zum Ausdrucke gekommen, obwohl bei den Londoner Grafschaftswahlen die Munizipalsozialisten, die dort bisher das Übergewicht hatten, von den das Privateigentum verteidigenden Munizipalreformern vollständig geschlagen worden sind.<sup>148</sup> Desto lebhafter aber hat sie sich in der bürgerlichen Presse bemerkbar gemacht und ihre Chancen für einen Erfolg sind nicht gering, weil der englischen Arbeiterschaft, mit Ausnahme der reinen Gewerkschaftsblätter, in der Provinz überhaupt keine Zeitungen und in London außer der wenig volkstümlichen „Justice“<sup>149</sup> von der S.D.F. nur ein sehr gelehrtes Fabierblatt „New Age“<sup>150</sup> und der „Labour Leader“<sup>151</sup>, das Organ der I.L.P., zur Verfügung steht. Ein sozialistisches Tageblatt ist in England überhaupt nicht vorhanden.

Die sozialistische Jugendbewegung Großbritanniens hat Sonntagsschulcharakter.<sup>152</sup>

- 
- 147 Wilhelm II. (1859-1941), 1888-1918 König von Preußen und Deutscher Kaiser, besuchte vom 10. November bis 12. Dezember 1907 England. Es kam zu Protesten gegen den Besuch des Kaisers und am 13. November 1907 nach einem Festmahl in der Guildhall in Tower Hill, an dem Wilhelm II. teilnahm, zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitslosen.
- 148 Bei den Londoner Grafschaftswahlen am 2. März 1907 gewannen die Konservativen (Gemäßigte) 534 509, die Progressisten, die bis 1904 in der Mehrheit waren, 397 368 Stimmen. Vgl. Th. Rothstein, Der Londoner Grafschaftsrat und die Märzahlen. In: Die Neue Zeit, 25. Jg., 1906/1907, 2. Bd., S. 86 ff. Der „Vorwärts“ vom 6. März 1907 kommentierte das Wahlergebnis mit den Worten: „Der Londoner Bürger wird - ganz wie der deutsche Michel - nicht eher einsehen, welche Dummheit er beging, daß er den konservativen Gemäßigten zum Siege verhalf, als ihm von den Männern des neuen Kurses die Rechnung präsentiert werden wird.“ Die Grafschaft London zählte 1907 4,5 Millionen Einwohner. Der Grafschaftsrat ist mit dem Stadtrat von London gleichzusetzen.
- 149 Die Wochenzeitung „Justice“, Organ der Social Democratic Federation, ab 1907 der Social Democratic Party, erschien von 1884 bis 1925 in London. Herausgeber der Zeitung war von 1884 bis 1912 Harry Quelch (1858-1913), einer der führenden Vertreter der neuen Trade-Unions und des linken Flügels der englischen Sozialisten.
- 150 „The New Age“, Wochenblatt der Fabier, erschien ab 1894, schrieb im Geiste der Lehre Tolstojs und vertrat ethische Forderungen.
- 151 „The Labour Leader“, englische Monatsschrift, gegründet 1887 von Keir Hardie unter dem Titel „The Miner“, erschien in Edinburgh 1890 unter dem Titel „The Labour Leader“ als Organ der schottischen Arbeiterpartei, seit 1893 als offizielles Organ der Independent Labour Party. Ab 1894 erschien sie wöchentlich. Von 1887 bis 1904 war Keir Hardie Redakteur dieser Zeitschrift.
- 152 Die Socialist Sunday Schools waren hauptsächlich Bildungsinstitute für Kinder, die ihnen, nach dem Statut, „Grundsätze des Sozialismus und der Ethik beibringen [sollen], zugleich mit den Elementen der Selbstkontrolle, des Selbstbewußtseins und der Solidarität“. 1907 waren etwa 2 500 Kinder und 700 Erwachsene zahlende Mitglieder von Sonntagsschulen. Vier Bezirksföderationen - eine schottische und drei englische - bildeten die Socialist Sunday School Union mit dem Sitz in Glasgow. Seit 1901 erschien das Bulletin „The Young Socialist“, das im Januar 1907 in eine Monatsschrift umgewandelt wurde. Vgl. Internationale Organisation (1907), S. 58 ff.

Frankreich

Die trotz aller in ihr wirksamen Gegensätze und trotz auseinanderstrebenden Tendenzen äußerlich noch immer „geeinigte“ sozialistische Partei Frankreichs<sup>153</sup> hat auf ihren Kongressen zu Limoges<sup>154</sup> und Nancy<sup>155</sup>, im November 1906 und August 1907, sich im wesentlichen mit drei Fragen befaßt, dem Verhalten der Partei zur Regierung, der Stellungnahme zu den Gewerkschaften und der Art des Eintretens für der Antimilitarismus.

Die ministerielle Politik und die des Zusammengehens mit den Linksliberalen wird nur noch von den sogenannten „unabhängigen Sozialisten“ fortgesetzt, aus deren Mitte die beiden Briand<sup>156</sup> und Viviani<sup>157</sup> hervorgegangen sind. Die Fraktion der „geeinigten“ Partei hat sich von diesem „Abirren auf opportunistische Bahnen“ freigehalten und ist unter dem Einflusse des Ministeriellen Jaurès in der Berichtszeit tatsächlich derartig oppositionell gewesen, daß Clemenceau<sup>158</sup> von ihrer Seite überhaupt nichts denn Angriffe erfahren hat. Ein gewisses Aufsehen erregte hierbei die mehrtägige Redeschlacht zwischen ihm und Jaurès über die Möglichkeit einer friedlich evolutionistischen Umwandlung der jetzigen Gesellschaft in eine sozialistische, wobei sich zeigte, daß auch Jaurès, der doch nun schon seit vielen Jahren in der vordersten Reihe der französischen Sozialdemokratie kämpft, irgendwelche Klarheit über das beregte Problem weder zu verbreiten vermochte, noch überhaupt selbst besaß. Insbesondere blieb er eine bestimmte Antwort darauf schuldig, ob die

- 
- 153 Gemeint ist die am 25. April 1905 in Paris gegründete Vereinigte Sozialistische Partei (Parti Socialiste. Section Française de l' Internationale Ouvrière/SFIO). Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 2, S. 434. In dieser Partei waren verschiedene sozialistische Strömungen auf der Basis einer Charta zusammengefaßt.
- 154 An dem Parteitag zu Limoges vom 1. bis 4. November 1906 nahmen 289 Delegierte teil. Im Mittelpunkt stand zunächst die Debatte über das durch den Gewerkschaftskongreß von Amiens (Vgl. Anmerkung 159 zu dieser Übersicht.) bedrohte Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Der Parteitag nahm mit 148 gegen 130 Stimmen eine von Jean Jaurès eingebrachte Resolution an, in der ein enges, freundschaftliches Verhältnis zu den Gewerkschaften und deren möglichst große Selbständigkeit betont wurde. Heftige Auseinandersetzungen brachen zum Tagesordnungspunkt über die Taktik im Falle eines Krieges aus. Während Hervé jede Kriegserklärung durch Generalstreik und Insurrektion beantwortet wissen wollte, lehnte Guesde jede Agitation gegen den Militarismus ab, weil dieser mit der Beseitigung des Kapitalismus von selbst verschwinden würde. Der Parteitag einigte sich auf eine von Jaurès und Vaillant vorgeschlagene vermittelnde Resolution, die im Kriegsfall zum Einsatz aller Mittel aufforderte und den Positionen Hervés entgegenkam. Vgl. W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. 4, S. 210; Claude Willard, Geschichte der französischen Arbeiterbewegung. Eine Einführung. Hrsg. von Heinz-Gerhard Haupt/Peter Schöttler, Frankfurt am Main-New York 1981 (im folgenden: Willard, Geschichte der französischen Arbeiterbewegung), S. 111 ff.
- 155 Auf dem Parteitag in Nancy vom 11. bis 15. August 1907 wurde erneut um das Verhältnis zur Konföderation und zu dem von Hervé vertretenen Antimilitarismus gestritten. Während er in der Gewerkschaftsfrage weiterhin völlig unbestimmt blieb, bestätigte er mit 1960 zu 1171 Stimmen die von Jaurès/Vaillant in Limoges eingebrachte Resolution und kam so den Positionen Hervés noch mehr entgegen. Vgl. W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. 4, S. 210 f.; Chr. Rappoport, Der Kongreß der Sozialistischen Partei in Nancy. In: Die Neue Zeit, Jg. 25, 1906/1907, Bd. 2, S. 817 ff.
- 156 Aristide Briand (1862-1932), Rechtsanwalt; französischer Staatsmann, arbeitete anfangs an sozialistischen Zeitungen mit, wurde 1902 Abgeordneter und 1906 aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen, war ab 1906 mehrmals Minister, Juli 1909 - Februar 1911, Januar - März 1913, Oktober 1915 - März 1917, Januar 1921 - Januar 1922, November 1925 - Juli 1926 Ministerpräsident, betrieb nach 1918 Politik der Verständigung mit Deutschland und war maßgeblich am Zustandekommen des Locarno-Paktes 1925 beteiligt, wofür er 1926 den Friedensnobelpreis erhielt.
- 157 René-Raphaël Viviani (1863-1925), französischer Advokat, Journalist und Politiker; 1893 Deputierter, gehörte zur Gruppe der Unabhängigen Sozialisten und war 1904 Mitbegründer der „L' Humanité“, 1906 Austritt aus der Sozialistischen Partei; seit 1906 war er wiederholt Minister und 1914/15 Ministerpräsident.
- 158 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), französischer Politiker; 1906-1909 und 1917-1920 Ministerpräsident, trat für harte Friedensbedingungen ein, zog sich nach seiner Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen von 1920 aus dem aktiven politischen Leben zurück. Vgl. H. Mordacy, Le Ministère Clemenceau, 4 Bde., Paris 1930/1931; D. R. Watson, George Clemenceau, London 1974; Günther Fuchs/Hans Henseke, Georges Clemenceau. Eine politische Biographie, Berlin 1983.

Expropriierung der Produktionsmittel gegen Entschädigung erfolgen solle oder ohne eine solche. Das den Amsterdamer Beschlüssen entsprechende, um jeden Preis antiministerielle Verhalten der Fraktion ist zwar von beiden oben genannten Kongressen der Partei gebilligt worden, hat letztere aber, worüber alle glänzenden Reden nicht hinwegtäuschen können, parlamentarisch in so hohem Maße vereinsamt und kraftlos gemacht, daß gegen Ende der Berichtszeit aus ihrer eigenen Mitte heraus der Wunsch nach dem Wiedereintritt der Fraktion in den alten Block der Radikalen, Radikalsozialisten und „Unabhängigen Sozialisten“ von neuem rege wurde und in einer von 18 einflußreichen Parteimitgliedern unterzeichneten öffentlichen Erklärung seinen Ausdruck fand. Da jedoch der „Nationalrat“ der Partei auf dem Posten war und gegen die Disziplinlosigkeit dieser „Demonstranten“ sofort energisch einschritt, so ist jener „Wunsch“ bis auf weiteres wieder in der Versenkung verschwunden.

Die französischen Gewerkschaften, welche lokalistisch in den Arbeitsbörsen und deren Föderation, zentralistisch in der Confédération Générale du Travail zusammengeschlossen sind, stehen auf revolutionär-syndikalistischem Boden und gewinnen mit ihrer Predigt der Gewalt und dem Ungestüm ihrer Agitation immer mehr Anhang unter ihren heißblütigen, ungeduldigen Volksgenossen, denen die parlamentarische Aktion zu langsam geht und die bekanntlich zum Revolutionieren stets sehr leicht bereit sind, wie der in der Berichtszeit ausgebrochene Winzeraufstand wieder deutlich bewiesen hat. Unter diesen Umständen wäre die Partei, wenigstens zu der Confédération Générale, gern in ein engeres, föderalistisch auszugestaltendes Verhältnis getreten. Da aber letztere gerade mit Rücksicht auf dieses Liebeswerben auf ihrem Herbstkongresse zu Amiens (1906)<sup>159</sup> für sich die vollständige Unabhängigkeit von jeder politischen Organisation proklamiert hatte, so blieb der Partei bei ihrer Tagung zu Limoges nichts anderes übrig, als aus der Not eine Tugend zu machen. Man verwarf zwar die Auffassung, daß die Gewerkschaften allein das Proletariat zum Siege führen könnten, erklärte dann aber, daß die notwendige doppelte Aktion, nämlich die des politischen Sozialismus und die gegebenenfalls bis zum Generalstreik zu treibende ökonomische, vielleicht gerade bei völlig selbständigem Nebeneinander beider Organisationen am wirksamsten sei. Dieselbe Resignation atmete die fast gleichlautende Entschließung des Nancyer Kongresses, welche später als Antrag Frankreichs zu dem Punkte der Tagesordnung „Stellung der politischen Partei zu den Gewerkschaften“ auf dem Stuttgarter Kongresse der Internationale eingebracht, dort aber von den Delegierten aller anderen Staaten

---

159 Der Kongreß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes tagte vom 8. bis 13. Oktober 1906 in Amiens. Auf ihm waren 55 Verbände mit 991 Organisationen durch 300 Delegierte vertreten. Nach dem Geschäftsbericht gehörten der Konföderation am 31. Mai 1906 203273 zahlende Mitglieder in 61 Verbänden mit 2399 Fachvereinen an. Hinzu kamen 110 Arbeitsbörsen, denen 1349 Gewerkschaften angeschlossen waren. Er verabschiedete ein als „Charta von Amiens“ bekannt gewordenes Programm des revolutionären Syndikalismus, wonach sich die Gewerkschaftsbewegung „nicht um Parteien und Sekten zu kümmern [habe], denen es außerhalb oder neben der Gewerkschaftsbewegung freisteht, für die soziale Veränderung einzutreten“. Der Kongreß bekannte sich zur Action directe und zum Generalstreik als Mittel der gesellschaftlichen Umgestaltung, beschloß, die antimilitaristische Agitation noch energischer als bisher zu betreiben, brach die Beziehungen zum Internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen ab und bedeutete insgesamt gesehen einen Höhepunkt in der Entwicklung des Syndikalismus. Vgl. W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. 4, S. 225 ff.; Adolf Braun, Die Gewerkschaften vor dem Kriege, 2. Aufl., Berlin 1921, S. 160 f.; ders., Syndikalistische Gewerkschaftstaktik. In: Der Kampf (Wien), 1. Jg. (1907/1908), S. 318-323; Willard, Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, S. 110 ff.

glatt abgelehnt wurde.<sup>160</sup> Gleichwohl wird ihr in Frankreich noch immer nachgelebt. Die Confédération, deren Führer, sich nicht gescheut haben, in den ihnen zur Verfügung gestellten Teilen der parteioffiziösen, Jaurèschen „l' Humanité“<sup>161</sup> gegen die Partei selbst zu hetzen, nimmt auf letztere gar keine Rücksicht, und von der durch die Internationale geforderten gegenseitigen moralischen Förderung und Unterstützung in bezug auf diese beiden Organisationen bisher nichts zu bemerken gewesen.

Der Kampf gegen den Militarismus dürfte eine Krisis für die „geeignete“ Partei heraufbeschwoeren. Ein Teil von ihr hält treu zu Hervé, der in seinem fast anarchistischen Blatte „La Guerre Sociale“<sup>162</sup> geradezu zügellos wütet, die Soldaten nur noch als Banditen und Gurgelabschneider bezeichnet und ihnen neulich wünschte, sie möchten „auf den Wegen Marokkos ebenso zu Tausenden verrecken, wie ihre Vorgänger auf den Wegen Madagaskars krepirt sind“. Um dieser und ähnlicher stilistischen Leistungen willen ist Hervé vor kurzem zu der höchsten zulässigen Strafe von einem Jahre Gefängnis und 3000 M Geldstrafe verurteilt worden. Eine andere Gruppe der Partei, welche um Guesde, den französischen Kautsky, geschart ist, kämpft unermüdlich gegen diese Exaltationen und die histerische Taktik der Hervéisten an; sie weist ihr gegenüber immer wieder auf das marxistische Programm hin, in dem auch die antimilitaristische Frage bereits definitiv geregelt sei. Die Bekämpfung des Kapitalismus, die Verweigerung der Militär- und Kolonialkredite und die Ersetzung der stehenden Heere durch Volkswehren, das seien die einzig brauchbaren Mittel, den Militarismus niederzuringen. Das Guesdesche, erst jüngst entstandene Blatt „Socialisme“<sup>163</sup> und der Broussetsche<sup>164</sup> „Prolétaire“<sup>165</sup> dienen dieser gemäßigten Anschauung als Sprachrohr. Beide Parteikongresse, der zu Limoges wie der zu Nancy, haben gezeigt, daß die Hauptmasse der Partei unter Führung von Vaillant eine vermittelnde Stellung einnimmt. Sie hält, wie auch die Stuttgarter Tagung hat erkennen lassen,<sup>166</sup> zur Verhütung eines Krieges jedes Mittel, sogar den Massenstreik und den Aufstand für angebracht, geht also über die Guesdisten hinaus, lehnt aber andererseits den Hervéismus grundsätzlich ab, wengleich sie sich bisher zur Ausstoßung Hervés aus der Partei noch nicht entschließen konnte. Letzterer hat nämlich nicht nur in den ländlichen Bezirken, sondern auch in der Confédération, deren Organ „Voix du Peuple“<sup>167</sup> radikal antimilitaristisch ist, und vor allem in den Arbeiterbörsen großen persönlichen Anhang. Gerade diese Börsen verbreiten seine berüchtigte Broschüre „Leur Patrie“ in Menge, sind an den Gestellungstagen mit der von ihm beliebten Maßlosigkeit antimilitaristisch tätig und setzen ihren Ehrgeiz darein, innerhalb der Kasernen möglichst viele jener kleinen Zettel anzukleben, die mit ihren echt

---

160 Vgl. S. 7 f.

161 „L' Humanité“, sozialistische Tageszeitung, 1904 von Jean Jaurès gegründet, erschien in Paris, wurde später Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs.

162 Das halbanarchistische Wochenblatt „La Guerre Sociale“ erschien ab 19. Dezember 1906 in Paris. Herausgeber war Gustave Hervé. Im 1. Weltkrieg ging das Blatt in die ultrapatriotische Tageszeitung „Victoire“ über.

163 Das Blatt „Le Socialisme“ erschien von 1907 bis Juni 1914.

164 Gemeint ist Paul-Louis-Marie Brousse (1844-1912), französischer kleinbürgerlicher Sozialist, Teilnehmer der Pariser Kommune, führendes Mitglied der Fédération jurassienne, Mitglied der französischen Arbeiterpartei 1879, später führender Vertreter der Possibilisten.

165 „Le Prolétaire“ erschien als Wochenzeitung der Possibilisten ab April 1885 in Paris.

166 Vgl. S. 8 ff.

167 Die Wochenschrift „La Voix du Peuple“, Organe de la Confédération Générale du Travail, erschien vom 1. Dezember 1900 bis 1940 in Paris. Redakteur war Émile Pouget.

hervéistischen Aufschriften: „Das Vaterland ist das Geldspind der Kapitalisten. Nur Selbstsucht und Haß haben ein Vaterland, die Brüderlichkeit hat keins! Besser auf einen französischen General, als auf einen ausländischen Soldaten schießen“ u.a. den Gipfelpunkt der Verhetzung erreichen. Übrigens hat die antimilitaristische Propaganda in Frankreich, der selbstverständlich auch die dortigen Anarchisten eifrig obliegen, schon böse Früchte gezeitigt und eine, wie es scheint, recht bedenkliche Lockerung der Heeresdisziplin herbeigeführt. Es sei hier an das meuterische Verhalten des 17. Regiments beim Winzeraufstande und ferner an jene 40 Mann des 7. Dragonerregiments erinnert, die einen ihnen verweigerten Urlaub ohne Erlaubnis antraten und gleich auf längere Zeit ausdehnten, sowie an die befremdliche Gewohnheit der Pariser republikanischen Garde, bei ihr nicht genehmen Arbeiten stundenlang die „Internationale“ zu singen. In dieses Kapitel gehören auch die häufigen „Anrempelungen“, welche sich in Provinzstädten mit starker sozialistischer Bevölkerung Offiziere durch Soldaten gefallen lassen müssen, das Halten antimilitaristischer Vorträge durch Reserveoffiziere und jene bekannte Weigerung eines solchen, bei einer festlichen Parade die Fahne des Regiments zu tragen. Die Zahl der Deserteure der französischen Armee hat im Jahre 1898 im Monatsdurchschnitt noch 390, im Jahre 1905 schon 650 und im Jahre 1906 bereits 840 betragen. Da jedoch die Regierung nunmehr gewillt ist, den antimilitaristischen Umtrieben kräftiger als bisher entgegenzutreten und jeden einzelnen derartigen Agitator in gleicher Weise wie die Anarchisten unter dauernde Beobachtung nimmt, so dürfte dieses staatsgefährdende Treiben allmählich an Lebhaftigkeit verlieren.

Fortschritte hat die „geeinigte“ Sozialdemokratie in der Berichtszeit nicht gemacht. Sie verfügte auf dem Kongresse zu Limoges über 54 000 Mitglieder, hat aber auf dem zu Nancy nur noch etwa 48 000 aufzuweisen gehabt und soll seitdem noch weitere Verluste gehabt haben. Auch die Abonnentenzahl ihres Parteiorgans, der Wochenschrift „Socialiste“,<sup>168</sup> ist von 3300 auf 3000 gesunken und die täglich erscheinende „Humanité“ stand bereits vor dem Zusammenbruch, als man sie in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln begann. Von dem hierzu nötigen Kapitale von 125 000 Franken sind jedoch erst 55 000 aufgebracht, und zwar stammt die Hälfte dieser Summe aus der Kasse der deutschen Sozialdemokratie. Jedenfalls befindet sich zur Zeit die französische Partei in einer keineswegs günstigen Situation<sup>169</sup> und auch die dortigen Jugendorganisationen leiden immer mehr unter innerer Schwäche. Von den „Geeinigten“ zurückgestoßen, schwankten sie ohne festen Rückhalt zwischen Syndikalisten, Hervéisten und Anarchisten her und hin und sind schließlich im Fahrwasser des reinen Antimilitarismus angelangt.<sup>170</sup>

---

168 „Le Socialiste“, Wochenzeitung, gegründet von Jules Guesde, theoretisches Organ der Französischen Arbeiterpartei, erschien von 1885 bis 1915 in Paris, seit 1902 Organ der Sozialistischen Partei Frankreichs, seit 1905 der Sozialistischen Partei (SFIO); in den achtziger und neunziger Jahren war Friedrich Engels Mitarbeiter dieser Zeitung.

169 Innerhalb der Sozialistischen Partei verstärkte sich der Einfluß der CGT und damit des Syndikalismus in der Partei. Die syndikalistischen Sozialisten verfochten die Priorität der Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterbewegung. Vertreter dieser Richtung war u.a. Georges Sorel mit seinem 1908 veröffentlichten Hauptwerk „Gedanken über die Gewalt“ (deutsch 1928).

170 Diese Einschätzung bestätigt im Prinzip auch der Bericht des Sekretariats der Internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen vom August 1907. Vgl. Internationale Organisation (1907), S. 39 f.

Holland

Trotzdem die radikalen Marxisten der Niederlande,<sup>171</sup> darunter van der Goes<sup>172</sup>, Grother<sup>173</sup>, die Roland-Holst<sup>174</sup> und der jetzt dauernd in Deutschland aufhältliche Pannekoek<sup>175</sup> nach der ihnen ungünstigen Utrechter Resolution vom April 1906<sup>176</sup> sich offiziell in den Schmollwinkel zurückgezogen hatten, haben sie sich doch keine Gelegenheit entgehen lassen, den revisionistischen Parteivorstand und die ebenso gesonnene Kammerfraktion, die beide den weitaus größten Teil der holländischen Sozialdemokratie hinter sich haben, öffentlich auf die rücksichtsloseste Weise des Verrates an den geheiligten Forderungen des Programms zu zeihen und ihnen, wo es nur ging, Steine in den Weg zu legen.<sup>177</sup> Dies geschah z.B. bei der Parlamentsberatung des Krankenversicherungsgesetzes, das von der

- 
- 171 Vgl. Henny Buiting, *Richtingen en partijstrijd in de SDAP. Het ontstaan van de Sociaal-Democratische Partij in Nederland (SDP)*, Amsterdam 1989; ders., *Marx-Rezeption in De Nieuwe Tijd, 1896-1921*. In: *Die Rezeption der Marx'schen Theorie in den Niederlanden*. Hrsg. von Marcel van der Linden = *Schriften aus dem Karl-Marx-Haus*, Nr. 45 =, Trier 1992 (im folgenden als: *Die Rezeption*), S. 150 ff.; Hans Manfred Bock, *Neuere Forschungen zur Holländischen Marxistischen Schule*. In: *IWK*, 24. Jg., Dezember 1988, H. 4, S. 516-538.
- 172 Frank van der Goes (1859-1939), Soziologe; schloß sich 1890 dem Sozialdemokratischen Bund an, 1894 Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande, Übersetzer des ersten Bandes des Marx'schen „Kapitals“ ins Niederländische, redigierte 1909 bis 1919 die marxistische Zeitschrift „Het Weekblad“.
- 173 Grother. Gemeint ist Herman Gorter (1864-1927), holländischer Dichter und Publizist; führender Vertreter des marxistischen Flügels in der holländischen Sozialdemokratie, 1907 Mitbegründer der Zeitung „De Tribune“, im ersten Weltkrieg Internationalist. Vgl. Herman de Liagre Böhl, *Herman Gorter. Zijn politieke activiteiten van 1909 tot 1920 in de opkomende kommunistische beweging in Nederland*, Nijmegen 1973; Gottfried Mergner, *Der Politiker als Dichter: Herman Gorter. Die Marxismus-Rezeption in der Dichtung Herman Gorters*. In: *Die Rezeption*, S. 124-149.
- 174 Henriette Roland-Holst van der Schalk (1869-1952), holländische Schriftstellerin; Sozialistin, in der proletarischen Frauenbewegung tätig, war 1914 Vertreterin revolutionärer Auffassungen, wurde 1918 Mitglied der Kommunistischen Partei Hollands, wandte sich um 1925 einer religiös-sozialistischen Lebensanschauung zu.
- 175 Anton Pannekoek (1873-1960), holländischer Astronom; seit 1902 Sozialdemokrat, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande, 1906 Lehrer an der zentralen Parteischule in Berlin, Mitarbeiter der „Neuen Zeit“ und der „Bremer Bürgerzeitung“, 1907 einer der Gründer der Zeitung „De Tribune“, 1909 Ausschuß aus der Sozialdemokratischen Partei der Niederlande, seit 1910 mit den deutschen Linken eng verbunden, während des ersten Weltkrieges an der Herausgabe der Zeitschrift „Vorboten“, dem theoretischen Organ der Zimmerwalder Linken, beteiligt, Zusammenarbeit mit der KAPD, 1920 Ausschuß aus der Komintern, Mitbegründer der Kommunistischen Arbeiterpartei der Niederlande, führender Vertreter der Rätekommunisten in den Niederlanden. Vgl. Anton Pannekoek, *Herinneringen. Herinneringen uit de arbeidersbeweging. Sterrenkundige herinneringen*, Amsterdam 1982. Über Pannekoek: John Gerber, *Anton Pannekoek and the Socialism of Worker's Self-Emancipation 1873-1960*, Dordrecht-Boston-London 1989; Hans Manfred Bock, *Anton Pannekoek in der Vorkriegs-Sozialdemokratie. Berichte und Dokumente*. In: *Jahrbuch Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte*, Bd. 3, Frankfurt am Main 1975, S. 103-167.
- 176 Vgl. *Dokumente aus geheimen Archiven*, Bd. 2, S. 508 f. Auf dem Utrechter Parteitag vom 15.-17. April 1906 war es zu innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen dem Parteivorstand und der Parlamentsfraktion gekommen. Pieter Jelles Troelstra versuchte nachzuweisen, daß die parlamentarische Arbeit die einzige Aufgabe der Partei sei. Sozialdemokratische Parlamentarier könnten nicht blinde „Vollstrecker“ der Anweisungen der Parteiführung sein. In einer Resolution wurde der Kampf zwischen den Parteirichtungen als Kampf zwischen Persönlichkeiten dargestellt und gefordert, die Einheit der Partei nicht anzutasten. Der Beschluß stieß auf den starken Widerstand des marxistischen Flügels, der sich ebenfalls heftig dagegen wehrte, reformistischen Vorschlägen zu einer Änderung des Parteiprogramms zuzustimmen und in der Programmkommission mitzuarbeiten. Aus Protest traten die Marxisten aus dem Parteivorstand aus. Alle Zentralorgane der Partei waren nun in den Händen der Revisionisten um Troelstra. Vgl. dazu Frank van der Goes, *Die beiden Tendenzen in Holland und der Parteitag zu Utrecht*. In: *Die Neue Zeit*, 24. Jg., 1905/1906, 2. Bd., S. 252 ff.
- 177 Eine wichtige Rolle in den Auseinandersetzungen mit dem Parteivorstand und dem Parteiorgan spielte die im Oktober 1907 von Anton Pannekoek gegründete Zeitung „De Tribune“. Sie wurde zum Organ der linksradikalen Marxisten in der SDAP und teilte das marxistische Lager in Pro- und Antitribunisten. Vgl. Henny Buiting in: *Die Rezeption*, S. 156.

Fraktion und dem revisionistischen Zentralorgan der Partei als brauchbar empfohlen war, den Orthodoxen aber als der Inbegriff alles Verwerflichen erschien, weil es nicht sämtliche Minimalforderungen erfüllte. Auch die Frage des Frauenwahlrechts bot eine solche Gelegenheit. Die Nörgler verlangten, daß es in der ganzen programmatischen Schärfe und in vollem Umfang gefordert werden müßte, während die Fraktion, das Erreichbare ins Auge fassend, weniger radikal vorgehen wollte und Troelstra<sup>178</sup>, der Vorsitzende des Parteivorstandes, sogar so ketzerisch war, die Berechtigung des Frauenwahlrechts überhaupt in Zweifel zu ziehen, da die holländische Frau noch viel zu sehr vom Beichtvater abhängt und in viel zu veralteten Anschauungen befangen sei, als daß sie dieses Recht zugunsten der Sozialdemokratie verwenden werde. Einen weiteren Anlaß zur marxistischen Polemik gab dann der kecke Versuch Troelstras, eine Revision der allgemeinen Grundsätze des Parteiprogramms vorzubereiten. Nun wurden die Dogmenwächter mehr als rabiat, beriefen sich darauf, daß die Initiative zu einer derartigen Revision nicht vom Parteivorstande, sondern nur vom Parteitage ausgehen dürfe und lehnten, soweit sie von Troelstra in die Revisionskommission berufen wurden, den Eintritt in diese unter Protest ab. Doch die Kommission trat auch ohne sie zusammen und setzte unter Verwerfung aller Programmsätze, deren Zuverlässigkeit im Laufe der Entwicklung zweifelhaft geworden war, mit derartigen Umänderungsvorschlägen ein, daß, wenn sie in diesem Sinne weiter gearbeitet hätte, von der bisherigen theoretischen Grundlage des Sozialismus nicht mehr als einige winzige Restchen übriggeblieben wären.

Unter diesen Umständen blieb es dem Ende März 1907 zu Haarlem abgehaltenen Parteitage<sup>179</sup> nicht erspart, sich wieder ausschließlich mit dem inneren Parteihader beschäftigen zu müssen. Die Absicht der Mehrheit, diesmal mit den die Aufhebung der Utrechter Resolution fordernden Marxisten endgültig abzurechnen, kam jedoch nicht zur Ausführung, da diese nach tagelangen, anfangs sehr erregten Wortkämpfen zu rechter Zeit selbst einlenkten, indem sie auf die öffentliche Herausgabe einer von ihnen gegen Troelstra verfaßten Kampfbroschüre verzichteten und durch den Mund der Roland-Holst die Erklärung abgaben, in Zukunft bei ihren Kritiken an den leitenden Organen vorsichtiger sein zu wollen. Das Ergebnis der Tagung war schließlich die Bestätigung der Troelstraschen Revisionskommission, in die einzutreten van der Goes, Grother<sup>173</sup> und die Holst nunmehr nochmals aufgefordert wurden, eine Resolution, die zwar das Recht zur Kritik proklamiert, aber zur Vermeidung jeder unnötigen Schärfe ermahnt,<sup>180</sup> und eine Erklärung,<sup>181</sup> in deren erstem Teile festgestellt wird, daß die marxistischen Störenfriede ihre Vorwürfe gegen den Parteivorstand nicht beweisen könnten, und in deren zweitem Teile die Behauptung von einer Scheidung der Partei in zwei Gruppen, von denen die eine „die richtige Einsicht und Taktik habe“, die andere aber „nach der bürgerlichen Seite hin abweiche“, als ungerechtfertigt bezeichnet

---

178 Pieter Jelles Troelstra (1860-1930), niederländischer Politiker, 1893 Mitglied des Sozialdemokratischen Bundes der Niederlande, von 1894 bis 1925 führendes Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Niederlande, 1897-1925 Vorsitzender der Parlamentsfraktion der Sozialdemokratischen Partei.

179 Vgl. Vorwärts, 31. März, 3., 4. und 6. April 1907. Der 13. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei fand vom 31. März bis 2. April 1907 in Haarlem statt. Auf ihm wurden die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten fortgesetzt. Herman Gorter sprach über die Taktik der Partei und Pieter Jelles Troelstra hielt dazu das Korreferat. Die Marxisten (Herman Gorter, Henriette Roland-Holst u.a.) vermochten es nicht, die Mehrheit der Parteimitglieder zu gewinnen. Sie waren in erster Linie Theoretiker und nicht Pragmatiker in der Parteiarbeit.

180 Vgl. den Text in: Ebenda, 4. April 1907.

181 Vgl. den Text in: Ebenda.

wird. Damit sind die wirklich vorhandenen Gegensätze wieder einmal oberflächlich über-  
tüncht worden.

Diese Zwistigkeiten haben indessen die Aktion der Partei und ihre fortschreitende Ent-  
wicklung nicht wesentlich zu hemmen vermocht; jene galt fast ausschließlich dem Kampf  
um das allgemeine Wahlrecht, in welchem man von dem Mittel großer Protestversammlun-  
gen und häufig wiederholter Straßendemonstrationen reichlich und durch andere  
Umstände begünstigt,<sup>182</sup> insofern nicht ganz erfolglos Gebrauch machte, als das liberale  
Ministerium de Meester,<sup>183</sup> welches, um sich zu behaupten, mit der siebenköpfigen sozialde-  
mokratischen Fraktion der zweiten Kammer rechnen mußte, im Oktober 1907 einen ziem-  
lich radikalen Wahlgesetzentwurf einbrachte, der sogar den Frauen das Wahlrecht in vollem  
Umfange einräumen wollte. Ehe jedoch dieser Entwurf Gesetz geworden war, trat das  
gesamte Ministerium infolge der Verweigerung des Militärbudgets zurück und damit ent-  
schwand auch er den Blicken. Die Partei zählt jetzt 8500 Mitglieder, also um 1000 mehr  
als im Beginn der Berichtszeit. Sie verfügt ferner, abgesehen von dem täglich erscheinenden  
„Het Volk“,<sup>184</sup> über noch 9 Wochenblätter, hat gute Resultate bei Wahlen für die Provinzial-  
staaten<sup>185</sup> erzielt und konnte die Zahl ihrer Gemeindevertreter von 43 auf 99 bringen. Letz-  
tere haben sogar einen eigenen Verein sozialdemokratischer Gemeinderatsmitglieder  
gegründet, ein eigenes Organ herausgegeben und ein Informationsbüro für kommunale  
Angelegenheiten errichtet. Auch der auf sozialistischem Boden stehende Jugendverband De  
Zaaier ist vorwärts gekommen. In seinen 45 Ortsvereinen haben sich etwa 1000 Mitglieder  
zusammengefunden. Er ist noch selbständig, wird aber auf Drängen des Parteivorstandes  
demnächst seine Selbständigkeit aufgeben müssen und in der Form örtlicher Bildungssek-  
tionen in die Partei eingereiht werden. Er nimmt praktisch an der Agitation nicht teil, son-  
dern hat angeblich nur Bildungszwecke, obwohl seine von der Roland-Holst in 1500 Exem-  
plaren herausgegebene Verbandszeitung auch antimilitaristische Aufsätze in gemäßigter  
Form bringt.<sup>186</sup> Ganz besonders wichtig für die Partei ist der große Aufschwung, welchen  
die von ihr geschaffene neue Zentrale der niederländischen Gewerkschaftsbewegung,<sup>187</sup> der  
Verband der Fachvereinigungen, genommen hat, der jetzt nach zweijährigem Bestehen  
schon 18 Gewerkschaften in 297 Ortsabteilungen mit 27 000 Mitgliedern, also mit beinahe

---

182 Bereits 1906 fanden große Wahlrechtsdemonstrationen statt. Am 27. Januar wurde ein Niederländisches Komitee für das allgemeine Wahlrecht gegründet. Am 12. August 1907 nahmen in Amsterdam 4 500 Arbeiter an einem Meeting für das allgemeine Wahlrecht teil. In den Kampf für das allgemeine Wahlrecht war auch die Propaganda für das Frauenwahlrecht einbezogen. So tagte am 30. März 1907 eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauenagitationsklubs Hollands.

183 Das liberale Ministerium de Meester amtierte vom 14. Juli 1905 bis 7. Februar 1907. Theodor Hermann de Meester (1851-1919), niederländischer Politiker, Ministerpräsident.

184 Das Parteiorgan „Het Volk“ erschien von April 1900 bis 1918 täglich in Amsterdam.

185 Die Wahlen für die Provinzialstaaten fanden am 11. Juni 1907 statt. Die holländische Sozialdemokratie erreichte ein befriedigendes Wahlergebnis.

186 Auf dem zweiten Verbandstag des niederländischen Jugendverbandes De Zaaier am 20. Mai 1907 in Gouda waren 15 Vereine mit 436 zahlenden Mitgliedern vertreten. Auf der Tagung wurde erneut deutlich, daß der Parteivorstand eine selbständige Jugendorganisation in der Partei nicht anerkennen wollte, ganz zu schweigen von ihrer Entwicklung zu einer Kampforganisation. Vgl. Internationale Organisation (1907), S. 49 ff.

187 Gemeint ist der dem Internationalen Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen angeschlossene Nederlandsch Verbond van Vakverenigingen. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den 1. Januar 1907. Bis zum 1. Januar 1908 erhöhte sich die Zahl der nun in 24 Gewerkschaften organisierten Mitglieder auf 32 270. Vgl. Fünfter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1907. Hrsg. von dem internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen (im folgenden: ... Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung ...), Berlin 1909, S. 32.

8000 mehr als Mitte 1906, umschließt und über kurz oder lang auch noch die letzten 3000 Mann an sich ziehen dürfte, die noch bei der stark zerschossenen Fahne des anarchistisch geleiteten Niederländischen Arbeitersekretariats ausharren.

Die Einheit der italienischen Sozialdemokratie ist wiederum in die Brüche gegangen. Auf dem Bologneser Kongresse des Jahres 1904<sup>188</sup> waren die Reformisten dem vereinten Ansturm der Integralisten und der radikalen Intransigenten unterlegen. Der vom 7. bis 11. Oktober 1906 in Rom abgehaltene Parteitag<sup>189</sup> ließ eine völlige Verschiebung der Sachlage zutage treten. Die Reformisten waren inzwischen numerisch stärker geworden als die Intransigenten und letztere, für welche jetzt allgemein der Name Syndikalisten aufgekommen ist, immer tiefer in die Verherrlichung des Generalstreiks, in die Diskreditierung sowohl der parlamentarischen Aktion wie der sozialen Gesetzgebung und in die hervéristische Propaganda hineingeraten, so daß die Integralisten unter Ferri<sup>190</sup> nunmehr nach rechts hinüber rückten. Ihre auf dem Romer Kongresse mit Hilfe der Reformisten angenommene, dem Fortbestehen der Einheit geltende Resolution war hauptsächlich gegen die Taktik der Syndikalisten gerichtet und erkannte sogar die zu Bologna so sehr getadelte ministerielle Politik der Parlamentsfraktion im Falle der Übereinstimmung der Fraktionsmajorität mit derjenigen des Parteivorstandes als zulässig an. Auch in bezug auf den Antimilitarismus zog man in Rom mildere Seiten auf. Bis zur Erreichung eines Gesetzes, das für Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit die Neutralität der Truppen ausdrücklich festlegt, will man durch Aufklärung dahin wirken, daß die Armee bei solchen Anlässen die Waffen nicht gegen die Arbeiter richte, letztere aber ihrerseits die Soldateska nicht durch ungeschicktes oder herausforderndes Benehmen zum Waffengebrauche reizen. Von den viel weitergehenden Forderungen der Syndikalisten machte man sich keine einzige zu eigen und ebnete schließlich den nach Bologna aus der Partei ausgetretenen revisionistischen Gruppen zum Wiedereintritt in diese bereitwilligst den Weg. Der Kongreß zu Rom bedeutete also auf der ganzen Linie einen Sieg der Reformisten. Anfänglich fanden sich die Unterlegenen ohne Murren mit den veränderten Verhältnissen ab. Sie ließen ihre Organe eingehen und fügten sich in anscheinend loyalster Weise dem Willen der Parteimehrheit, bis plötzlich zwei kurz darauf neu entstandene syndikalistische Blätter, der Mailänder „Lotta di Classe“<sup>191</sup> und die von Leone<sup>192</sup> geleitete Tageszeitung „Azione“<sup>193</sup>, mit den heftigsten Angriffen gegen das Zen-

Italien

188 Vgl. Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 2, S. 389 f.

189 Vgl. Vorwärts, 4., 9.-14., 16. und 19. Oktober 1906. Der IX. Parteitag der Italienischen Sozialistischen Partei war geprägt von innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen Reformisten, Syndikalisten und Integralisten. Die Auseinandersetzungen zwischen Reformisten und Syndikalisten führten dazu, daß die Integralisten, die sich für eine allmähliche Er kämpfung der Macht aussprachen, an Einfluß gewannen. Die Reformisten unterstützten die Integralisten, um die Spaltung der Partei zu vermeiden, wodurch die Offensive der Syndikalisten zurückgeschlagen werden konnte. Der Resolutionsentwurf der Integralisten erhielt vier Fünftel aller Stimmen (26 947). Die sozialistische Partei stellte als „ihre allgemeinen Prinzipien auf: die Sozialisierung der Produktionsmittel als Endzweck, den Klassenkampf als Methode und die Auffassung von dem schrittweisen Werden des Sozialismus im Innern selbst der bürgerlichen Gesellschaft.“ Zit. in: Oda Olberg, Der Parteitag in Rom. In: Die Neue Zeit, 25. Jg., 1906/1907, Bd. 1, S. 183.

190 Enrico Ferri (1856-1929), italienischer Jurist und Soziologe; Deputierter des italienischen Parlaments, seit 1893 Mitglied der Italienischen Sozialistischen Partei, führender politischer und theoretischer Vertreter der Integralisten, später auf bürgerlichen Positionen, die sich dem Faschismus annäherten.

191 „La Lotta di Classe“, syndikalistische Wochenzeitung, erschien ab Januar 1907 in Mailand.

192 Enrico Leone (1875-1940), italienischer Sozialist und Journalist, Herausgeber der Tageszeitung „L' Azione“.

193 „L' Azione“, syndikalistische Tageszeitung, erschien ab Ende Dezember 1906 in Rom. Herausgeber war Enrico Leone.

tralorgan der Partei, den Ferrischen „Avanti“,<sup>194</sup> den Parteivorstand und die Majorität begannen. Gerade als diese Angriffe bis zur Siedehitze gediehen waren, kam das Gerücht auf, die „Azione“ sei von der Regierung oder doch von bürgerlichen Politikern gegründet worden und werde von diesen nur deshalb unterhalten, um nunmehr noch nachträglich die Partei zur Spaltung zu bringen. Die Parteileitung ordnete daraufhin alsbald eine hochnotpeinliche, vielleicht nicht ganz unparteiische Untersuchung an, deren Ergebnis die Aufforderung an alle Parteimitglieder war, sofort jede Verbindung mit der „Azione“ abubrechen. Dieser Aufruf hatte eine unerwartete Wirkung. Die Syndikalisten erklärten nämlich offen, für ihr Blatt weiter tätig sein zu wollen, beriefen einen selbständigen Kongreß nach Rom,<sup>195</sup> auf dem (Juli 1907) 38 Parteisektionen, 55 syndikalistische Gruppen, 25 Jugendorganisationen und beinahe 500 Gewerkschaftsabteilungen vertreten waren, stellten dort ein gemeinsames revolutionäres, anarchosozialistisches Programm auf und konstituierten den Austritt aller Syndikalisten aus der Partei als Pflicht. Dieser „Pflicht“ wurde unverzüglich Folge geleistet und dann mit Beschleunigung die Bildung einer Föderation der ausgetretenen Gruppen und Einzelmitglieder in Angriff genommen.

Dem Ausscheiden der radikalen Elemente aus der hierdurch auf etwa 35000 Mitglieder reduzierten Partei folgte einige Zeit später der Austritt derselben Elemente aus der Confederazione del Lavoro, dem im Jahre 1906 gegründeten Zentralverbande der italienischen Gewerkschaften,<sup>196</sup> der, von Anfang an die provinziellen Berufsverbände vor den lokalistischen Organisationen der Arbeiterkammern bevorzugend, zu der Partei in enge Beziehungen getreten war. Man hatte sich über die gegenseitige Kompetenz geeinigt, die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen erörtert und ferner für bestimmte Fragen die Teilnahme von Verbandsvertretern an den Vorstands- oder Fraktionssitzungen der Partei in Aussicht genommen. Diese wachsende Annäherung beider Organisationen hatten die syndikalistischen und revolutionären Gewerkschaftler innerhalb der Confederazione mit steigendem Ingrimme verfolgt. Zündstoff war in Menge vorhanden, und der äußere Anstoß zur Explosion ließ nicht lange auf sich warten. Gelegentlich eines vorübergehenden Krawalls in Mai-

---

194 Die Tageszeitung „Avanti“, Zentralorgan der Italienischen Sozialistischen Partei, wurde im Dezember 1896 in Rom gegründet. Mitarbeiter waren zu dieser Zeit so hervorragende italienische Sozialisten wie Enrico Ferri, Filippo Turati und Andrea Costa. Später erschien das Blatt auch in Mailand und Turin.

195 Der Kongreß der italienischen Syndikalisten fand nicht in Rom, sondern in Ferrara statt. Zu dem Kongreß schrieb der „Vorwärts“ am 9. Juli 1907: „Ein Rückblick auf die Beschlußfassungen von Ferrara macht es klar, daß der Austritt aus der Partei eine *logische Lösung* war. Der Syndikalismus hat sich seit dem Parteitag von Rom immer mehr zu einem verworrenen Neugewerkschaftertum entwickelt, in dem eine Handvoll junger Akademiker die Hauptrolle spielen. Diese Leute mögen es sehr ehrlich meinen, aber ihr ästhetisches Gefallen an der revolutionären Geste, der Umstand, daß sie selbst sozial ent wurzelt sind, deklassiert, erfüllt von dem Sensationsbedürfnis junger Leute mit reizbaren oder kranken Nerven, bringt es mit sich, daß ihnen das Verantwortungsgefühl abgeht für das was sie tun, oder richtiger: andere tun lassen. Diese Charakterisierung trifft nicht für *alle* Akademiker zu, die in der syndikalistischen Bewegung tätig sind, wohl aber für diejenigen, welche sie effektiv *führen*, wenn diese sich auch anderer Persönlichkeiten als Aushängeschild bedienen. ... Einen *erziehlchen* Einfluß hat er (der Syndikalismus - Die Bearbeiter) bis jetzt auf diese Massen nicht ausgeübt.

So sieht man die syndikalistische Fraktion nicht ungern aus der Partei scheiden.“ (Ebenda).

196 Die Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL) (Allgemeiner Italienischer Gewerkschaftsbund) wurde Ende September 1906 in Mailand gegründet. Diese Gründung stand unmittelbar im Zusammenhang mit der infolge der russischen Revolution und der beginnenden Wirtschaftskrise (1907/08) ansteigenden Streikwelle (1906: 1649 Streiks mit 381 624 Streikenden; 1907: 2168 Streiks mit 581 244 Streikenden). In der CGIL schlossen sich 700 gewerkschaftliche Organisationen mit ca. 250 000 Mitgliedern zusammen; somit erfaßte sie ein Drittel der organisierten Arbeiter in Italien. 1907 übernahm der Reformist Rinaldo Rigola (1868-1954) nach heftigen Auseinandersetzungen mit den Anarchosyndikalisten die Führung.

land hatten Eisenbahner aus Sympathie mitgestreikt. Als die bürgerliche Presse die Strafverfolgung der letzteren auf Grund des Gesetzes verlangte, das ihnen als Staatsbediensteten die Teilnahme an Ausständen verbietet, erklärte die syndikalistische Eisenbahnerorganisation, sie werde die Anwendung jenes Gesetzes mit dem Generalstreike beantworten. Schon begann sie mit den Vorbereitungen zu ihm, als die Confederazione in Verbindung mit dem Vorstände der politischen Partei *urbi et orbi* verkünden ließ, daß nach Lage der Sache die Eisenbahner eine völlige Niederlage erleiden müßten und deshalb die anderen Gewerkschaften gut daran täten, sich dem beabsichtigten Ausstände nicht anzuschließen. Hierdurch wurde zwar dieser selbst im Keime erstickt, die Erregung aber unter den blamierten Eisenbahnern und der anderen anarchosozialistischen Gefolgschaft der Confederazione so stark, daß sie alle sich sofort von ihr lossagten und Ende 1907 zu Parma im Verein mit gleichgesinnten unabhängigen, lokalorganisierten und ähnlichen Gruppen und Grüppchen eine neue, ureigene „syndikalistische Zentralorganisation der Gewerkschaften“ aus der Taufe hoben.

Beim Ausgang der Berichtszeit ist also die italienische Arbeiterbewegung in zwei große Lager geschieden, in das gemäßigt sozialdemokratische oder vielmehr evolutionistische, dem die geeint gebliebene Mehrheit der bisherigen Partei und die der Confederazione noch folgenden Gewerkschaften angehören, und in das syndikalistische oder revolutionäre Lager das voraussichtlich der Tummelplatz aller Radikalen und deshalb auch der Anarchisten werden wird. Und wie die Alten sangen, so zwitschern die Jungen. Die unter jenen zur Geltung gelangten Gegensätze, kamen auch in der Federazione Nazionale Giovanile Socialista,<sup>197</sup> dem Nationalverbande der sozialistischen Jugend, zum Durchbruch. Auf ihrem dritten Kongresse, der Ende März 1907 in Bologna abgehalten wurde, entbrannten zwischen der syndikalistischen Mehrheit und der integralistisch-reformistischen Minderheit derartig stürmische Konflikte, daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten und die Minorität kurzerhand dem Verbands Valet sagte, indem sie sich als Federazione Italiana Giovanile Socialista selbständig auftrat. Diese neue Föderation, die ein bereits vorhandenes Blatt „Die Junge Garde“<sup>198</sup> aus Reggio Emilia als ihr Organ übernahm und etwa 2500 Mitglieder stark ist, hat sich der Partei angeschlossen und hält sich bei ihrer Agitation im Rahmen des Parteiprogramms; ihre antimilitaristische Propaganda ist deshalb verhältnismäßig zahm und wagt sich in die Kasernen nicht hinein. Die in der alten Organisation, der Federazione Nazionale, verbliebenen 3000 Mann, die auch das alte Blatt „Gioventù Socialista“<sup>199</sup> in einer Auflage von 4000 Exemplaren weiterführen, sind durch Parteifesseln nicht beengt, spielen sich daher in jeder Hinsicht als Vertreter der schärferen Tonart auf, und wandeln mit ihrem Antimilitarismus fast völlig in Hervéschem Gleise, wenngleich auch sie, durch energisches Einschreiten der Regierung stutzig geworden, in letzter Zeit bei der Kasernenagitation und der Propaganda unter den bereits unter der Fahne stehenden Mannschaften größere Zurückhaltung gezeigt haben als früher.

197 Gegründet 1903. Der italienische Jugendverband wurde sehr von der anarchosyndikalistischen Richtung geprägt, besonders gestärkt durch die Auseinandersetzung mit dem Reformismus. Der Jugendverband spaltete sich auf dem Kongreß vom 24. bis 26. März 1907 in Bologna in einen syndikalistischen und einen integralistisch-reformerischen Flügel. Letzterer schloß sich der Italienischen Sozialistischen Partei an. Das wöchentlich erscheinende Organ wurde mit Hilfe der Partei herausgegeben.

198 „Le Giovani Guardie“ erschien trotz Hilfe der PSI unregelmäßig als Organ der Federazione Italiana Giovanile Socialista in Reggio-Emilia. An seine Stelle trat ab 1. September 1907 „L'Avanguardia“, Rom.

199 „La Gioventù Socialista“. Organo della Federazione Nazionale Giovanile Socialista, erschien ab 1903 in Mailand, 1907 zweimal monatlich in einer Auflage von 4000 Exemplaren.

Norwegen,  
Schweden und  
Dänemark

Die drei sozialdemokratischen Parteien der nordischen Staaten haben gemeinsame Züge. Obwohl sie zur Zeit den Kampf gegen das Heer stark in den Vordergrund stellen, verzichten sie doch auf die anderswo beliebten revolutionären Manieren. Ohne sich auf die marxistische Programmpolitik zu versteifen, welche die deutsche Sozialdemokratie so unfruchtbar macht, widmen sie sich zumeist praktischer Gegenwartsarbeit und haben es dadurch bewirkt, daß die Gewerkschaften mit der politischen Partei durch dick und dünn gehen können und daß die Waffenbrüderschaft zwischen diesen beiden Heerlagern der modernen Arbeiterbewegung in Norwegen, Schweden und Dänemark schon lange durch nichts beeinträchtigt worden ist. Auch der siebente skandinavische Arbeiterkongreß im September 1907,<sup>200</sup> der in Christiania die Delegierten der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisation aller drei Länder zusammen sah, bot deshalb ein Bild vollster Harmonie. Er empfahl die Gründung von Produktions- und Distributionsgenossenschaften, beschäftigte sich mit dem Gesinderechte, regte die Errichtung eines statistischen Büros an, plädierte für obligatorische gesetzliche Schiedsgerichte zur Entscheidung in Zwistigkeiten über die Auslegung eingegangener Tarifverträge, sprach sich für staatliche und kommunale Beihilfe zu einer Arbeitslosenversicherung aus, deren Träger die Gewerkschaften sein sollen, und verlangte Unterstützung für die Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter. Ferner wurde die Einführung des achtstündigen Arbeitstages in den staatlichen und kommunalen Betrieben gewünscht und schließlich eine Resolution angenommen, in der unter anderem unausgesetzte Arbeit gefordert wird zur Zurückdrängung des Militarismus, für den Schutz der Menschenwürde des Wehrpflichtigen und für die Begrenzung und Herabsetzung der Militärausgaben mit dem Endziel der Abrüstung und der internationalen Rechtsordnung. Die dem Kongresse vorgelegten Berichte lassen eine stetige Zunahme der sozialdemokratischen Bewegung in den drei nordischen Staaten erkennen.<sup>201</sup>

Die *norwegische* Partei zählt jetzt etwa 20 000 organisierte Mitglieder, läßt ihre 25 Parteiblätter in 40 000 Exemplaren erscheinen und hat durch die jüngsten Kommunalwahlen, bei welchen für sie über 50 000 Stimmen abgegeben wurden, nicht nur die Zahl ihrer Gemeindevertreter von 330 auf 1 100 steigern können, sondern auch in vielen Gemeinden die Mehrheit der Mandate und damit das Regiment selbst in die Hand bekommen. So angenehm die Partei durch dieses ihr selbst unvermutete Wahlergebnis überrascht worden

200 Der Kongreß tagte vom 6. bis 8. September 1907 in Christiania. Die Skandinavischen Arbeiterkongresse wurden seit 1886 zur gegenseitigen Verständigung und Abstimmung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaften in Dänemark, Finnland (seit 1907), Norwegen und Schweden durchgeführt. Auf dem Kongreß von 1907 waren ca. 500 000 organisierte Arbeiter vertreten. Vgl. Fünfter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1907, S. 80; Fricke, Handbuch (1987), Bd. 2, S. 857 f.

201 Die Zahl der in Christiania durch 486 Delegierte vertretenen sozialdemokratisch bzw. gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen betrug in Dänemark 120 000 bzw. 98 422, in Schweden 106 000 bzw. 214 574, in Norwegen 23 481 bzw. 33 965 sowie in Finnland 82 328 bzw. 25 179. Die sozialdemokratische Presse erreichte in Schweden eine Auflage von 151 000 und in Norwegen von 37 000 Exemplaren. Die Zahl der Parlamentssitze, die von den sozialistischen Parteien der drei Länder erobert wurden, betrug in Dänemark 24 von 114, in Schweden 15 von 230 und in Norwegen 10 von 123. In Dänemark waren in 150 Gemeinden 155 sozialdemokratische Gemeindevertreter wirksam, in Schweden 67 in 44 und in Norwegen 230 in 54 Gemeinden. - Bei diesen Angaben ist allerdings zu berücksichtigen, daß andere Quellen mit ihnen differieren können und dies auch für in den folgenden Abschnitten der Übersicht angegebene Zahlen zutrifft. Vgl. etwa G. Henriksson-Holmberg, Die Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung in Schweden. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, hrsg. von Carl Grünberg (Grünberg-Archiv), Sechster Jahrgang., Leipzig 1916 (m folgendem: Henriksson-Holmberg), S. 73; Fünfter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1907.

war, so unangenehm ist sie durch das Verhalten des ihr organisatorisch bisher noch nicht eingefügten, inzwischen auf 800 Mitglieder gestiegenen sozialistischen Jugendbundes berührt worden. Auf der letzten Tagung dieser Organisation im Mai 1907,<sup>202</sup> auf welcher sich ihre durchschnittlich zwanzigjährigen Politiker über den Generalstreik, den Parlamentarismus, den Antimilitarismus und die Verderblichkeit der Religion im Reden übten, waren nämlich nicht nur sozialistische, sondern auch anarchistische Anschauungen zum Vorschein gekommen, und wenn auch erstere die Überhand behielten, so standen die Beschlüsse der Konferenz immerhin in einem solchen Widerspruch mit den Forderungen der Partei, daß diese sich zum Einschreiten und dem Verlangen genötigt sah, der Jugendbund solle entweder als Ganzes oder doch in seinen einzelnen Ortsgruppen sich so in sie selbst einreihen, daß er ihren Instanzen und damit ihrem Programm unterstehe. Auf seiten der Jugendlichen hat man jedoch an die Erfüllung dieses Wunsches derartige Bedingungen geknüpft, daß bisher eine Einigung in dieser Frage noch nicht hat erzielt werden können.

Die *schwedische* Sozialdemokratie erfreut sich eines noch schnelleren Wachstums, Vor 10 Jahren hatte sie etwa 25 000 Anhänger, während ihr jetziger auf fast 200 Ortsgruppen (Arbeiterkommunen) verteilter Mitgliederbestand 100 000 beträgt, also fast halb soviel als derjenige aller schwedischen Gewerkschaften. Sie verdankt diese Zunahme zumeist der geschickten Propaganda ihrer in 150 000 Exemplaren zur Ausgabe gelangenden Presse und der mündlichen Werbearbeit ihrer beiden fest angestellten Agitatoren, die sich während der Berichtszeit der jetzt 10 000 Mann umfassenden Landarbeiterorganisationen mit besonderer Hingebung angenommen haben. Die im Jahre 1907 in mehreren Gegenden Schwedens entstandenen Streiks von Erntearbeitern<sup>203</sup> im Tagelohn sind auf diese sozialdemokratische Beeinflussung zurückzuführen und haben insofern Erfolg gehabt, als zum Beispiel an einer Stelle unter Mitwirkung des staatlichen Distriktsbeamten der Einzelvertrag beseitigt und mit der betreffenden Landarbeiterschaft ein vorläufig auf ein Jahr gültiger Tarifvertrag vereinbart und anderswo durch Einführung beiderseitiger Konventionalstrafen dem Einzelvertrage wenigstens eine größere Stabilität verliehen werden konnte. Mit großem, aber bald erlahmendem Eifer hat sich die schwedische Partei dem Wahlrechtskampfe gewidmet. Nachdem im November 1906 unter Bezugnahme auf die kommende Wahlrechtsagitation zu Sammlungen für den 1902 gegründeten Generalstreikfonds aufgefordert worden war und die erste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Schwedens Ende Januar 1907 feierlich verkündet hatte, daß an den bevorstehenden Aktionen auch die Frauen begeistert sich beteiligen würden, ließ der Parteivorstand im Februar 1907 in Massenversammlungen gegen den Wahlgesetzentwurf der Regierung<sup>204</sup> demonstrieren und wies unmittelbar darauf die Arbeiterkommunen an, eine allgemeine Abstimmung ihrer Mitglieder darüber vorzunehmen, ob sie behufs Durchführung der Wahlreform im Sinne des Vorschlags der – durch erfolgreiche Nachwahlen auf 17 Köpfe gestiegenen – sozialdemokratischen Kammerfraktion den politischen Massenstreik, und zwar noch im Jahre 1907, in Anwendung zu bringen wilens wären. Diese Abstimmung fiel bejahend aus. Inzwischen mußte aber wohl der Vorstand über seine eigene Kühnheit in Schrecken geraten sein; denn auf dem vom 24. bis

202 Der fünfte Verbandstag fand am 19. Mai 1907 zu Mysen statt.

203 Vgl. hierzu BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Tit. 94 Lit. S Nr. 1296, Bd. 4, Bl. 2 ff.

204 Die Regierung legte am 2. Februar 1907 den Entwurf der Wahlreform vor. Danach sollten für die Wahlen zur Zweiten Kammer das allgemeine Wahlrecht und das proportionale Wahlsystem eingeführt werden.

zum 27. April in Stockholm abgehaltenen außerordentlichen Parteikongreß,<sup>205</sup> in welchem das Abstimmungsergebnis bekanntgegeben wurde, erklärte man plötzlich, und zwar mit recht fadenscheiniger Begründung, daß sich die Sachlage verschoben habe und nicht mehr diejenige Stimmung vorhanden sei, die für einen Massenstreik unumgängliche Voraussetzung bilde. Man beschloß deshalb vorläufig von einem solchen abzusehen, ihn aber als gegebenenfalls später zu verwendende Waffe im Auge zu behalten und sich bis auf weiteres auf das Einsammeln von Beiträgen zu dem schon genannten Streikfonds zu beschränken,<sup>206</sup> ein Beschluß, der wahrlich in einem recht kläglichen Gegensatz zu dem stand, was nach dem Ausfalle jener Abstimmung zu erwarten war. Jedenfalls gelangte die hierbei zu kurz gekommene Energie auf den üblichen Maidemonstrationen des Berichtsjahres, die einen teilweise recht stürmischen Charakter annahmen, um so voller zur Betätigung. Gleich zahlenmäßig rasche Fortschritte wie die Partei hat auch der sozialdemokratische Jugendverband Schwedens gemacht, der jetzt gegen 17000 Mitglieder in sich vereinigt und dessen Organ „Fram“<sup>207</sup> sich zu einer Auflage von 45000 Exemplaren emporgeschwungen hat. Auf seinem Pfingstkongresse von 1907<sup>208</sup> wurde über die Bildungsfrage, die Abschaffung der Staatskirchen und vor allem über den Antimilitarismus verhandelt, zu dessen planmäßiger Propaganda besondere Distrikte errichtet und in diesen Militäragitationskomitees eingesetzt werden sollen. Der weitergehende Vorschlag, für einen Wehrpflichtsstreik zu wirken, verfiel ebenso der Ablehnung wie der Antrag auf Zusammenschluß mit dem jungsozialistischen Jugendverbände, einer frei sozialistischen Organisation, die dem Anarchismus näher steht als der Sozialdemokratie.

Auch die *dänische* Sozialdemokratie ist noch immer im Aufsteigen begriffen. Sie hat in der Berichtszeit die Mitgliederzahl der politischen Organisation bis auf 35000 und die der Gewerkschaften auf fast 100000 gebracht und gibt ihre aus 25 Tageszeitungen und 2 Wochenblättern bestehende Parteipresse nunmehr in einer täglichen Auflage von annähernd schon 100000 Exemplaren heraus, von denen allein 55000 auf das in Kopenhagen erscheinende Zentralorgan „Social-Demokraten“<sup>209</sup> entfallen. Auch die anderen Parteiunternehmungen, eine Brauerei, eine Schlächtereie und eine Brotfabrik stehen zur Zeit in vollster Blüte. Ihre Überschüsse sind für die in den letzten zwei Jahren erfolgten staatlichen oder kommunalen Wahlen verwendet worden. Diese haben fast durchweg für die Sozialdemokratie nicht ungünstig geendet. Nachdem sie im Mai des Jahres 1906 sich 24 der Folkething-sitze erobert hatte, gelang es ihr bei den im darauffolgenden September abgehaltenen Wah-

---

205 Vgl. Vorwärts, 4. Mai 1907.

206 Der Parteitag beschloß u.a., „die Parteigenossen zu ermahnen, mit aller Kraft - vor allem auch durch fortgesetzte Sammlung zum Massenstreikfonds - für eine solche Stärkung der Partei zu wirken, daß sie fortdauernd imstande ist, in ihrer Politik klaren Linien zu folgen, selbst wenn Kraftmaßregeln hierzu notwendig werden sollten.“ (Ebenda).

207 „Fram“, Monatsschrift des schwedischen Sozialdemokratischen Jugendverbandes Socialdemokratiska Ungdomsförbundet, erschien von 1903 bis 1912. An ihr wirkten auch bekannte Schriftsteller mit. Chefredakteure waren 1905-1909 Per Albin Hansson (1885-1946), 1909-1911 Otto Fredrik Ström (1880-1948) und 1911-1912 Gustav Möller.

208 Der zweite Nationalkongreß des 1903 gegründeten Sozialdemokratischen Jugendverbandes Schwedens fand vom 19. bis 22. Mai 1907 im Volkshaus in Stockholm statt. Der Jugendverband zählte im April 1907 304 Ortsvereine mit 14509 Mitgliedern. Hinzu kamen noch 58 andere mit etwa 2500 Mitgliedern, die in den letzten Monaten ihren Beitritt erklärt, aber noch keine Beiträge entrichtet hatten.

209 „Social-Demokraten“, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, erschien unter diesem Titel von 1872 bis 1959 als Tageszeitung in Kopenhagen. Redakteur war neben Knudsen in den neunziger Jahren und nach 1900 E. Wiinblad.

len zum Landthing ihrem bis dahin einzigen Mandate drei andere hinzuzufügen. Im Kopenhagener Stadtparlament ist die Sozialdemokratie schon seit langem die stärkste Fraktion. Außerdem besaß sie bisher in etwa 50 Provinzialstädten noch insgesamt 155 Kommunalvertreter. In der Berichtszeit hat sie nun hierzu noch mehr als ebensoviele Sitze in den Steuerkommissionen und Armenkassen dieser Städte hinzuerobert und auch auf den ländlichen Kommunalwahlen im Herbst 1906 ihren damaligen Besitz beinahe verdoppelt, so daß sie jetzt in rund 100 der 1100 bäuerlichen Kirchspiele etwa 400 ländliche Gemeindevertreter sich zurechnen kann. Diese Fortschritte sind zum großen Teil auf die Unterstützung der Gewerkschaften zurückzuführen, mit denen die Partei äußerlich dadurch verbunden ist, daß ihr Vorstand 2 Mitglieder in die gewerkschaftliche Zentraleitung und diese umgekehrt 2 Mitglieder in den Parteivorstand entsendet. Einen redlichen Anteil an dem Erfolge hat aber auch die Parlamentsfraktion der Partei, die mit den bürgerlichen Liberalen gemeinsame Sache gemacht und abgesehen von einigen demokratischen Ladenhütern (Antrag auf Abschaffung von Orden, Rang und Titeln) und den üblichen Anträgen auf Wahlreform sich, nicht ohne Nutzen, nur für wirklich erreichbare sozialpolitische Reformen ins Zeug gelegt hat. Dieser maßvollen Haltung der Partei entsprach es auch, daß sie dem in anarchistischen Allüren sich ergehenden freisozialistischen Jugendbunde im September 1906 eine eigene Gründung in Gestalt des sozialdemokratischen Jugendbundes<sup>210</sup> entgegenstellte, der ein Monatsblatt<sup>211</sup> in 20 000 Exemplaren erscheinen läßt und in 25 Ortsvereinen schon zusammen 1500 Mitglieder zählt. Er hat eine antimilitaristische Tendenz, entspricht aber in seinem Charakter völlig der eigentlichen politischen Sozialdemokratie Dänemarks und ist deshalb wie sie von zwecklosem Radikalismus verhältnismäßig frei. Letzteres gilt auch von dem in der Landeshauptstadt domizilierten sozialdemokratischen Lehrerverbände,<sup>212</sup> der sich die Durchführung des sozialistischen Programms auf dem Gebiete des Schulwesens zur Aufgabe gestellt hat, und von der neuesten Erscheinung der dänischen Arbeiterbewegung, der kürzlich auf Island gegründeten Arbeiterpartei.<sup>213</sup>

Seit dem 26. Januar 1907 hat Österreich für sein Abgeordnetenhaus das gleiche, direkte, geheime und allgemeine Wahlrecht. Das Kuriensystem, alle Wahlvorrechte und jeder Zensus sind aufgehoben. Wahlberechtigt aber, und wenn die Landesgesetzgebung es anordnet, wahlverpflichtet, ist jeder österreichische Staatsbürger, Frauen ausgenommen, der das 24. Lebensjahr zurückgelegt hat und in der Gemeinde, in der er sein Wahlrecht ausüben will, seit mindestens einem Jahre wohnt. Damit ist ein Kampfziel erreicht, dem die sozialdemokratische Gesamtpartei viel Schweiß geopfert hat.

Kurz vor Beginn der Berichtszeit war der wahlreformfreundliche Ministerpräsident Hohenlohe<sup>214</sup> aus dem Amte geschieden. Am 5. Januar 1906 wurden in ganz Österreich

Österreich-  
Ungarn

210 Am 16. September 1906 beschloß ein Kongreß von Jugendvereinen in Vejle die Gründung des dänischen Jugendverbandes Socialdemokratisk Ungdomsforbund.

211 „Fremad“ (Vorwärts), Organ und obligatorisches Mitgliedsblatt des dänischen sozialdemokratischen Jugendverbandes, erschien vom 1. Mai 1907 bis April 1910 als achtseitiges Monatsblatt und seitdem vierzehntäglich, 1912 mit einer Auflage von 7 000, 1907 von 2 000, nicht 20 000 Exemplaren. Vgl. Internationale Organisation ... (1907), S. 79.

212 Der Sozialdemokratische Lehrerverband wurde 1906 in Kopenhagen gegründet.

213 Das Programm der isländischen Arbeiterpartei stimmte im wesentlichen mit dem der internationalen Sozialdemokratie überein.

214 Konrad Prinz von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst (1863-1918), österreichischer Staatsmann, Ministerpräsident von April bis Mai 1906, Minister des Innern von November 1915 bis Oktober 1916, Finanzminister von Dezember 1916 bis Februar 1917.

sozialdemokratische Massenversammlungen abgehalten, in denen man jede Verschleppung oder Verschlechterung der Wahlreformvorlage mit dem Aufgebot der ganzen Kraft abzuwehren androhte. Als trotzdem im Wahlreformausschuß des Parlaments Stockungen eintraten, erklärte die Gesamtparteileitung der Sozialdemokratie am 10. Juni, daß, wenn die Dinge so weiter gingen wie bisher, in den allernächsten Wochen in Wien eine dreitägige Arbeitsruhe eintreten werde, welcher im äußersten Notfalle der allgemeine Massenstreik folgen solle. Hieran schloß sich am 12. Juni eine Konferenz der Vertrauensmänner sämtlicher Wiener Arbeiterorganisationen, am 14. Juni die Konferenz der sozialdemokratischen Landesorganisationen nebst dem gewerkschaftlichen Verbande und am 17. Juni eine von 15 000 Personen besuchte Massenversammlung, die im großen Saale des Wiener Rathauses stattfand. Bei diesen Kundgebungen wurde durchweg der Massenstreik in Aussicht gestellt, mit welchem bald darauf die Sozialdemokraten der deutschen Bezirke Böhmens selbständig vorgehen wollten, als durch das Verhalten einiger Abgeordneten wiederum im Ausschuß eine Verzögerung entstanden war. Erneut kam es dann zu sozialdemokratischen Protesten, nachdem das Herrenhaus, an das die Vorlage inzwischen gelangt war, durch Hineinziehung heterogener Dinge einen Aufschub herbeigeführt hatte. Zugegeben, daß alle diese Demonstrationen sowie die schon vor der Berichtszeit geschehenen groben Straßenexzesse der Sozialdemokratie die Annahme der Vorlage wirklich etwas beschleunigt haben,<sup>215</sup> so steht doch wohl andererseits fest, daß die Regierung sowohl bei der Einbringung des Wahlgesetzentwurfes wie bei dem unverbrüchlichen Festhalten an ihm aus vollkommen freier Entscheidung und nicht etwa unter dem Druck der Sozialdemokratie oder auch nur um derentwillen gehandelt hat, so daß es als ein verhängnisvoller Irrtum bezeichnet werden muß, unter Berufung auf Österreich zu glauben, daß überall lediglich durch Straßendemonstrationen und Massenstreikandrohungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erzwungen werden könne. Richtig dagegen ist es, daß das neue Wahlrecht Österreichs hauptsächlich der Sozialdemokratie zugute gekommen ist. Der erste Wahlgang brachte ihr 60 Sitze und die Stichwahlen, bei denen die Parole gegen Klerikale und Christlichsoziale ausgegeben worden war, noch weitere 27, so daß sie jetzt im ganzen bei einer für sie abgegebenen Stimmenzahl von mehr denn 1 000 000 insgesamt 87 Mandate innehat.<sup>216</sup> Die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Parlaments ist somit die zahlenmäßig größte sozialdemokratische Fraktion überhaupt, wenngleich sie nur etwa 1/6 aller Abgeordneten des Hauses stellt. Sie hat in sich einen deutschen (50 Mitglieder) und einen tschechischen (24 Mitglieder) Klub sowie eine polnische (6), eine italienische (5) und eine ruthenische (2) Gruppe gebildet, die zusammen den neuen parlamentarischen Verband der österreichischen Gesamtpartei ausmachen.<sup>217</sup> Dieser Verband, zu dessen Arbeitsprogramm folgende Forde-

215 Am 1. Dezember 1906 nahm das Abgeordnetenhaus mit 194 gegen 63 Stimmen die Wahlreform an. Die Annahme durch das Herrenhaus erfolgte am 20. Dezember 1906.

216 Die Wahlen zum Reichsrat fanden in der Zeit von 14. bis 29. Mai 1907 statt. Vgl. die Wahlergebnisse in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. Dreiundzwanzigster Jahrgang 1907. Hrsg. von Gustav Roloff (im folgenden: Schulthess, Geschichtskalender), München 1908, S. 198-200.

217 Nachdem die sozialdemokratische Reichsratsfraktion einen so großen Umfang angenommen hatte, wurde sie 1907 wie die Partei seit 1897 in fünf nationale Sektionen gegliedert: die drei Klubs der deutschen, der tschechischen und der polnischen Sozialdemokraten, die Gruppe der italienischen und die Vertretung der ruthenisch-ukrainischen Sozialdemokraten. Zusammengefaßt wurden sie in dem neu gebildeten Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat. Jeder Klub konnte über alle nationalen Fragen autonom, hingegen in allen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Angelegenheiten nur im Rahmen des Verbandes entscheiden.

rungen: Bergarbeiterschutzgesetzgebung, Besserung der Lage der Eisenbahn- und Handelsangestellten, Einführung der Alters- und Invalidenversicherung, Ausbau der Kranken- und Unfallversicherung usw. gehören, ist nach seinem bisherigen Auftreten frei von der formalistischen Wahrung des Prinzips, in welcher die deutschen Marxisten so groß sind. So hat er unbedenklich den Gang zur Hofburg gemacht, das heißt, der Thronrede im Schlosse selbst beigewohnt, und ist ferner gewillt, den demnächst zur Bildung kommenden Posten eines zweiten Vizepräsidenten des Parlaments für sich in Anspruch zu nehmen.

Ein Parteitag der österreichischen Gesamtpartei hat in der Berichtszeit nicht stattgefunden. Dagegen haben alle sozialdemokratischen Landesorganisationen ihre üblichen Tagungen abgehalten.<sup>218</sup> Die der polnischen, italienischen, ruthenischen und slowenischen haben nichts von Belang geboten. Die Tätigkeit auch dieser 4 Landesparteien bestand hauptsächlich in Wahlrechtsdemonstrationen und in der Teilnahme am Wahlkampfe selbst. Auch die beiden Kongresse der sehr schnell auf über 100 000 Mitglieder gewachsenen tschechoslawischen Partei<sup>218a</sup> haben wenig Bemerkenswertes gebracht. Man sprach sich dort für die Übertragung des neuen Wahlrechts auf die Landesparlamente sowie für produktive und Konsumgenossenschaften aus, vertagte aber eine eingehendere Beratung über die sogenannte „Nationale Frage“ auf den Kongreß des Jahres 1908, obgleich gerade sie in der Berichtszeit zu manchen Wirren Anlaß gegeben hatte. Von keiner Landesorganisation der österreichischen Sozialdemokratie ist nämlich während des ganzen Wahlkampfes so viel Wert auf die nationale Idee, hier also auf das spezifisch Tschechische, gelegt worden, als gerade von dieser Organisation, die sich fast durchweg in erster Linie tschechisch und erst in zweiter sozialdemokratisch gebärdete. Auch haben die tschechoslawischen Gewerkschaften auf ihrem letzten Kongresse sich von der Reichskommission der Gewerkschaften ganz Österreichs insofern losgesagt, als sie dem Ausland gegenüber nicht durch diese, sondern durch ihre eigene tschechische Landeskommission in Prag vertreten sein wollen, obgleich dies dem ganzen Organisationsprinzip der österreichischen Arbeiterbewegung widerspricht.<sup>219</sup> Die

218 Näheres hierzu vgl. in den Akten BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Tit. 94 Lit S Nr. 1239, Bd. 30-31.

218a Vgl. zum 7. ordentlichen Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie, der am 23. und 24. Dezember 1906 in Prag stattfand, Vorwärts, 28. und 29. Dezember 1906, und Arbeiter-Zeitung, Wien, 23. - 25. Dezember 1906. Zum 8. Parteitag der Tschechischen Sozialdemokratie, der vom 11. bis 14. August 1907 in Pilsen tagte, vgl. Vorwärts, 16. August 1907, und Arbeiter-Zeitung, Wien, 12., 13., 15. und 17. August 1907.

219 Die entscheidende Triebkraft war die tschechische Sozialdemokratie, die ihr Streben nach organisatorischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit von der Wiener Leitung der österreichischen Gesamtpartei realisieren konnte, wenn sie mitglieder- und finanzstarke tschechische Gewerkschaften als Rückgrat hatte. Deshalb griff sie in deren Belange direkt ein und erklärte im September 1906, daß sie die Gewerkschaftsorganisationen in den tschechischen Ländern als Bestandteil der Tschechoslawischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ansehe. Vgl. Jan Galandauer, Die tschechische Arbeiterbewegung von Hainfeld bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Die organisatorische und ideologische Beziehung zur gesamtösterreichischen Arbeiterbewegung (im folgenden als: Galandauer). In: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoitl (Hrsg.), Die Bewegung. Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990 (im folgenden als: Fröschl u.a., Die Bewegung), S. 228. Vgl. auch W. Kulemann, Die Berufsvereine, Bd. 5, S. 58 ff. Zur nationalen Frage in der gesamtösterreichischen Arbeiterbewegung und speziell zum deutsch-tschechischen Gewerkschaftskonflikt vgl. Helmut Konrad, Nationalismus und Internationalismus. Die österreichische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg = Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Materialien zur Arbeiterbewegung Nr. 4, Wien 1976 (im folgenden: Konrad, Nationalismus und Internationalismus); N.N. [Aus der Sicht eines anonymen tschechischen Historikers], Die Entwicklung des österreichischen Gewerkschaftskonflikts bis zum Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen 1910 (im folgenden: N.N. Gewerkschaftskonflikt). In: Ebenda, S. 105-203; Hans Mommsen, Arbeiterbewegung und nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1979 (im folgenden: Mommsen), S. 195 ff.

weitaus größte österreichische Landespartei ist die der deutschen Sozialdemokratie, welche sich auf ihrem im Oktober 1907 in Wien stattgehabten Parteitage<sup>220</sup> ein neues Organisationsstatut<sup>221</sup> gegeben hat. Dasselbe sieht die Schaffung eigener Jugendorganisationen<sup>222</sup> und für die sozialdemokratische Frauenbewegung die Durchführung des Systems weiblicher Vertrauensleute vor.<sup>223</sup> Abgesehen davon werden zur Grundlage der Parteiorganisation die zu Kreisverbänden zusammengeschlossenen politischen Ortsvereine gemacht. Neben dem für diese Vereine bestimmten Beiträge, aus dem auch die oberen Instanzen der Landesorganisation gespeist werden sollen, wird von jetzt ab ein besonderer Reichsparteibeitrag in Höhe von mindestens 2 Hellern monatlich erhoben, Um den bestehenden 27 Parteiblättern, von denen nur 2 täglich erscheinen und die wegen der Höhe des Preises keine allzu große Auflage haben, nicht noch weitere Konkurrenz zu schaffen, hat man ferner die Gründung neuer Blätter an die Zustimmung des Kreis- und Landesverbandes geknüpft. Endlich wird in diesen neuen Satzungen bestimmt, daß jedes Parteimitglied seiner Berufsorganisation anzugehören verpflichtet ist, während die Mitglieder der letzteren sich der zuständigen politischen Organisation anschließen sollen. Es ist dies ein Beweis für das gute Einvernehmen zwischen der Partei und den Gewerkschaften, die schon seit langem beide durchweg gemeinsam operieren. Übrigens ist die Gesamtzahl der Mitglieder aller Gewerkschaften Österreichs inzwischen auf 1/2 Million gestiegen. Bei dem erwähnten Wiener Parteitage befaßte man sich ferner mit der Wohnungsfrage, in welcher man sich im wesentlichen den Leitsätzen der reichsdeutschen Sozialdemokraten anschloß, und rollte schließlich die Frage der Lebensmittelteuerung von neuem auf, gegen die man unter anderem die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues, die Beseitigung des wucherischen Zwischenhandels, die Bildung von Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie überhaupt den direkten Verkehr zwischen Produzent und Konsument in Vorschlag brachte. Eben diese Frage hatte schon vorher der Partei im Dezember 1906 Gelegenheit zu einer großen Massenversammlung im Wiener Rathause geboten,<sup>224</sup> die ebenso ruhig verlief wie die März- und

220 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich. Abgehalten in Wien vom 30. September bis 4. Oktober 1907, Wien 1907; Arbeiter-Zeitung, Wien, 5. Oktober 1907.

221 Abgedruckt in: Protokoll Wien 1907, S. 7-10; § 1 lautete: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt.“ (Ebenda, S. 7). Mit dieser Bestimmung sollte einer grundlegenden Schwäche der Parteiorganisation entgegengewirkt werden, die Victor Adler in den Satz faßte: „Wir haben *Parteigenossen*, aber wir haben eigentlich keine *Parteimitglieder*.“ (Ebenda, S. 142 u. 129 ff.). Weiterhin richtete sich das neue Statut vor allem noch gegen die zu starke Orientierung der Parteiorganisation auf den Wahlkampf. Die auf dem Wiener Parteitag erfolgten Änderungen des Parteistatuts erwiesen sich jedoch als unzureichend, so daß bereits zwei Jahre später vom Parteitag in Reichenberg 1909 weitere grundsätzliche Veränderungen vorgenommen werden mußten. Vgl. S. 217 f.

222 § 13 des Statuts verpflichtete die Lokalorganisationen, „nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Überall, wo es die Verhältnisse zulassen, sollen zu diesem Zwecke eigene Jugendorganisationen gegründet werden.“ (Protokoll Wien, S. 8).

223 Laut § 12 sollten an allen Orten, „wo dies irgendwo möglich ist“, im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, „denen die Organisation des weiblichen Proletariats obliegt“. In jedem zweiten Jahr war eine Frauenreichskonferenz durchzuführen, von der das Frauenreichskomitee gewählt wurde.

224 Vgl. hierzu Arbeiter-Zeitung, Wien, 3. Dezember 1906. Die Massenkundgebung am 2. Dezember 1906 richtete sich „gegen die gewissenlose Ausbeutung des Volkes“, gegen profitgierige Fleischwucherer. In einer von der Massenversammlung angenommenen Resolution hieß es: „Die arbeitende Bevölkerung Wiens hat mit wahrem Entsetzen die fortschreitende Verteuerung ihres notwendigsten Nahrungsmittels, des Fleisches, beob-

Maifeiern des Jahres 1907. Letztere bestanden wieder in den üblichen Massenumzügen mit feierlichen Ansprachen und hatten eine derartig große Beteiligung gefunden, daß in dem einen Falle 800, in dem anderen 1500 Sozialdemokraten allein als Ordner fungieren mußten.

Sozialdemokratische Jugendorganisationen gibt es nur im deutschen und im tschechischen Gebiete Österreichs. Der deutsch-österreichische Verband jugendlicher Arbeiter<sup>225</sup> hat etwa 4500 männliche Mitglieder im Alter zwischen 15 und 24 Jahren und ein eigenes monatlich erscheinendes Organ „Der jugendliche Arbeiter“<sup>226</sup>, dessen Auflage in der Regel 5000 Exemplare nicht übersteigt. Die Tätigkeit des Verbandes besteht im Eintreten für die Gewerbeschulreform, bei welcher die Aufhebung des Abend- und Sonntagsunterrichts angestrebt wird, in der Überwachung der Einhaltung der Schutzgesetze, wofür besondere Lehrlingsschutzkomitees vom Verbands eingesezt sind, und in dem Streben nach einer Verbesserung der auf die Lehrlinge bezüglichen Sätze der Gewerbeordnung. Dagegen ist es nach den Satzungen des Verbandes verpönt, Politik zu treiben. Auch hält er sich von der antimilitaristischen Propaganda völlig fern, obgleich sein Organ hin und wieder, freilich sehr maßvolle Artikel gegen den Militarismus bringt. Ganz anders geartet sind die durch eine Agitationakkommission der tschechischen Sozialdemokraten ins Leben gerufenen etwa 3000 Jugendliche umfassenden tschecho-slawischen Jugendorganisationen. Für sie ist der Kampf für die Gewerbeschul- und Gewerbeordnungsreform nebensächlicher Natur. Ihr Hauptziel bildet - auch aus rein partikularistisch-nationalen Gründen - der Sturz der österreichischen Militärgewalt, gegen welche ihr Blatt „Sbornik“<sup>227</sup> dauernd in unverschämter Weise hetzt, so daß es dieserhalb schon mehrfach mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen ist. In allen Industriezentren bildet die Aushebung der Rekruten für diese Jugendorganisationen den erwünschten Anlaß zu antimilitaristischen Demonstrationen. Die Rekruten, die rote Nelke im Knopfloch, begeben sich in geschlossenem Zuge mit schwarz umflorter roter Fahne zum Aushebungslokal. Eine Kapelle marschiert voran und spielt Trauermärsche, oder man fährt in schwarzgeschmückten, mit antimilitaristischen Aufschriften versehenen Wagen zur Aushebung oder was sonst des Unfugs mehr ist.

---

achtet. Die teuren Fleischpreise drängten immer gewaltiger zur Entwöhnung des Fleischgenusses, bis schließlich die exorbitanten Preise der letzten Zeit es Tausenden Arbeiterfamilien *gänzlich unmöglich machten, Fleisch überhaupt zu konsumieren.*“ (Ebenda). Die Versammlung forderte die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch.

225 Gemeint ist der am 13. März 1903 gegründete Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs, der sich vor allem der sozialistischen Bildung und Erziehung seiner Mitglieder und sich als typische Lehrlingsorganisation speziell dem Lehrlingsschutz widmete. Ende 1907 zählte er in 59 Zahlstellen 6221 Mitglieder, von denen die meisten jünger als 18 Jahre und auf mehr als 50 Berufe verteilt waren. 1919-1934 Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutsch-Österreichs. Vgl. Robert Danneberg, Die österreichische Jugendorganisation. In: Der Kampf, 1. Jahrgang, 1907/1908, S. 511-516; Neugebauer, Bauvolk.

226 „Der jugendliche Arbeiter“. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterjugend, und andere Untertitel, erschien von 1902 bis 1934 in Wien. Herausgeber war zunächst der Verein jugendlicher Arbeiter Wiens, dann der Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs bzw. dessen Nachfolgeorganisationen.

227 Am 1. Mai 1900 erschien erstmals die Jugendzeitschrift „Sbornik Mládeže Socialistické“ (Die sozialistische arbeitende Jugend). Sie rief zur Gründung einer sozialistischen Jugendorganisation der Tschechoslawischen Sozialdemokratie auf. Der tschechoslawische Parteitag vom September 1900 zu Budweis beschloß, daß das Blatt unter dem Namen „Sbornik Mládeže Socialne demokratické“ in Parteieigentum überzuführen war. Vom 15. März 1901 bis Januar 1905 erschien es monatlich, zum Teil allerdings sehr unregelmäßig; ab Januar 1905 kam es vierzehntäglich heraus. 1906 schwankte die Gesamtauflage zwischen 4000 und 5000 Exemplaren. Von den 26 Ausgaben wurden nicht weniger als 13, zumeist wegen antimilitaristischer Beiträge, konfisziert. Vgl. Internationale Organisation (1907), S. 34 f.

In Ungarn war die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts auch in Aussicht genommen; aber dort ist es noch immer nicht Gesetz geworden, obwohl die ungarländische Sozialdemokratie es an den nötigen Demonstrationen nicht hat fehlen lassen, wie solche z.B. im März 1907 und dann am 10. Oktober desselben Jahres<sup>228</sup> stattgefunden haben. An letztgenanntem Tage kam es zu einem Massenstreik, der in der Provinz nur sporadisch war, in Budapest aber in voller Schärfe zur Durchführung gelangt ist. Dort sollen an diesem Tage, der im übrigen keinen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht brachte, sämtliche Läden sowie die Kaffees und Wirtschaften geschlossen gewesen sein und von früh 9 bis nachmittags 3 Uhr etwa 120 000 Demonstranten die Stadt lärmend durchzogen haben, während eine von ihnen entsandte Delegation dem Präsidenten der Kammer ein Manifest vorlegte, das die sofortige Einführung der gewünschten Wahlreform kategorisch forderte. Abgesehen hiervon hat die ungarländische Sozialdemokratie noch gegen das Vorgehen der Regierung in Sachen des von ersterer gegründeten, über 50 000 Mitglieder umfassenden Feldarbeiterverbandes<sup>229</sup> und gegen die Verteuerung der Lebensmittel teils in Versammlungen, teils auf der Straße und teils im Parlament zu demonstrieren und zu protestieren versucht. Da in Ungarn die Vereinsgesetzgebung die Existenz politischer Vereine erschwert, so besteht die genannte ungarische Partei fast nur aus Parteifunktionären, den Organisationskomitees, den Parteisekretären, den Agitationskommissionen und anderen ähnlichen Instituten. Ihre Mitglieder aber sitzen in den Gewerkschaften des Landes, und in dem Beitrag, den jedes dieser Gewerkschaftsmitglieder bezahlt, ist auch ein Anteil für die politische Partei enthalten. Da sich nun die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in der Berichtszeit sehr bedeutend, und zwar auf 130 000 vermehrt hat, so ist dementsprechend auch die Sozialdemokratie Ungarns stark gewachsen. Sie unterhält jetzt 12 Parteizeitungen, darunter ein täglich erscheinendes ungarisches und ein wöchentlich zur Ausgabe gelangendes deutsches Zentralorgan. Gleichzeitig mit ihrem Parteitage (Ostern 1907),<sup>230</sup> auf welchem sie sich mit der Organisation des Wahlkampfes und internen Parteifragen beschäftigte, fand die erste Landeskonferenz der jugendlichen Arbeiter Ungarns statt,<sup>231</sup> einer etwa 700 Mitglieder zählenden losen Organisation der Abonnenten des Jugendblattes „Iphja munkar“<sup>232</sup>,

228 Vgl. Arbeiter-Zeitung, Wien, 9. und 10. Oktober 1907. Der „Vorwärts“ vom 12. Oktober 1907 schrieb zu den Ereignissen: „Am 10. Oktober hat das ungarische Proletariat die Fabriken und Werkstätten verlassen und gezeigt, daß kein Proletariat der Welt seine politische Entrechtung länger ertragen kann. Der 10. Oktober war eine Lehre und eine Warnung. Eine Lehre, daß kein Staatswesen der Welt heute die Demokratie in Gesetzgebung und Verwaltung mehr entbehren kann, ohne schweren inneren Krisen zuzutreiben. ... Die Demokratie und ihre wichtigste Vorbedingung, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, ist die Garantie verfassungsmäßiger Entwicklung. Die, die das gleiche Recht verweigern, sind die eigentlichen Hochverräter an der Nation, weil sie es sind, die gewalttätig gegen die große, entrechtete Masse werden müssen, um ihre staatsverderbenden Privilegien auf die Dauer - und schließlich doch vergeblich - zu schützen.“

229 Vom Sekretär des ungarländischen Gewerkschaftsrates wurde hingegen die Zahl der Mitglieder des Feldarbeiterverbandes für 1906 mit 24 000 und 1907 nur mit 11 910 angegeben. Vgl. Fünfter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1907, S. 136 f.

230 Der XIV. Jahreskongreß der ungarländischen sozialdemokratischen Partei tagte am 31. März, 1. und 2. April 1907 im großen Saal des Rathauses von Budapest. Er befaßte sich u.a. mit Kommunalpolitik, dem allgemeinen Wahlrecht und dem ökonomischen und politischen Massenstreik.

231 Auf der Landeskonferenz waren 10 Vereine durch 24 Delegierte vertreten. Sie beschlossen die Gründung einer freien Landesorganisation, in der alle unter 24 Jahre alten Abonnenten der Zeitschrift „Az Ifju Munkás“ als Mitglieder betrachtet werden sollten.

232 Iphja munkar. Richtig hieß die 1904 von Gyula Alpári in Budapest gegründete und redigierte Monatsschrift „Az Ifju Munkás“ (Der jugendliche Arbeiter). Sie hatte im Sommer 1907 eine Auflage von 2000 Exemplaren.

das von dem in der Berichtszeit wegen politischer Umtriebe aus Preußen ausgewiesenen Moritz Adler alias Julius Alpári<sup>233</sup> geleitet wird. Diese Jugendlichen arbeiten unter starker Auflehnung gegen ihre Arbeitgeber und oftmals unter Leistung persönlichen Widerstandes in Lehrlingsschutz und sind antimilitaristisch bis auf die Knochen. Bei der erwähnten Tagung haben sie sich ausdrücklich zur Verbreitung antimilitaristischer Flugschriften verpflichtet.<sup>234</sup> Neben der eigentlichen Sozialdemokratie gibt es in Ungarn noch die neuorganisierte sozialdemokratische Partei,<sup>235</sup> die unabhängige sozialistische Bauernpartei, welche letztere sich aus den unabhängigen Sozialisten und der alten Bauernpartei im Laufe der Berichtszeit gebildet hat, und die sich nur mühsam fortschleppende kroatisch-slawnische Sozialdemokratie. Diese drei Organisationen sind indessen weniger sozialdemokratisch als sozialreformerisch und stehen nicht auf dem Standpunkt der Internationale.

Rumänien hatte bereits vor beinahe einem Jahrzehnt eine sozialistische Bewegung, deren Anhänger jedoch infolge der Maßnahmen der Regierung zum Teil sehr bald in das liberale Lager übergangen. Die jetzige rumänische Sozialdemokratie<sup>236</sup> ist kaum 2 Jahre alt und wohl gelegentlich der teilweise künstlich gezüchteten Industrialisierung dieses Landes durch auswärtige Arbeiter in dasselbe hineingetragen worden; gleichwohl hat diese kurze Spanne Zeit genügt, um nicht nur die bis dahin stets unpolitisch gewesenen rumänischen Gewerkschaften<sup>237</sup> mehr und mehr in sozialistische Bahnen hineinzuziehen, sondern auch die sehr geduldige Landbevölkerung revolutionären Umtrieben geneigt zu machen. Denn die wilden, im März 1907 entstandenen Bauernunruhen, die sich fast bis in den Sommer

Rumänien und  
die anderen  
Balkanstaaten

- 
- 233 Moritz Adler alias Julius Alpári (Gyula Alpári) (1882-1944), ungarischer revolutionärer Publizist und Politiker, Führer der ungarischen Jungarbeiterbewegung, 1910 wegen seiner linksoppositionellen Haltung aus der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ausgeschlossen, führendes Mitglied der KP Ungarns seit ihrer Gründung (1918), mußte emigrieren, arbeitete als verantwortlicher Redakteur des Pressedienstes der Komintern, wurde 1940 in Paris von der Gestapo verhaftet und 1944 im KZ Sachsenhausen ermordet.
- 234 Die Osterkonferenz des ungarischen Jugendverbandes beschloß eine Resolution gegen den Militarismus und schlug zu deren Verwirklichung „vorläufig folgende Mittel“ vor:
- „1. Verbreitung der sozialistischen Grundsätze durch Vorträge, Flugschriften und die Presse;
  2. Verbreitung sozialdemokratisch-antimilitaristischer Schriften unter den jungen Arbeitern der verschiedensten Nationalitäten;
  3. Pflege der sozialistischen Kultur und Kunst bei Unterhaltungen und Festen, unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes gegen den Militarismus;
  4. Unterlassung der bei der Rekrutenaushebung üblichen Volksfestlichkeit.“
- (Internationale Organisation (1907), S. 31).
- 235 Wegen ihres mangelnden Patriotismus war der ungarische Journalist Mezösi 1904 aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Die von ihm gegründete *Reorganisierte Sozialdemokratie* nannte sich bald *Sozialdemokratische Partei von 1848*. Sie hatte einen antisozialdemokratischen Charakter, trat für demokratische Reformen wie insbesondere das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ein, wollte sozialistische und nationale Bestrebungen vereinen und unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu nationalistischen Gruppen. Vgl. W. Kulemann, *Die Berufsvereine*, Bd. 5, S. 174.
- 236 Eine rumänische sozialdemokratische Partei bestand seit 1899/1900 nicht mehr. 1907 wurde die Sozialistische Union organisiert, die für die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Partei Rumäniens von großer Bedeutung war. Unter den Einwirkungen der russischen Revolution erlebte die rumänische Arbeiterbewegung einen Aufschwung, der auch in einer Zunahme der Streikbewegung deutlich wurde. Primär wurden ökonomische Forderungen gestellt, 1906 aber auch mehr und mehr politische, wie die nach dem allgemeinen Wahlrecht. Ende Januar/Anfang Februar 1910 erfolgte in Bukarest die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens.
- 237 In der Zeit vom 13. bis 15. August 1906 fand der I. Kongreß der Arbeitergewerkschaften Rumäniens statt, auf dem eine einheitliche Gewerkschaftszentrale gebildet wurde. Der Kongreß faßte Beschlüsse über die Durchführung von Streiks, den Kampf um den Achtstundentag und über die Feier zum 1. Mai. Vgl. C. Racosky, *Die Arbeiterbewegung in Rumänien*. In: *Die Neue Zeit*, 25. Jg., 1906/1907, Bd. 1, S. 313 f.